

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis: pro Nummer 2 Pf., vierteljährlich 50 Pf., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Mailänder Samstag-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Einprägung in die Post-Freihand-Verkäufe. Unter Freihand für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erste Ausgabe täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berichterstattungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stehende-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 11. April 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Ignaz Auer †

Ein tapferer Kämpfer hat sich zum letzten Schlummer gelegt. . . Ignaz Auer ist nicht mehr. In der Frühe des gestrigen Tages ist der Tod an sein Lager getreten, auf das ihn schon tags vorher ein Schlaganfall niedergestreckt hatte. Kampflustig ist der einst so kampffrohe entschlafen. Langjähriges schweres Stochstum hatte den mächtigen Körper gebrochen. Und wenn ihm auch, und gerade in der letzten Zeit, Wochen und Monate vergönnt gewesen sind, da das Leiden ihn verließ — die alte, stolze Kraft war dahin. Der Tod ist ihm Erlöser gewesen.

Wir aber haben viel verloren.

Ein ehemaliger Sattlergeselle war Ignaz Auer, ein Proletariatskämpfer, ein Bögling einer elenden bayerischen Dorfschule. Was er geworden, was er aus sich gemacht in eiserner Arbeit, die nicht ihm selbst, die der Partei, die dem Proletariat galt, welche Achtung er selbst dem Gegner abzwang, das spiegelt sich vielleicht am sprechendsten in der albernem Verwunderung der bürgerlichen Presse von 1895, daß ein „ehemaliger Sattlergeselle“ die prächtige Rede gegen die Umsturzvorlage halten konnte, mit der am 8. Januar jenes Jahres Ignaz Auer den parlamentarischen Feldzug der Sozialdemokratie gegen den bössartigen Wechselbalg eröffnete, der vollbringen sollte, was dem Ausnahmegegesetz mißlungen war.

Aber dem deutschen Proletariat, der deutschen Sozialdemokratie bedeutet Ignaz Auer viel mehr, als ein Mann von bedeutendem Können und Vollbringen. Ignaz Auer, das ist die felsenfeste Treue, die selbstlose Hingabe an die Partei, an die Sache des Proletariats. Die innere Wärme, die alle Parteiarbeit Ignaz Auers durchströmt, ist's, die ihn uns besonders wert macht. Freilich verbarg sich der starke Anteil, den sein Gemüt an dem Leben der Partei nahm, hinter rauher Schale. Gefürchtet war sein sarkastischer Witz, sein launischer Humor. Gefürchtet war seine bajawarische Grobheit. Aber hinter all dem spürte man den warmherzigen Menschen. Sein Witz schlug nicht Wunden — er entwarf nicht selten den Verspotteten, indem er ihn selbst zum Lachen brachte. In dem, was er geschrieben, tritt das innerste Wesen Auers am deutlichsten zutage. Man nehme nur die Schlusssätze seines Schriftchens „Von Gotha nach Byden“. Wie fühlt man das Herz des Mannes schlagen in den schlichten, einfachen Worten! In den Sätzen, darin er das furchtbare Elend zeichnet, das das Ausnahmegesetz über seine Opfer brachte. Wie zittert die innere Anteilnahme, die tiefe Sorge um die Partei in den mahnenden Worten des Schlusses!

Und Ignaz Auer war einer der Verufensten, solche Worte zu sprechen. Er überschaute viel. Er kannte das Werden und Wachsen der Partei aus eigenem Erleben und keine große Schlacht der Partei ist geschlagen worden, davon er nicht Wunden aufzuweisen hatte. Er kannte die Dinge und die Personen. Und deshalb war sein Einfluß auch viel größer als der, den Amt und Mandat ihm geben konnten. Zumal ihm Menschenkenntnis und die Kunst, Menschen zu behandeln und zu lenken, gegeben waren. Er war der geborene Organisator, der geborene Führer, der zusammenzufassen, zu vereinen weiß. Diese Fähigkeit war eine der stärksten Seiten seines Wesens. Aus ihr ist der Partei reicher Gewinn geflossen. Ganz ist Auer freilich auch nicht der Gefahr entgangen, diese Seite zu stark gegen die anderen hervortreten zu lassen, die in ihrer Gesamtheit den politischen Führer ausmachen. In den inneren Parteidifferenzen des letzten Jahrzehnts trat das besonders hervor. Aber keiner von denen, die damals eine andere Haltung von ihm erwünscht hätten, hat jemals

daran gezwweifelt, daß er das Beste gab, was er zu geben hatte, daß der einzige Leitstern seines Handelns das Wohl der Partei war.

Wir müssen weit zurückschlagen in der Geschichte der Partei, um das Blatt zu finden, wo zuerst der Name Ignaz Auer verzeichnet steht. Schon 1869 sprach der Dreißigjährigen in großen sozialistischen Wahlversammlungen zu München und Augsburg. Ueber Staffel wanderte er 1872 nach Berlin. Sofort begann er dort seine Berufsgegenossen zu organisieren und zugleich eifrig für die Eisenacher sozialdemokratische Partei zu wirken. Es war die Zeit des schlimmsten Bruderzwistes unter den Lassalleanern und Eisenachern und Berlin war der Schauplatz der heftigsten Kämpfe. Die Lassalleaner hatten das große Übergewicht, aber was ihnen an Zahl abging, das ersetzten die Eisenacher durch Rührigkeit und einer der Rührigsten unter den Rührigen war Ignaz Auer.

Die erste Berliner Periode im Leben Auers endete im Jahre 1873, wo Auer auf Verreiben der Eisenacher Parteileitung nach Dresden ging, um in die Expedition des dortigen Parteiblattes, des Dresdener „Volksboten“, einzutreten. Das war das erste Parteiamt, das er erhielt. Es war freilich mehr Ehrenamt denn bezahlter Posten, da in der Klasse der Dresdener Parteigenossen das Geld zu den Seltenheiten gehörte. Auer hat in einer Jubiläumsummer der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ den damaligen Stand des Parteiorgans mit vielem Humor geschildert. (Der „Vorwärts“ gab im Vorjahre in seiner Nummer vom 19. April aus Anlaß seines Artikels zum damaligen 60. Geburtstag Auers die köstliche Stelle wieder.) Der Geldmangel hatte zur Folge, daß Auer eine Geldstrafe, die ihm wegen „Verächtlichmachung“ zubilliert worden war, absah und damit seine Unbescholtenheit einbüßte. Als vorbestraftes Individuum wurde er aus dem Königreich Sachsen ausgewiesen. Von Berlin, wohin er zurückkehrte, kam er im selben Jahre (1874) als Delegierter zum Koburger Kongress der Eisenacher und das wurde der Anlaß zu seiner Uebersiedelung nach Hamburg, woselbst man ihn zum Parteisekretär wählte. In dieser Stellung nahm Auer lebhaften Anteil an den vertraulichen Vorverhandlungen, die schließlich zum Vereinigungskongress zu Gotha im Mai 1875 führten, auf dem aus Eisenachern und Lassalleanern die eine deutsche Sozialdemokratie entstand. Die neue Partei wählte Auer neben Derossi zum Sekretär. 1877 eroberte er sein erstes parlamentarisches Mandat, den Reichstagsstuhl des sächsischen Wahlkreises Reichenbach-Auerbach. Aber 1878 in der Hitze der Ersatzwahlen ging es wieder verloren. Eine böse Zeit zog herauf. Ihr Beginn fällt in die zweite Berliner Periode Auers. 1877 war er mit Most in die Redaktion des damaligen Berliner Parteiblattes, der „Berliner Freien Presse“ eingetreten. So erlebte er die Attentatsbege an dem Orte, wo sie am schlimmsten taste, als Redakteur des Organs, das in dieser Zeit des „Wundfiebers der Nation“ am wütendsten verfolgt wurde. Verantwortlicher auf Verantwortlicher wurde von Auers Seite weg verhaftet und er selber hat geschildert, wie er sich verzweifelt gefragt hat, ob er noch einen Genossen verantwortlich zeichnen lassen dürfe, wie er einen Artikel, den er nach gewissenhafter Prüfung als durchaus unbedenklich befunden, an dem auch um Rat befragte Juristen nichts Verhängliches entdecken konnten, dem unglücklichen Verantwortlichen zwei Jahre einbrachte. Und dann kam das Sozialistengesetz und erdroffelte Presse und Organisation der Partei. Der kleine Vo-

lagerungszustand verjagte auf einen Schlag 67 brave Genossen aus Berlin, unter ihnen auch Auer. Bergänglich versuchte er sich in Hamburg eine neue Existenz zu gründen. In Schwerin mußte Auer als Gehülfe in der Altmöbelhandlung seiner Schwiegermutter notdürftigen Unterhalt suchen. Aber in der Treue zur Partei hat er nicht gewankt und die Partei hat Treue mit Treue vergolten. Im Jahre 1880 wurde Auer im sächsischen Wahlkreise Glauchau-Meerane gewählt, demselben Wahlkreis, der heute durch den Tod des Waderen verwaist ist.

Noch zweimal hat er das Mandat wieder an die Gegner abgeben müssen, 1881 in der schlimmsten Zeit des Ausnahmegesetzes und 1887 bei den Faldingswahlen. Seitdem aber ist der Wahlkreis rot geblieben — bei den Stottentotenwahlen von 1907 hat er dem Ansturm der Gegner trotzig standgehalten, obgleich Auer selbst nicht in den Wahlkampf eingreifen konnte.

Schwer hat Auer persönlich an den Leiden des Ausnahmegesetzes zu tragen gehabt. Er war unter den 8 Delegierten des Kopenhagener Kongresses, die bei der Rückkehr an der deutschen Grenze abgefangen wurden und am 4. August 1888 auf Grund einer bis dahin unerhörten Ausdehnung und Ueberspannung juristischer Auslegung vom Freiburger Landgericht der Teilnahme an einer „geheimen Verbindung zu ungesetzlichen Zwecken“ schuldig befunden wurden. Auer erhielt 9 Monate Gefängnis, die er zu Troidau verbüßte. Es war der erste der großen Geheimbundprozesse, die jetzt dem fluchwürdigen Sumpfe des Sozialistengesetzes wie Pilze nach dem Regen entsprangen. Auer, der in der Mitte der 80er Jahre nach München verzogen war, mußte dort 1888 einen solchen Prozeß mit bestehen. Vornehmlich seinem klugen Operieren ist es zu verdanken, daß der Meineidmichel, wie der Münchener Polizeikommissar Gehret genannt worden ist, arg bloßgestellt wurde und der Prozeß im wesentlichen mit Freispruch endete.

Der Parteitag zu Halle, der erste, der nach dem Fall des Sozialistengesetzes auf deutschem Boden tagen konnte, hat Ignaz Auer wieder zum Sekretär der Partei gewählt und ihn damit auf den Posten gestellt, der ihm gebührte, ihm das Tätigkeitsfeld gegeben, dessen er bedurfte. Treu und unermüdet hat er es beackert. Eine Arbeit, die auch wenig in die Erscheinung tritt, die aber von nicht minderer Bedeutung ist, als die des Parlamentarier und Redners. Aber auch als solcher hat Ignaz Auer noch Vieles und Hervorragendes geleistet. Nicht seiner großen Rede gegen die Umsturzvorlage, die wir oben erwähnt haben, muß seines energischen Eingreifens für die streikenden Hasenarbeiter Hamburgs im Reichstage besonders gedacht werden. Von einer anderen Seite seiner Tätigkeit erzählen die Seiten Parteitagsprotokolle. Nicht bloß die zahlreichen Referate sind in dieser Hinsicht zu beachten — Größeres vielleicht noch als darin hat er bisweilen in der Debatte für die Partei geleistet, so in Frankfurt, wo er die grollenden Bayern durch seinen warmen Appell an ihr parteigenössliches Zusammengehörigkeitsgefühl versöhnte.

Ein reiches Leben hat geendet, reich an Arbeit und Mühsal, an Kämpfen und Wunden, an Hingebung und Treue. Und er hat seine Spur gezogen, die nicht vergehen wird. Am Grabe Ignaz Auers trauert eine Millionenchar. Eine Millionenchar, die er mit gesammelt hat und die an seiner Gruft mit grünen Lorbeeren die Gelübde niederlegen wird, ihm nachzueifern!

Auer als Schriftsteller und Redner.

Ignaz Auer's ferniges Wesen trat in allem, was er schrieb und was er sprach — öffentlich oder privatim — mit greifbarer Deutlichkeit hervor.

Im Jahre 1889, als das Sozialistengesetz seinem Ende entgegen ging, erschien in London ein ca. 300 Seiten starkes Buch:

„Nach zehn Jahren“

Material und Glossen

Zur Geschichte des Sozialistengesetzes.

Das Werkchen erschien mit Rücksicht auf die Standalösen deutschen „Kultur“-Zustände unter dem Schmachtwort „Anonym“, aber der Verfasser ist uns wohl bekannt: Ignaz Auer. In zwei Teilen „Historisches“ und „Die Opfer des Sozialistengesetzes“ wird die Geschichte jener Epoche entrollt, sind merkwürdige und denkwürdige Einzelheiten in Fülle und Fülle zusammengetragen, die zukünftigen Geschlechtern unentbehrlich sein werden, wenn sie die ganze „Größe“ des „eisernen Kanzlers“ und seiner „Acta“ begreifen wollen. „Verbote von Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Bildungsvereinen, Gewerkschaften, Fachvereinen und sonstigen Arbeiterorganisationen“ sind mit emsigem Sammelleist registriert, die Namen der meisten Ausgewiesenen mitgeteilt; es markieren viele, viele zerstörte Existenzen auf „Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Verurteilungen mit allen nötigen Einzelheiten“ werden an den Pranger gestellt, „von dem künstlich gezüchteten Spindel- und Denunziantentum“ wird ein wahrheitsgetreues und möglichst umfassendes Bild entworfen, kurz dem Sozialistengesetz, seinen Urhebern und Vollstreckern ein „Denkmal der Schande“ gesetzt!

Als „Stilprobe“ geben wir hier den letzten Absatz des Schlusssatzes wieder:

„Mit Bismarck ist aber auch der felsenfeste Glaube des deutschen Bürgertums an die Unerschütterlichkeit der jetzigen politischen Verhältnisse Deutschlands überhaupt verschwunden. Dieser gärenden, schwankenden Ungeheimheit, aus der nur der Glaube an die Allgewalt der Majonette hervortritt, ein Glaube, der durch die wiederholten Drohungen mit dieser Allgewalt nicht gestärkt wird, steht einzig und allein die Sozialdemokratie mit klarem Zielbewußtsein und entschlossener Willenskraft gegenüber. Sie fürchtet die Drohungen nicht und ist nicht beirrt von der Größe ihres Erfolges. Sie ist klar darüber, daß die Zukunft die Ansprüche an die Einigkeit, den Kampfes- und Opfermut ihrer Anhänger nur steigert, und die zwölf Jahre des Ausnahmegesetzes waren für die Partei eine Schule des Kampfes, die sie hellen Auges in die Zukunft blicken läßt. Sie ist mit dem Sozialistengesetz fertig geworden, sie wird auch ferner mit ihren Gegnern fertig werden und kämpfen, bis sie ihr Ziel erreicht hat.“

Weit über die Kreise der Sozialdemokratie hinaus ist die in vielen Tausenden von Exemplaren gedruckte Broschüre bekannt geworden, welche die Rede wiedergibt, die Auer am 4. September 1895 in einer Versammlung zu Berlin gehalten hat.

„Sedanfeier und Sozialdemokratie“

— so recht ein Thema für „unseren Kazi“. In wunderbarer Knappheit und Klarheit läßt der Redner den Krieg von 1870/71 samt seinen Ursachen und Vorwänden, seinen Begleit- und Folgeerscheinungen an uns vorbeiziehen. Eine Reihe höchst wichtiger, allgemeiner Gedankengänge wird eingeflochten, so z. B. der folgende:

„— nicht die Einsicht der Fürsten, nicht das Wohlwollen einzelner, sondern die innere wirtschaftliche Notwendigkeit hat die deutsche Reichseinheit geschaffen. Wie hätte bei der Verschiedenheit der deutschen Zoll- und Münzsysteme, der Duzende von Strafrechtssystemen, der Rüstereien von Grenzen und Flüßperungen der Kapitalismus, die Großindustrie, der Weltverkehr sich entwickeln sollen! Und angefaßt die Tatsache, wie heute das Proletariat durch einandergerichtet wird, wie die Polen nach dem Westen, die Bayern nach dem Norden, die Schleswiger nach dem Süden geschleudert werden, wie sollen da die Arbeiter sich für die alte Kleinrenterei begeistern! Ich habe noch nie gehört, daß ein deutscher Arbeiter dem Kurfürsten von Hessen, dem Herzog von Nassau oder einem anderen der 1806 vom König von Preußen deponierten Fürsten von Gottes Gnade eine Traue nachgewinkt hätte, im Gegenteil bedauerte man hier und da ganz aufrichtig, daß man nicht noch weitergegangen, nicht noch gründlicher aufgeräumt habe!

Gewiß — manches gefällt uns nicht im Reiche; wir suchen es zu ändern nach unserm Sinne. Und wenn die Tatsache, daß wir die vorhandenen Rechte benutzen, um für unsere Meinung zu kämpfen, da und dort, oben oder unten Anstoß erregt, so können wir das vielleicht bedauern, aber nicht ändern. Wir werden uns durch nichts abspredren lassen, auf diesem Wege weiter zu schreiten, unsere Grundzüge immer weiter zu verbreiten.“

Ist uns doch dazu ein Mittel gegeben, das uns geradezu herausfordert zum Kampfe, ein Mittel, zwar noch mangelhaft, das wir aber, wenn wir es nicht befehen, zu erzwungen suchen müßten: das allgemeine Wahlrecht. Das allgemeine Wahlrecht ist die stärkste Grundlage des Reiches, und diejenigen, die fortwährend von seiner Abschaffung, von seiner Beschränkung reden, spielen geradezu mit dem Reichsgedanken — sie sind die wahren, die einzigen Reichsfeinde! Nicht wir Sozialdemokraten!“

Am 30. Mai 1900 hielt Auer einen Vortrag

„Von Gotha bis Wyden“.

Auch dieses Referat ist erfreulicherweise als Broschüre herausgegeben worden. Erfreulicherweise; denn was kann uns lieber, lehrreicher und interessanter sein, als wenn „unser Auer“ aus ihrem reichen Erinnerungsschatze schöpft und so der Partei, ja der Weltgeschichte Materialien schenkt zur Erkenntnis und Würdigung von Zeitabschnitten, die uns wegen ihrer Bedeutsamkeit für die Partei wichtig sind. Und die Zeit „von Gotha bis Wyden“ — 1875 bis 1880 — sie ist uns mehr als wichtig; ist es doch die Zeit von der Vereinigung der Lassalleaner und der Eisenacher bis zum ersten Kongreß unterm Sozialistengesetz!

Aus der Rede bezog Broschüre zitieren wir die bekannte interessante Stelle über Hölzel.

„Ich möchte mir an dieser Stelle erlauben, meine private Meinung über Hölzels Attentat einzufassen. Ich habe Hölzel persönlich gekannt und Parteigenossen gesprochen, die ihn noch näher gekannt haben. Ich habe ihn auch später vor dem Untersuchungsrichter gesehen. Ich muß gestehen, daß ich mich nie zu dem Glauben habe durchringen können, daß er wirklich die ernste Absicht eines Attentats gehabt hat.“

Er war ein Mensch, der sich nicht mühen machen wollte, der der Arbeit aus dem Wege ging, dessen größter Stolz es war, mit der von Herrn Stöder erhaltenen Spieldose herumzuspielen. Aber daß er zu einem ersten Attentat fähig gewesen sei, glaube ich nicht. Er hat das auch geleugnet, und seine erste Aussage war, daß er sich selbst hätte erschießen wollen. Das ist sicher auch nicht wahr gewesen. Er war eben ein Komödiant, der allerdings seine Komödie sehr teuer hat bezahlen müssen.“

Auer als Redner.

Auer reden zu hören, war ein erlebener Genuß. Die Zuhörer kamen stets auf ihre Kosten; denn „unser Kazi“ hat wohl selten oder nie einen sogenannten „schlechten Tag“ gehabt. Auf ihre Kosten kamen sowohl diejenigen, die aus Auer's Reden etwas lernen wollten, als auch diejenigen, die ihn besonders des halb gern hörten, weil sein bairischer Humor, sein außer-gewöhnlicher Sarkasmus schon fast sprichwörtlich geworden

war und stets neue Triumphe feierte. Man möchte ein ziemlich umfangreiches Buch schreiben, wollte man aus seinen Reden auch nur die prägnantesten, die wichtigsten, die fatirischsten Sätze zusammenstellen. Wir müssen uns für heute damit begnügen, zwei Beispiele anzuführen.

Auf dem Berliner Parteitag (1893) war Auer Berichterstatter zu dem wichtigen Thema „Das Genossenschaftswesen, der Boykott und die Kontrollschutzmärkte“. Um zu zeigen, wie er es verstand, einen Gegenstand sachlich scharf, klar und knapp darzustellen, setzen wir einige seiner Ausführungen über das Wesen des Boykotts hierher:

„Der Boykott ist ebensowenig wie die Genossenschaften etwas spezifisch Sozialdemokratisches. Es ist eines jener Kampfmittel, welche in Wirklichkeit auch viel früher, als die Sozialdemokratie dazu griff, von den Gegnern in Anwendung gebracht worden sind. Aussperrung, schwarze Listen und dergleichen, das alles ist Boykott, angewendet von der Unternehmerklasse gegen den Arbeiter. Wenn wir dazu Stellung nehmen, so lassen wir uns dabei durchaus nicht von dem Gecebe unserer Gegner beeinflussen, daß der Boykott sich mit dem Prinzip der Sozialdemokratie nicht vereinbaren lasse. Wir nehmen Stellung dazu wegen der Sache selbst, indem wir uns fragen: was nützt der Boykott der Bewegung, was nützt er der gesamten Arbeiterschaft? Das Recht, von diesem Kampfmittel Gebrauch zu machen, haben wir aus der Tatsache ableiten können, daß die Gegner seit Jahrzehnten, vor dem Sozialistengesetz, während desselben und auch heute, die Arbeiterschaft tatsächlich fortgesetzt unter Boykott stellen. Im Jahre 1878, nach den Attentaten, kam bekanntlich die Aufforderung, keine sozialdemokratischen Arbeiter mehr in Lohn und Brot zu nehmen, die Verhältnisse von den Anhängern der Sozialdemokratie zu reinigen. Sie erinnere Sie ferner an die famosen Abmachungen, welche speziell in Preußen zwischen den Unternehmerverbänden und unter der Beteiligung höchster Stellen in der Militärverwaltung und anderen Zweigen darüber stattgefunden haben: keinen Arbeiter, welcher am 1. Mai 1890 an der Raiserfeier teilgenommen habe, in Arbeit zu nehmen; ich brauche bloß den Namen „Rühemann“ zu nennen, um Ihnen ins Gedächtnis zu rufen, wie brutal damals jenes Mittel gegen uns angewendet wurde. Ich erinnere Sie ferner an die Tatsache, daß eine bürgerliche Partei, nämlich die Antisemiten, den Boykott so anwenden, daß sie den Massenunterschied statt des Klassenunterschiedes zugrunde nehmen für ihre Lösung: „Kauf bei keinem Juden!“ lieber unser Recht also, von diesem Mittel Gebrauch zu machen, haben wir uns gar nicht erst zu unterhalten; wir gebrauchen es, wenn es uns paßt.“

Am 17. Dezember 1894, vom 8. bis zum 12. Januar und vom 8. bis zum 11. Mai 1895 stand auf der Tagesordnung des deutschen Reichstages die sogenannte „Umsturzvorlage“. Am 8. Januar und am 8. Mai erhielt Auer — damals in der Blüte seiner Kraft — das Wort.

Wir geben zum Schluß aus der ersten Rede nach dem offiziellen stenographischen Bericht eine Stelle wieder, die in mehr als einer Beziehung charakteristisch ist für Art und Wesen des uns zu früh Entschienenen.

„Man will weiter noch die Monarchie schätzen, und in den Motiven wird der wunderbare Satz aufgestellt: die monarchistische Idee, ohne welche eine gedeihliche Entwicklung unserer Zustände nicht gedacht werden kann, müsse geschützt werden. Dem gegenüber ist doch zunächst darauf hinzuweisen, daß wir im Deutschen Reich Republiken haben, von denen nicht bekannt ist, daß sie sich nach den heutigen Bourgeois- und modernen Begriffen nicht ganz gedeihlich entwickeln; es geht also auch bei uns ohne Monarchie! Aber davon ganz abgesehen, meine Herren, — so allgemein wie hier der Schutz der Monarchie hingestellt wird, da fragt man sich: muß auch Behrang von Dahoman, der auch ein Monarchist ist, muß auch dessen Monarchie geschützt werden, darf man auch über den Mann sich nicht in „beschimpfender“ Weise äußern? (Zuruf links.) Es wird mir zugurufen: King Well! Der ist staatsrechtlich noch nicht anerkannt, glaube ich (Geisterheil! links), den darf man also schon noch höhnen und darf sich über ihn in „beschimpfender“ Weise äußern; anders steht es mit dem Schah von Persien und seinen Gewohnheiten, den wir ja seinerzeit bei seinem europäischen Besuch kennen gelernt haben! Und es gibt auch sonst eine ganze Reihe anderer interessanter Gestalten, die auf Thronen sind oder gewesen sind. Und warum soll das Institut der Monarchie jetzt besonders geschützt werden? Ist etwa eine Epidemie der Majestätsbeleidigungen ausgebrochen? Macht sich in Deutschland eine besondere Bewegung gegen die Monarchie überhaupt bemerkbar? Daß es Republikaner gibt in Deutschland, — gibt es doch sogar staatsrechtlich anerkannte Republiken: Hamburg, Bremen und Lübeck sind republikanisch, und sie wissen, meine Herren, daß es auch außerdem in Deutschland Republikaner gibt: dafür ist meine Partei ein sprechender Beweis. (Zuruf links.) Aber wir Sozialdemokraten sind durchaus nicht die einzigen, welche die Ueberzeugung haben, daß die republikanische Staatsform einen Fortschritt gegenüber der monarchischen Staatsform bedeutet; es gibt auch unter den Mitgliedern anderer Parteien Leute, die derselben Ansicht huldigen. Wenn deshalb nun mit einem Male das Bedürfnis auftritt, die Monarchie als Institution besonders zu schützen, so muß man sich doch fragen: ja, liegt denn dazu ein Anlaß vor? Wenn man Umschau hält über die gekrönten Häupter in Europa, so muß man sich allerdings fragen: es traten da Erscheinungen auf, die es begehrlieh erscheinen lassen, die Monarchie als Institution vor jeder Kritik möglichst zu bewahren. (Sehr gut! links.) Ich darf da nur hinweisen, daß es kein menschliches Gebrechen, angefangen von kindischer Unbehagenheit bis zum Wahnsinn gibt, das nicht auf den europäischen Thronen in der einen oder anderen Form seine Vertretung hat. (Sehr richtig! links.) Das ist eine Tatsache, die wir alle kennen. Und nicht nur das: — haben wir, meine Herren, nicht unter den Kronenträgern Europas Exemplare, die, wenn sie genannt werden, einem sofort die Vorstellung von der höchsten Lächerlichkeit geben? Meine Herren, ist es nicht Tatsache, daß Angehörige regierender Häuser an allen Schmühändeln der neuesten Zeit in den Spielhöhlen und Kaffeehöhlen mitbeteiligt waren? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das macht es begreiflich, wie es man plötzlich dazu kommt, die Monarchie als Institution vor jeder Kritik möglichst zu verschonen und zu bewahren. Und, meine Herren, ich kann allerdings sagen: wenn ich nach dieser Richtung hin einen Vorstoß machen erlauben dürfte und könnte, so würde es der sein, daß gewisse Kreise eine Junge bilden und da die Bestimmungen des § 97 unserer Gewerbeordnung aufnehmen, wo als Zweck der Junge angegeben ist „Aufrechterhaltung und Stärkung der Standes Ehre“. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)“

Der Termin der Beerdigung

des entschlafenenen Genossen Auer ist noch nicht festgesetzt. Er wird in der Freitagnummer bekannt gegeben. Der Parteipresse geht telegraphische Meldung zu.

Kohlenpreise und Arbeitslöhne.

Am 1. April sind erhöhte Kohlenpreise in Kraft getreten; die Steigerung stellt sich auf durchschnittlich 1 Mark pro Tonne. An Hand verschiedener Geschäftsberichte haben wir schon wiederholt nachgewiesen, daß die bisherigen Preise den Unternehmern eine erhebliche Gewinnsteigerung gebracht haben. Die Behauptungen, durch die Lohnsteigerungen würden die Preisaufschläge abforbiert, entsprehen jeder tatsächlichen Grundlage. Die größeren Einkommen der Bergarbeiter sind in der Hauptsache erzielt durch vermehrte Schichten und durch erhöhte Leistung pro Schicht. Nur zu einem geringeren Teile resultieren sie aus einem Lohnaufschlag pro Tonne

Leistung. Dieses Mehr macht aber nur einen Bruchteil der schon im vorigen Jahre erfolgten Preisaufschläge aus.

Die „Köln. Ztg.“, die seit einiger Zeit als Sprachrohr der Kohlenmagnaten dient, bringt in ihrer Nr. 374 vom 9. April einen Leitartikel, in dem sie, anscheinend zu einem bestimmten Zweck, die Entwidlung der Bergarbeiterlöhne bespricht.

Den Zweck dieser Darstellung enthalten die folgenden Schlusssätze: „Die Erhöhung der Löhne hat also (!) die Mehreinnahmen nach erheblich überwogen. Mit den gegenwärtigen Verkaufspreisen sind die Mehrkosten nicht mehr zu decken, und da die Erhöhung der Löhne zweifelslos noch weiter gehen wird und sämtliche Materialien in den Preisen bedeutend gestiegen sind, ist ein weiteres Anziehen der Selbstkosten die natürliche Folge. Aus diesem Grunde war es notwendig, ein abermaliges Hinansteigen der Kohlenpreise vorzunehmen.“

Das „also“ in dem ersten Satz ist eine direkte Rogeelei und ein Attentat auf die Logik der Leser, denn außer den Lohnangaben und der nichtsagenden Bemerkung, daß auch die Werkslohnbeiträge gestiegen seien, ist in dem Artikel auch nicht eine einzige Angabe enthalten, die das „also“ rechtfertigen könnte. Es ist nicht der geringste Versuch gemacht worden, eine Parallele zu ziehen zwischen Lohnzunahme, Leistungssteigerung und Preiserhöhung. Allein mit den Lohnangaben ist aber für die Behauptung, mit den „gegenwärtigen“ Verkaufspreisen seien die Mehrkosten nicht mehr zu decken, nicht das geringste bewiesen! Wie wesentlich z. B. die Frage der Leistungssteigerung ist, dafür möchten wir ein Beispiel anführen.

Nach den amtlichen Angaben wurden im Oberbergamtsbezirk Dortmund im Jahre 1905 pro Kopf der Belegschaft 205 Schichten verfahren, im Jahre 1906 aber 321 Schichten. Eine Zusammenstellung der Zeitschrift „Blickauf“, offizielles Organ des Bergbauischen Vereins, weist pro Kopf der Belegschaft im Oberbergamtsbezirk Dortmund für 1905 eine Förderleistung von 244,1 Tonnen und für 1906 275,6 Tonnen nach. Das macht eine Schichtleistung von 0,827 Tonnen im Jahre 1905 und von 0,846 Tonnen im Jahre 1906. Damit ist aber die wirkliche Leistungssteigerung noch nicht erfasst. Es stieg zum Beispiel auch noch die Kohleproduktion in Deutschland von 18 1/2 Millionen Tonnen auf 18 1/2 Millionen Tonnen; das ist eine Zunahme um über 33 Proz.! Und was die Wertsteigerung der Produktion ausmacht, so geben darüber die im kaiserlichen statistischen Amt zusammengeführten Ergebnisse, die auf Angaben der Unternehmer beruhen, einige Anhaltspunkte. Danach stieg der Durchschnittswert für die Tonne Kohlen von 1905 auf 1906 um 38 Pf. Dabei waren die erhöhten Preise noch nicht für das ganze Jahr 1906 wirksam und noch viel größer ist die Wertsteigerung bei Koks. Man muß die weise Vorsicht anerkennen, die darin liegt, für die Behauptung, die Preise müßten noch weiter in die Höhe getrieben werden, nicht den Versuch des Beweises anzutreten. Damit charakterisiert sich das Vorgehen aber auch als ganz plumper Versuch, die Deffentlichkeit gegen die Arbeiter zu beeinflussen und dem Kohlenmagnaten seine Raffgier auf Kosten der Konsumenten zu befriedigen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. April 1907.

Sozialpolitische Klänge.

Der Gesetzentwurf betreffend den Gebührentarif für den Kaiser Wilhelm-Kanal wurde heute im Reichstag ohne besondere Debatte in erster und zweiter Lesung beraten. Graf Vosadowsky kündigte an, daß der Kanal verbreitert werden soll und die Vorbereitungen dazu im Gange seien.

Dann begann die 2. Lesung des wichtigen Etats des Reichsamt des Innern. Die Ferienstimmung hat die Redesart der sozialpolitischen Wünsche nicht verringert, der Wettlauf um die Gunst der arbeitenden Klassen wird von den bürgerlichen Parteien fortgesetzt. Freilich hat dieser Wettlauf seinen anderen Zweck, als mit vielen hohlen Worten die sozialpolitische Latenlosigkeit dieser „Arbeiterfreunde“ zu verdecken.

Wie immer, geberdet sich der berufene Sozialpolitiker des Zentrums, Abgeordneter Trimborn, als ob die Zentrumspartei das allergrößte Gewicht auf diese ihre parlamentarische Tätigkeit lege. Die Generaldebatte über diesen Etatsteil gibt ja die beste Gelegenheit, allerhand Wünsche an die Regierung zu richten; wenn es aber dazu kommt, diese Wünsche zu realisieren, dann muß das werktätige Volk schon zufrieden sein, wenn sozialpolitische Gesetze nach dem Rhythmus der Götternardie Springprozession zustande kommen — zwei Schritt vorwärts, einen zurück! Indes erst muß sich die Regierung betrogen fühlen, überhaupt einen der gewünschten Gesetzentwürfe einzubringen, ehe es dazu kommt!

Der Wunschzettel Trimborns Klang in einen Lobhymnus auf die verstorbenen Staatsmänner v. Rottenburg und v. Boetticher aus, deren sozialpolitische Tätigkeit ja in der Tat für einen bürgerlichen Politiker eine blendende Erscheinung sein mag, obwohl sie den Schneefang der amtlichen Sozialpolitik nicht zu beschleunigen vermochte. Den besten Beweis für das Unzureichende der amtlichen Sozialpolitik gab der Abgeordnete Trimborn selbst mit der Aufforderung; nun, nachdem die Sozialdemokraten bei den Wahlen geschwächt worden seien, sollten die bürgerlichen Parteien beweisen, daß sie die Wünsche der Arbeiter soweit als möglich zu befriedigen gewillt seien!

Diese Selbstironisierung wurde nur noch übertroffen durch die Aufforderung des nachfolgenden nationalliberalen Redners Wassermann: die Regierung solle mehr auf berechnete sozialpolitische Forderungen der Arbeiter eingehen; das stärke die nationalen Arbeiterorganisationen und schwäche die sozialdemokratischen! — Damit ist bestätigt, daß die sozialpolitische Tätigkeit der Regierung und der bürgerlichen Parteien unzureichend ist, darum Unzufriedenheit unter den Arbeitern erweckt und der sozialdemokratischen Agitation Boden bereitet.

Dem Abgeordneten Wassermann ist durch die von unserer Presse und unsern Rednern bereits früher gemachten Vorschläge, erst das Vereins- und Versammlungsrecht zu revidieren und ein freibürgerliches Reichsvereinsgesetz zu schaffen, ehe man einen Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine vorlege, ein Licht aufgeleitet worden, denn er ermahnte den Staatssekretär des Innern, in dieser Weise vorzugehen! Auch empfahl Wassermann dringlich, den Tarifverträgen zwischen Unternehmern und Arbeitern mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden, denn sie seien geeignet, die Kämpfe zwischen Arbeitern und Unternehmern zu mildern.

Ein zweiter Zentrumsmann, der bayerische Abgeordnete Lehmeier, entpuppte sich als ein laugierter Feind der Hausierer und Detailreisenden, deren Tätigkeit die kleinen Gewerbetreibenden schädigt! Redner wünscht deshalb die Einschränkung des Hausierens und Detailreisens; er wärmte also die alten Mitteln einer seit Jahrzehnten von Konser-

Saliven vertriebenen reaktionären Mittelstandspolitik wieder auf und fand damit auch den Beifall dieser reaktionären Elemente.

Die Weiterberatung dieses Etats wurde bis morgen vertagt.

„Kultus“.

Das Abgeordnetenhaus setzte heute die zweite Lesung des Kultusetats beim Kapitel „Universitäten“ fort; die liberalen Ministerpräsidenten hatten also das Vergnügen, gleich am ersten Sitzungstage seine Intelligenz den Herrn Kultusminister Dr. von Studt wieder an seinem Ministerpulte zu sehen. Sie bereiteten ihm denn auch einen recht liebenswürdigen und sumigen Empfang; der nationalliberale Abgeordnete Dr. Veumer wünschte eine vermehrte Pflege der Redekunst an den Universitäten und fügte hochhaft hinzu, daß gewiß gerade dieser Kultusminister den hohen Wert der freien Rede für das öffentliche Leben Deutschlands besonders schätzen werde! Sofort erhob sich der — Deputierte für das Universitätswesen im Ministerium (Altshoff ist zurzeit krank), Geheimrat Eiser, und erwiderte, daß in den höheren Lehranstalten schon das Mögliche für die Ausbildung der Höglinge in der Redekunst getan werde, daß es aber eben manchen gäbe, der es nie lerne, und dem müsse man eben ein ausgearbeitetes Manuskript in die Hand geben. — Herr von Studt sah lächelnd dabei und merkte nichts. Als aber der konservative Abgeordnete von Arnim ein schärferes Vorgehen gegen die schon genug drangsalirten russischen Studenten in Deutschland verlangte, da erhob sich Studt — würdevoll wie stets — und leierte — wie stets — vom Papier herunter eine Erklärung ab: daß die preussischen Universitäten sich gegen diese liebevolle Fürsorge, die ihnen das Kultusministerium zugebracht hatte, gewehrt hätten, und daß — Altshoff ist krank — es noch nicht gelungen sei, diese Anstandsregung der deutschen Professoren durch die Zentralinstanz zu überwinden.

Im übrigen befaßte sich die Debatte auf Anregungen ziemlich untergeordneter Natur: Den Wünschen des Abg. Trimborn auf Schaffung besonderer Lehrstühle für soziale Rechtswissenschaft und des Abg. Rosenow auf Schaffung eines Lehrstuhls für soziale Medizin sieht die Regierung natürlich ablehnend gegenüber. Der Abg. Dr. Müller (fr. Sp.) wünscht die Errichtung eines außerordentlichen Lehrstuhls für die mathematisch-astronomische Ortsbestimmung; dabei machte er die Bemerkung, daß gegenüber der Unendlichkeit des Weltalls, was politisch ganz interessant sei, die Hochgeborenen und selbst die Höchstgeborenen nur wie Käsemilben auf dem Chester erscheinen. Das klang den abligen Herren auf der Rechten so ungeheuerlich, daß sie laut protestierten. Ein Brandenstein eine Käsemilbe! — Entsetzlicher Gedanke!

Auch sonst mußte der edle Herr v. Brandenstein, dem die Reichstagsabgeordneten so zuwider sind, wenn sie erster Klasse fahren, heute viel leiden. Man machte nämlich wieder einmal in Sozialistenbelämpfung: der freikonservative Scharfmacher Dr. Wagner 309 gegen den harm- und zahllosen Kathedersozialismus der Berliner Universitätsprofessoren zu Felde, Dr. Veumer aber, der modernere Angestellte des Unternehmertums, will die weit gefährlichere Sozialdemokratie durch ein höchst merkwürdiges Mittel bekämpfen. Er wünscht nämlich das deutsche Studententum, dessen Trunkseligkeit er bisher preist, durch Redebekämpfungen zu beschämen, die subversiven Tendenzen der Sozialdemokratie im Volke zu bekämpfen und den Bildungshunger im Volke zu befriedigen! Damit will er zugleich das moderne Studententum von der Korpsblasiertheit befreien, die nur darauf sieht, daß beileibe keiner der Ihren „Hölchen“ oder einen unmodernen Schlips trage. Das war die Rede an dem Brandenstein!

Nach einigen unerbittlichen Auseinandersetzungen wegen der Professorengehälter wurde die Generaldebatte über die Kapitel „Universitäten“ geschlossen und eine Reihe von Ausgaben für die einzelnen Hochschulen bewilligt.

Morgen steht außer dem Rest des Universitätsstats der Etat der höheren Lehranstalten auf der Tagesordnung.

Die Overtüre zum Haager Friedenskonzert.

Das Intrigenvorpiel zur Haager Friedenskonferenz wird immer bunter. Die aufgestellten schönen Programmpunkte verschwinden völlig im Untergrunde; umso schärfer aber tritt das Bestreben der einzelnen Regierungen hervor, ihre besonderen Interessen zur Geltung, und die Mächte, die man für Gegner der befolgten Pläne hält, in einen Gegensatz zu einander zu bringen. Die Vorschläge und Bedingungen, welche die einzelnen Regierungen teils direkt stellen, teils durch eine gefügige Presse stellen lassen, sind nicht von Friedensliebe, sondern von nationalem Eigenmuth diktiert. Es ist geradezu lächerlich, wenn in offiziellen Meldungen von humanitären Rücksichten und Bedenken, von der Anbahnung des Weltfriedens usw. geredet wird. Einen neuen Beweis dafür, wie es um diese Humanität bestellt ist, liefert eine Aeußerung der offiziellen Madrider „Correspondencia de Espana“, welche die „Köln. Ztg.“ zum Abdruck bringt. Es heißt darin:

Auf der Haager Konferenz gehe Spanien in der Abrüstungsfrage völlig gleichgültig mit England vor, die Angelegenheit biete aber dadurch eine große Schwierigkeit, daß Frankreich nicht mittun wolle, und daß zwischen Frankreich und England, die sonst in allem einig seien, in diesem Punkte noch eine Meinungsverschiedenheit bestehe, da Frankreich den Abrüstungsplan nicht ausgeben wolle. England wolle übrigens die Abrüstung nur unter der Bedingung, daß seine Flotte stets stärker sei als die vereinigten Flotten zweier Mächte, die zur See am stärksten seien. Es drohe, gegebenenfalls eine Flotte zu schaffen, stärker als die von vier Mächten zusammen. Spanien seinerseits könne die Formel der Weibehaltung des status quo nicht annehmen und werde daher vorschlagen, ein Höchstmaß für die Einwohnerzahl und den Quadratkilometer des Landes festzusetzen. Es beständen auch noch andere Schwierigkeiten bezüglich der Frage der Seekriege. England weise rundweg die von Deutschland und Oesterreich verteidigte Theorie zurück, daß die Handelsflotte als Privateigentum erklärt werde, Spanien und wahrscheinlich auch Frankreich seien ebenfalls nicht damit einverstanden. Diese beiden Punkte seien wesentlich und würden Hauptpunkte der Haager Konferenz bilden. Darüber würden sich jetzt wahrscheinlich König Alfonso, König Edward und ihre Minister unterhalten, vielleicht werde Spanien beauftragt werden, im Haag diejenigen Fragen aufzuwerfen, womit England nicht selbst hervortreten wolle. Darauf deutet schon die Auswahl der spanischen Vertreter hin. Die englisch-spanische Allianz bestehe nicht, dafür aber eine entonto cordiale mit ungefähre gleicher Wirkung.

Wir schreiben am 10. März, daß bei der neuen zweiten Haager Friedenskonferenz schwerlich mehr herauskommen werde als bei den Verhandlungen der im Jahre 1898 abgehaltenen ersten Konferenz, nämlich nichts als einige nebenfällige Klügereien am Völkerrrecht. Allem Anschein nach war

selbst diese recht bescheidene Erwartung noch viel zu optimistisch. Wie sich jetzt die Vorbereitungen zur Konferenz anlassen, wird ihr Erfolg lediglich in einer Verschärfung der Interessengegensätze zwischen den Nationen bestehen.

Deutsches Reich.

Bayerischer Landtagswahlstubelembdel.

In Nürnberg handelt der „geeinte“ Liberalismus mit allen möglichen Parteigruppen an, um bei der Landtagswahl möglichst viel Sitze zu ergattern. Die Mittelständler, die sich in der letzten Zeit gegen den Liberalismus ziemlich ungehalten zeigten und auch bei der letzten Reichstagswahl gesondert vorgingen, sind nun wieder ein Herz und eine Seele mit den bisher bekämpften Liberalen und haben „engstes Zusammengehen“ mit den Blockparteien beschlossen. Dafür wird ihnen eine Kandidatur zugebilligt, die sie dem Drechslermeister Probst übertragen haben. Probst wurde auch bei der letzten Wahl von den Liberalen mit aufgestellt, als er aber im Landtage war, zeigte er bedenklische agrarische Ansichten. Auch trat er nicht der liberalen Fraktion, sondern der wirtschaftlichen Vereinigung bei. Um derartige Schwankungen zu verhüten, mußte er sich verpflichten, das Blockprogramm einzuhalten und der liberalen Fraktion beizutreten.

Für ganz Oberfranken ist der Abschluß eines Bündnisses zwischen Liberalen und Wändlern im Werke.

Starker Glaube.

Herr Hofrat Fuchs, bisheriger Vizepräsident des bayerischen Landtages und rechtskundiger Bürgermeister von Kissingen, veröffentlicht, wie das „Wärzbg. Journ.“ berichtet, in den „Salesianischen Nachr.“ folgende Erklärung:

„Mein Sohn, Leutnant, wurde von einer heftigen Blinddarmentzündung befallen und mußte sich einer sehr schweren Operation unterziehen. Das Leben des Kranken war in größter Gefahr, die ärztliche Kunst hatte sich bei den mehrfach aufgetretenen schweren Komplikationen als ohnmächtig erwiesen. Der Patient war aufgegeben. In dieser verzweifelten Lage wendete ich mich mit vollem Vertrauen an Maria, Hülfe der Christen, und ließ besondere Gebete verrichten, um durch Vermittlung der Gottesmutter die Genesung meines Sohnes zu erbitten. Die Helferin der Christen erhörte unser Flehen und Gebet, mein Sohn wurde gerettet und wird nach ärztlicher Mitteilung vollständig gesund werden. Der Arzt (Protestant) bezeichnete die Heilung selbst als ein wahres Wunder. Ich danke dem lieben Gott und seiner heiligen Mutter für die Gebeterhörnung und die außerordentliche Gnade, die meinem Sohne erwiesen worden ist.“

Wad Kissingen, den 28. Oktober 1906.
Theobald Fuchs, l. b. Hofrat.“

Selig sind, die einsätzigen Herzens sind.

Rachflänge von der Reichstagswahl.

Wegen Uebertretung einer Regierungsverordnung vom Jahre 1888 betreffend die Veranstaltung von Geldsammlungen wurde gegen den Arbeiter Dinsch-Prondy und den Arbeitersekretär Reiz-Prondy ein richterlicher Strafbefehl erlassen und zwar: gegen D. in Höhe von 10 M. und gegen R. in Höhe von 20 M. D., dem zur Last gelegt wird, Gelder zur Reichstagswahl eingesammelt zu haben, ohne die Erlaubnis der zuständigen Behörde eingeholt zu haben, der beschuldigt wird, ihn dazu durch Ueberredung bestimmt zu haben, erhoben gegen die Strafbefehle Einspruch.

In der Verhandlung vor dem Schöffengericht gab D. zu, Gelder bei Bekannten und Freunden gesammelt zu haben ohne vorherige Einholung einer behördlichen Genehmigung, stellte aber in Abrede, von R. dazu durch Ueberredung bestimmt worden zu sein. Er habe sich vielmehr nach der Reichstagsauflösung zu R., welcher Kassierer des sozialdemokratischen Wahlkomitees war, begeben und diesem um Ausübung einer Liste gebeten, welche er auch gab mit dem Hinweis, nur bei Bekannten und Freunden zu sammeln. R. bestätigte die Aussagen des D. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte gegen D. Verurteilung des Einspruchs und gegen R. Freisprechung, weil er sich nicht strafbar gemacht habe.

Das Urteil lautete gegen ersteren auf 3 M. Geldstrafe und letzteren auf Freisprechung.

Herr Liebermann von Sonnenberg hat der „Voss. Ztg.“ eine sogenannte Verichtigung gefunden, in der er mitteilt, daß er wegen der ihm von der „Ess. Rundschau“ nachgelagten Beteiligung seiner Schwärmer Wähler als Schweine bereits am 18. Februar v. J. mittels eingeschriebenen Briefes bei der Staatsanwaltschaft in Kassel Strafantrag gegen den Redakteur Wille gestellt hat, und zweitens daß die Staatsanwaltschaft in Kassel das Verfahren gegen den Redakteur Wille schon seit Monaten eingeleitet hat. Da die Staatsanwaltschaft nicht an bestimmte Fristen gebunden sei, so habe er keinen Einfluß auf die Ansetzung des Verhandlungstermins.

Der Afrikaer!

Zu zehn Jahren und einem Tag Gefängnis hatte das Breslauer Kriegsgericht den bisherigen Leiter der Schutztruppe in Deutsch-Südwestafrika, Gefreiten Kühnel, zurzeit als Reservist nach Reichenbach in Schlesien entlassen, wegen Gehorsamsverweigerung, Verleumdung und tätlichen Angriffs gegen einen Vorgesetzten im Kriege verurteilt, und sechs Monate und einen Tag Untersuchungshaft von der Strafe als verbüßt erachtet. Der Verteidiger hatte wegen sinnloser Trunkenheit auf Freisprechung plaidiert, der Anklagevertreter die erkannte niedrigste Strafe beantragt, da derartige Fälle im Kriege nicht vorkommen dürfen, aber dem Bericht Einreichung eines Gnaden Gesuches anbegehrt. Der Verhandlungsführer betonte bei der Urteilsverkündung, der kaiserlichen Gnade bleibe es überlassen, das Urteil abzuändern, das das schwerste des Breslauer Kriegsgerichts in den sieben Jahren des Bestehens gewesen sei. Schon in Afrika hatte ein Feldgericht getagt, das die Sache verurteilte. R. diente seit 1904 in Afrika und hat mehrere Gesichte mitgemacht. Er legte Berufung ein gegen das kriegsgerichtliche Urteil, mit der Begründung, daß er sinnlos betrunken gewesen sei. Dienstag, den 9. April, stand nun in der Berufungsinstanz vor dem Breslauer Oberkriegsgericht abermals Termin an. Ein neubernommener Feldwebel befuhrte, Kühnel sei völlig sinnlos betrunken gewesen und wußte nicht mehr, was er tat. Das Oberkriegsgericht verurteilte auf Antrag des Verteidigers, Rechtsanwalt Wik, die Sache, um einen Psychiater zu hören und den Arzt, der in Afrika Kühnel, weil er tobe, eine Veruhigungseinspritzung gegeben hat. R. hatte am 27. September 1905, betrunken vom schnellen Genuss 1/2 Liter Rum und mehreren Flaschen Bier (jeder Krieger bekommt von der Truppe pro Woche 1/2 Liter Rum), den als Kriegsinvaliden nach Reustadt (Ostpreußen) entlassenen Unteroffizier Pittlich auf Befehl, Probiant zu empfangen, beleidigt, Gehorsam verweigert und geschlagen.

Spiionageprozeß. Vor dem vereinigten zweiten und dritten Strafsenat des Reichsgerichts begann heute der Prozeß gegen den bei Gelegenheit der letzten Kaiserwahlen in Belgien wegen Spionage verhafteten ehemaligen österreichischen Oberleutnant Barthmann aus Audisohna in Galizien. Der Eröffnungsbeschluss legt dem wegen Spionage und Verletzung in Oesterreich mit fünf bzw. 3 1/2 Jahren Kerker verurteilten Angeklagten zur Last, er habe es unternommen, der französischen Regierung eine Reihe von Nachrichten, insbesondere über Geschäfte, Munitionswagen, Funktionen usw. zu liefern, die im Interesse der Landesverteidigung geheim zu halten sind.

Der Angeklagte bestreitet jede Schuld und behauptet, auf die Vorschläge des französischen Unterhändlers Hoffmann nur deshalb eingegangen zu sein, um mit Hilfe des deutschen Generalstabes das französische Nachrichtenbureau zu täuschen, wobei er allerdings habe Geld verdienen wollen.

Bei der Vernehmung erklärte Major Prose vom Generalstab, er habe das Angebot des Angeklagten, mit Hilfe des Generalstabes die französische Spionage zu durchkreuzen, unberücksichtigt gelassen, weil ihm dessen Vorleben — seine Verurteilung in Wien usw. — bekannt gewesen sei und er deshalb Mißtrauen gegen ihn gehegt habe. Redakteur Wagner von der „Schlesischen Zeitung“ in Breslau beklundet, daß der Angeklagte ihn vor Beginn der Verhandlung in Schlesien nach militärischen Dingen auszufragen versucht habe.

Die weitere Vernehmung und die Vernehmung der Sachverständigen erfolgt unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Zur Charakteristik der „anhängigen“ Presse. Unter dieser Epithete hat der „Vorwärts“ in seiner Nummer vom 7. d. M. das Verhalten des „Köln. Tageblattes“ gekennzeichnet, das sich beharrlich um eine Verichtigung in Sachen der Bebel'schen Rede vom 19. März herumgedrückt hat und das sogar auf die telephonische Anfrage eines Abonnementen erklärte, man beabsichtige überhaupt nicht, die Verichtigung zu veröffentlichen. Infolge der Kritik der sozialdemokratischen Presse hat das Blatt sich nun doch bequemt, die Verichtigung zu bringen, zu der es schon vor zwei Wochen verpflichtet und in der Lage gewesen wäre.

Ferner erklärt die Redaktion des Blattes, daß eine telephonische Unterredung mit einem „Mitgliede der Redaktion“ nicht stattgefunden habe, und der „Redaktion“ von einer solchen auch „nichts bekannt“ sei. Demgegenüber stellt nun aber die „Rheinische Zeitung“ fest, daß die Redaktion des „Köln. Tageblattes“ unter der am Kopfe dieser Zeitung verzeichneten Telefonnummer 210 am 28. März, abends 6.30 Uhr, in Anwesenheit zweier Zeugen angestrichelt worden ist, daß auf das Anklingeln die Antwort erfolgte: „Hier Redaktion des Tageblatt“, und daß dann die Unterredung genau so erfolgte, wie berichtet worden ist.

Opfer der Kolonialpolitik. Ein Telegramm aus Windhof meldet: Sanitätsgefreiter Friedrich Marx, geboren am 6. 11. 83 zu Remlingen, früher im 4. Garde-Regiment z. F., am 2. April d. J. auf dem Transport zwischen Kribitz-Schalafslippe an Lungenentzündung gestorben.

Druckfehlerberichtigung. Der letzte Satz unseres gestrigen Entschlusses über den Wiederbeginn der Parlamente muß richtig lauten:

Es ist sonach kein Wunder, daß beim Wiederbeginn der Parlamente den Siegern vom 25. Januar vor ihrer eigenen Verlichkeit Angst und Bange wird, und daß nur die „antinationalen Parteien“, zu denen sehr wider eigenen Wunsch und Willen auch das Zentrum gehört, so etwas wie Freude in die neue Arbeit mitbringen.

Ausland.

Marokko.

Rach der Besetzung Ufschdas.

Daß die Dinge nicht ganz so leichtzunehmen sind, wie es zuerst scheinen mochte, geht aus einer Reihe neuer Meldungen hervor, von denen wir die wichtigsten folgen lassen:

Tanger, 9. April. Die Konfulin in Casablanca hielten unter dem Vorsitz des französischen Konsuls als Dogen eine Sitzung ab und richteten an das diplomatische Korps in Tanger eine Beschwerde gegen den Gouverneur der Stadt, der nichts für die Sicherheit der dortigen Europäer tue.

Paris, 10. April. Aus Casablanca wird betreffs des Schittes des dortigen Konsularkorps beim Gouverneur berichtet, daß der Kaib des Schania-Stammes gedroht habe, die Stadt zu plündern. Die Konfulin verlangten deshalb, daß die Truppen des Raschen, welche 8 Stunden entfernt lagern, herangezogen werden, um die Stadt zu schützen. Der Befehlshaber der Truppen verweigerte dies jedoch, worauf der Gouverneur den außerhalb wohnenden Europäern den Rat erteilte, sofort in die Stadt zurückzukehren! — Wie der „Matin“ berichtet, hat die Nachricht von der gefährlichen Lage in Tanger große Aufregung hervorgerufen.

London, 10. April. Wie der „Times“ aus Tanger gemeldet wird, geht der französische Kreuzer „Albatros“ heute nach Casablanca ab, in dessen Umgebung beträchtliche Unruhe herrscht. Der französische Gesandte verlangte die Abführung des Gouverneurs. In Tanger wurde gestern der Hauptschuldbige der Mörder des Franzosen Charbonnier verhaftet. Der Mann hätte schon viel früher festgenommen werden können, aber erst nach der Besetzung Ufschdas fandte der Sultan einen strikten Befehl zur Vornahme dieser Verhaftung.

Nach den letzten, der „Times“ zugegangenen Depeschen hat die französische Gesandtschaft ein Antwortschreiben des Sultans auf ihre Forderungen erhalten. Der Brief ist unklar gehalten und augenscheinlich nur darauf berechnet, Zeit zu gewinnen. — Er wird daher auch von der Gesandtschaft für völlig ungenügend angesehen.

Tanger, 10. April. Die Verlesung des Edikts des Sultans in der Moschee von Fez, in welchem die Besetzung von Ufschda durch die Franzosen scharf kritisiert wurde, hat unter den Eingeborenen große Erregung hervorgerufen. In den Markttagen treffen zahlreiche Mitglieder entlegener Stämme ein, um Waffen zu kaufen. Man befürchtet ernste Komplikationen.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Tarifbewegung im Baugewerbe.

Der Tarif, den die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter mit der Unternehmerorganisation das letztmal vor 2 Jahren abgeschlossen hatten, lief bis zum 31. März d. J. Die betreffenden Arbeiterorganisationen hatten rechtzeitig ihre Forderungen eingereicht, deren Berücksichtigung sie bei der Neuberatung des Tarifs wünschten. In der Hauptsache wurde die Verkürzung der gegenwärtig bestehenden neunstündigen Arbeitszeit auf 8 Stunden gefordert, sowie eine Lohnerhöhung. Die letztere Forderung geht bei den Maurern und Zimmerern dahin, daß der Stundenlohn von 75 auf 85 Pf. erhöht wird. Die Hilfsarbeiter hatten ebenfalls Erhöhung ihrer Zeit- und Akkordlöhne beantragt. — Nach mehrfachen Korrespondenzen und Besprechungen in der Auktionskommission gaben die Unternehmer den Arbeiterorganisationen den Bescheid, daß sie über die Erneuerung des Vertrages erst dann mit den Vertretern der Arbeiter verhandeln würden, wenn die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit zurückgezogen werde. Die Arbeiter waren der Meinung, daß dieser Standpunkt der Unternehmer den Bestimmungen des immer noch geltenden Vertrages widerspricht, denn im Vertrage wird ausdrücklich festgesetzt, daß die Auktionskommission vor Ablauf desselben über die Verlängerung verhandeln muß und daß, wenn auf diese Weise eine Verständigung nicht erzielt werden kann, die Parteien sich an das Einigungsamt wenden müssen. Da also die Unternehmer den Eintritt in Verhandlungen von einer Bedingung, nämlich der Zurückziehung der geforderten Arbeitszeitverkürzung, abhängig machten, so erblickten die Arbeiter hierin eine Verletzung der angeführten Vertragsbestimmung. Die Arbeiter riefen nunmehr das Einigungsamt an, damit es entscheide, ob ihre Auffassung zutrefte und die Unternehmer demnach verpflichtet wären, unter allen Umständen in Verhandlungen einzutreten.

Am Donnerstag vor Ostern trat das Einigungsamt unter dem Vorsitz des Herrn v. Schulz zusammen. Beide Parteien waren vertreten; die Verhandlungen wurden aber auf Verlangen der Unternehmer unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Die Frage, um deren Entscheidung die Arbeiter das Einigungsamt angerufen hatten, kam jedoch nicht zur Verhandlung. Dagegen trat man auf Veranlassung des Vorsitzenden in die Tarifverhandlungen selbst ein, oder richtiger, es wurde der Versuch gemacht, denn zu einem praktischen Ergebnis kam es nicht. Die Unternehmer blieben dabei, daß sie eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht bewilligen würden. Auch nicht eine Viertelstunde Verkürzung würden sie zugestehen. Dagegen wollten sie über eine Lohnerhöhung mit sich reden lassen. Wie weit sie in dieser Hinsicht gehen wollten, wurde auch nicht gesagt, da sie die Zurückziehung der Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit nach wie vor zur Voraussetzung weiterer Verhandlungen machten. Die Vertreter der Arbeiter konnten diese Forderung nicht eigenmächtig zurückziehen, sie mußten dazu erst einen Beschluß der betreffenden Organisationen herbeiführen.

Nachdem man einen ganzen Tag vor dem Einigungsamt verhandelt hatte, gingen die Parteien auseinander. Die Vertreter der Unternehmer wünschten, daß ihnen bis zum 15. April mitgeteilt werde, ob die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit zurückgezogen werde oder nicht. Es wurde vereinbart, daß der bisherige Vertrag so lange Geltung behalten solle, bis die Verhandlungen entweder abgeschlossen oder endgültig als gescheitert anzusehen sind.

Gestern, Mittwochabend, hielt der Zentralverband und auch die Freie Vereinigung der Maurer je eine Generalversammlung ab, um den Mitgliedern Bericht über den Verlauf der Verhandlungen zu erstatten beziehungsweise einen Beschluß herbeizuführen.

Die Versammlung des Zentralverbandes der Maurer tagte in der „Neuen Welt“. Tausende füllten, Kopf an Kopf gedrängt, den Saal und die Galerien. — Vor Eintritt in die Tagesordnung gebachte der Vorsitzende Thöns des plötzlichen Todes des Genossen Ignaz Kuer. Die Versammelten ehrten das Andenken des Verstorbenen in der üblichen Weise.

Zur Tagesordnung übergehend, erstattete Thöns ausführlich Bericht über den Verlauf der Tarifbewegung und die Verhandlungen vor dem Einigungsamt. Dann führte er aus: Eine am Montag abgehaltene erweiterte Vertreterversammlung des Zentralverbandes hat den Beschluß gefaßt, daß die Forderung der Arbeitszeitverkürzung aufrechtzuerhalten werden soll (Wrasol) und die Leitung des Verbandes diesen Standpunkt in der gegenwärtigen Versammlung zu vertreten hat. Eine Abstimmung soll jedoch in dieser Versammlung nicht vorgenommen werden, sondern in die am Freitag abzuhaltenden Bezirksversammlungen verlegt werden. Heute gelte es nur, die vorliegende Frage zu diskutieren. Die Situation sei ernst. Das Festhalten an der Forderung bedeute den Kampf, der mit aller Energie durchgeführt werden müsse, wenn die Abstimmung der Mitglieder im Sinne des Standpunktes der Vertreterversammlung ausfällt.

Im übrigen ist den Darlegungen des Referenten noch zu entnehmen, daß die Unternehmer ihre grundsätzliche Ablehnung der Arbeitszeitverkürzung damit begründen, der Achtstundentag sei eine sozialdemokratische Forderung. Die Verhältnisse im Baugewerbe lägen in gesundheitlicher Hinsicht zu günstig, daß eine Verkürzung des Neunstundentages nicht begründet sei. Diese Auffassung haben die Arbeitervertreter vor dem Einigungsamt widerlegt mit dem Hinweis, daß die Verkürzung der Arbeitszeit eine kulturelle Forderung ist, deren Durchführung für das Baugewerbe auch aus gesundheitlichen Gründen geboten ist.

Die Diskussionsredner in der Versammlung behandelten fast ausschließlich diese Frage und verteilten den Standpunkt, daß man an der Forderung des Achtstundentages festhalten müsse, die geschäftliche Konjunktur sei günstig genug, daß man wegen dieser Forderung einen Kampf mit Aussicht auf Erfolg führen könne. — Mit Nachdruck wurde hervorgehoben, daß sich die Arbeiter wohl mit der 8 1/2 stündigen Arbeitszeit begnügen würden, wenn sich die Unternehmer in Verhandlungen über diesen Punkt eingelassen hätten. Da sie dies ablehnten, kamen die Arbeitervertreter aber nicht in die Lage, einen vermittelnden Vorschlag zu machen. Wenn jetzt der Kampf um den Achtstundentag ausbrechen sollte, so ist das nur dem grundsätzlichen ablehnenden Standpunkt der Unternehmer zuzuschreiben. Die zahlreichen Diskussionsredner waren alle darin einig, daß man dem Verlangen der Unternehmer nicht nachkommen solle. Einmütig wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die Abstimmung am Freitag für Aufrechterhaltung der Forderung des Achtstundentages ausfallen möge. — In seinem Schlusswort betonte Thöns, wenn die Abstimmung sich für den Kampf entscheidet, dann wird selbstverständlich die Verhandlung hinter den Kollegen stehen und alle Mittel anwenden, um den Kampf zum Siege zu führen.

Auf Beschluß der Leitung treten vom Montag ab die Unterstufungsfrage des Statutal außer Kraft, an deren Stelle treten die im Verbandsstatut angegebenen Unterstufungsfrage.

In der außerordentlichen Generalversammlung des Ortsvereins der Freien Vereinigung der Maurer, die Kellers großen Saal bis auf den letzten Platz füllte, berichtete Schell über die Verhandlungen. Der Verband der Baugeschäfte hat es zwar von Anfang an abgelehnt, Vertreter der nicht am Abschluß des alten Vertrages beteiligten Freien Vereinigung zu den Verhandlungen zuzulassen, doch haben sämtliche in Betracht kommenden Gewerkschaften bei dieser Bewegung in vollem Einverständnis gemeinsam gehandelt, und demgemäß waren auch die Vertreter der Freien Vereinigung über den Ausgang der Verhandlungen unterrichtet. Der Redner gab einen sachlichen Bericht über die Lage, forderte die Versammlung zu gründlicher Prüfung der Verhältnisse auf, sprach aber die Ansicht aus, daß in der gegenwärtigen Situation kein Grund vorliege, die Forderung der Arbeitszeitverkürzung zurückzugeben. — Sämtliche Diskussionsredner äußerten sich im selben Sinne.

Mit allen gegen nur 2 Stimmen wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heute, am 10. April 1907, in Freyers Festsaal, Koppentstraße 20, tagende außerordentliche Generalversammlung der Freien Vereinigung der Maurer Deutschlands, Ortsverein Berlin, nimmt Kenntnis von dem negativen Erfolgs bezüglich der Verhandlung zwecks Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für das Jahr 1907 in unserem Gewerbe.“

Die Versammelten sind der Meinung, daß bei einem Entgegenkommen der Arbeitgeber einer friedlichen Lösung dieser tiefsten Frage auf der Grundlage beiderseitigen Entgegenkommens sehr leicht möglich, ja sogar wahrscheinlich war.

Sie können die Gründe der Arbeitgeber bezüglich der brüskalen Ablehnung der von uns geforderten Verkürzung der Arbeitszeit nicht als akzeptabel gelten lassen, sondern sind nach wie vor der Meinung, daß die Verkürzung der Arbeitszeit unter Würdigung aller dafür angeführten Gründe eine wirtschaftliche Notwendigkeit geworden ist.

Aus diesem Grunde muß es den Arbeitgebern überlassen bleiben, die Verantwortung für die schweren Folgen, welche durch den konsequent ablehnenden Standpunkt ihrerseits bezüglich unserer Forderungen eventuell hervorzurufen werden, zu tragen.

Die Versammelten sind der Ansicht, unbedingt an einer Verkürzung der Arbeitszeit in unserem Gewerbe festhalten zu müssen, und lehnen deshalb das Ansuchen der Herren Arbeitgeber, die

Verkürzung der Arbeitszeit als Forderung fallen zu lassen, bestimmt und entschieden ab.

Im übrigen erklären sich die Anwesenden mit den vom Vorstand bisher getroffenen Maßnahmen bezüglich der Vorbereitungen zwecks Durchführung unserer Forderungen voll und ganz einverstanden, und beauftragt die Versammlung den Vorstand, auf Grund der Versammlungsbeschlüsse weitere diesbezügliche Maßnahmen zu treffen.“

Die Versammlung beschloß ferner, daß alle Mitglieder, die über drei Tage Arbeit in der Woche haben, vom 1. April ab 60 Pf. Extrarbeitslohn zu zahlen verpflichtet sind.

Achtung, Metallarbeiter!

Die Firma Seidel u. Kaumann in Dresden sucht in Berlin Arbeitswillige. Den sich Meldenden wird folgendes Scheinstück vorgelegt:

Hiermit verpflichte ich mich, bei der Firma Aktien-gesellschaft vorm. Seidel u. Kaumann, Dresden, zu dem mir bekannten Lohnsatz und Bedingungen in Arbeit zu treten, und erkläre hierdurch, falls ich die Arbeit innerhalb 14 Tagen wieder verlasse, das Jahrgeld und event. Vorkauf wieder zurückzugeben oder mir vom Lohn abzuziehen zu lassen.

Dagegen verpflichtet sich die obgenannte Firma, mich auch nach Beendigung des mir bekannten Streites fernerhin weiter zu beschäftigen, falls nicht ein triftiger Grund zu meiner Entlassung vorliegt.

Wir erwarten von den Berliner Kollegen auf das bestimmteste, daß sie jedes Angebot nach Dresden entschieden zurückweisen. Niemand darf nach Dresden gehen.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung! Im Emailierwerk Heingärtner u. Winterberg, Rigdorf, Rigdorfstr. 118, befinden sich die Kollegen im Streik. Der Zugang ist streng fernzuhalten.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Aussperrung der Dachbeder.

Mehr als 1000 Dachbeder sind gestern entlassen worden, die in 220 Betrieben beschäftigt waren. Die Arbeitgeber hatten befohlen, den Beschluß gefaßt, ihre Werkstätten am Donnerstag zu schließen und sämtliche Gesellen zu entlassen, im Fall die Ausständigen nicht die Arbeit bis Dienstag zu den bisherigen Bedingungen wieder aufgenommen haben. Die Arbeitnehmer haben diesen Beschluß mit einer weiteren Arbeitsniederlegung in den beiden namhaftesten Betrieben beantwortet. Damit war die Aussperrung sämtlicher Dachbedergesellen Groß-Berlins gegeben. Die Hilfsarbeiter sind nicht mit ausgesperrt und arbeiten vorläufig weiter. Diese werden am Sonntag zur Aussperrung der Gesellen Stellung nehmen.

Die freitenden Landkassengärtner versammelten sich am Dienstagabend in Miethes Festsaal, um den Bericht über den Stand des Streiks entgegenzunehmen. In der Streikliste stehen jetzt 405 Namen verzeichnet. 33 Firmen haben die Forderungen bewilligt; die Vereinigung der Unternehmer aber hat noch kein Zeichen des Entgegenkommens gegeben. Zur Erklärung der Situation, in welche die Unternehmer geraten sind, haben sie ein Flugblatt herausgegeben, worin sie den „Herrschäften“ erzählen, daß die Gehülfen ganz unbedingte Forderungen erheben und daß der Reumittentag im Gärtnergewerbe undurchführbar sei. Jeht Stunden seien notwendig, und dabei könnten die Gärtner bis zu 5,50 M. pro Tag verdienen. Es seien auch genügend Arbeitswillige vorhanden, die sich aber durch die Furcht vor den Streikenden nicht herabwürdigten. Der bestehende Kampf um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen wird hingestellt als eine Kampffrage zwischen den Unternehmern und den organisierten Gärtnern. — Der Inhalt dieses Flugblattes wurde von Kamrowski und anderen Rednern gebührend gewürdigt.

Die Firma Köhler in Steglitz hat auf dem Plage der Armes- und Marine-Ausstellung in Friedenau viele Gärtner beschäftigt, und die Streikleitung hat es sich zur Aufgabe gemacht, dagegen vorzugehen, um die Firma zum Nachgeben zu bewegen. Die Bauarbeiter der Ausstellungsgebäude zeigten sich sehr bereitwillig, den freitenden Gärtnern und zu gleicher Zeit den streikenden Weitergerüstbauern ihren Bestand zu leisten. Durch die Bau-deputierten sind entsprechende Forderungen an die Bauleitung gestellt worden. Verhandlungen sind im Gange. Die Versammelten nahmen mit Befriedigung davon Kenntnis; sie machten große Augen, als Kamrowski ihnen mitteilte, daß die Zimmerleute in der Ausstellung nur 8 Stunden pro Tag, bei einem Stundenlohn von 90 Pf., arbeiten, und die bescheidenen Forderungen der Gärtner dagegen hielt.

Die Streikleitung ermahnte zugleich die Arbeiter, sich den Arbeitswilligen gegenüber nicht zu Unbesonnenheiten hinreißen zu lassen; man erlinge mehr, wenn man ruhig, aber zähe und energisch sein Ziel verfolgt. — Den Vereinten wurde eine Erhöhung der wöchentlichen Unterstützung zugestimmt. Das sonstige Wetter begünstigt den Streik der Gärtner sehr; die Aufträge häufen sich überaus, und mancher Unternehmer, der nicht bald Frieden macht, wird später vielleicht vergebens tüchtige Gärtner suchen.

Zum Streik der Weitergerüstbauer ist zu berichten, daß die Firmen Hansmann und Benzel den Tarif nach Verhandlung mit der Lohnkommission unterschrieben anerkannt haben. Demnach erhalten daselbst die Poliere 85 Pf. und die Hüter 70 Pf. pro Stunde. Nacharbeit wird wie im Entwurf festgelegt bezahlt. Diejenigen Poliere und Hüter, welche bei Firmen arbeiten, die bewilligt haben, sind im Besitz einer Ausweiskarte, welche auf der Rückseite den Verbandsstempel trägt. Alle diejenigen in Arbeit stehenden Nacharbeiter, welche sich nicht im Besitz dieser Karte befinden, sind als Arbeitswillige zu betrachten. In der Marineausstellung zu Himmelsdorf hat die Firma W. Arndt u. Co. die Nacharbeiten auszuführen. Da diese Firma bis dato noch nicht bewilligt hat, nahmen die in der Marineausstellung tätigen Zimmerer, Maler und anderen Bauhandwerker im Interesse ihrer eigenen Sicherheit Stellung zu der Frage und forderten, daß die Arbeitswilligen der Firma Arndt u. Co. die Räume der Ausstellung verlassen. Es kam infolgedessen zu Verhandlungen zwischen Arndt und dem Bauführer, die zu einer Einigung nicht führten. Daraufhin mußten die Arbeitswilligen die Ausstellung verlassen. Falls die Firma bis Mittwochabend eine Einigung mit ihren Leuten nicht herbeigeführt hat, sollen die Nacharbeiten einer Firma übertragen werden, die sich durch Bewilligung der Forderungen ihre geübten Leute erhalten hat.

Achtung, Zementierer! Die Zementierer und Arbeiter der Braunschweiger Firma Dreuschahn u. Sndhop, welche in Spandau auf Montage beschäftigt sind, haben sich mit ihren Braunschweiger Kollegen solidarisch erklärt und legten alle Mann am 8. d. M. die Arbeit nieder. Es handelt sich hierbei um Lohnforderung und Anerkennung der Organisation. — Zugang von Zementarbeitern nach Spandau ist strengstens fernzuhalten.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter.

Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Die Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes im Hamburger Hafen.

Wir erhalten folgendes Privattelegramm: Hamburg, 10. April. An der Verhandlung mit den Reedern nahmen außer anderen Ballin, Döring vom Hafenarbeiterverband und Reichstagsabgeordneter Hedföcher teil. Das Ergebnis derselben wurde in einer Riesensammlung der Schauerleute mitgeteilt. Die Reederei wollen die deutschen Arbeitswilligen, soweit wie möglich, hier behalten, die Fremden soweit wie möglich abschicken, aber nur, wenn sich die hiesigen Arbeiter durch ihre Organisation verpflichten, mit Nichtorganisierten zusammenzuarbeiten, und jede Stö-

rung in der Annahme von Kontraktarbeitern zu unterlassen. In friedlichen Zeiten darf der Zugang von Arbeitern nicht unterbunden werden. Dagegen wollen sie Schichteneinteilung einführen, falls solche nach Rücksprache mit den übrigen Instanzen als notwendig anerkannt werden. Solange dies nicht der Fall ist, soll nach dem alten Tarif (eventuell 30 Stunden hintereinander) gearbeitet werden. Die Wünsche der Arbeiter bezüglich der Schichteneinteilung werden nach Möglichkeit berücksichtigt werden. — Die Schauerleute opponierten in der Versammlung lebhaft; sie nahmen folgende Resolution an: „Ausländische Arbeiter müssen spätestens vierzehn Tage nach Aufhebung der Aussperrung abgeschoben sein. Die deutschen Arbeitswilligen dürfen nur beschäftigt werden, soweit dies zur Ausführung der Arbeiten notwendig. Bis zur Einführung des Schichtwechsels muß für Nacharbeit 1 Mark pro Stunde vergütet werden.“ — Die Resolution wurde sofort den Reedern übermittelt.

Die Beendigung der Aussperrung im Schneidergewerbe

ist beschlossen und nun wohl auch bereits zur Tatsache geworden. Zwar haben nicht, wie die gestrige Meldung einer „Zeitungskorrespondenz“ besagte, in München Verhandlungen zwischen den Zentralvorständen des Arbeitgeberverbandes und des Schneiderverbandes stattgefunden, aber gleichwohl ist ein Uebereinkommen erzielt worden, das dem Kampfe ein Ende macht. Vertreter der Berliner Arbeitgeber waren in München, um bei ihrem Zentralvorstand für die Berliner Gruppe des Arbeitgeberverbandes Verhandlungen mit der Gehülfenorganisation möglich zu machen. Der Zentralvorstand der Arbeitgeber hielt es dann aber offenbar für notwendig, daß gleichzeitig in allen Streik- und Aussperrungsorten eine Einigung angestrebt werde. Dann fand am Dienstag in Berlin eine Besprechung der Berliner Arbeitgeber mit den Vertretern des Schneiderverbandes statt und hier kam nach telegraphischer und telephonischer Verständigung mit dem Zentralvorstand der Arbeitgeber folgende Vereinbarung zustande:

1. Die Streiks und Aussperrungen werden beiderseits am Mittwoch allerorts aufgehoben und die Arbeit wird am Donnerstag früh aufgenommen.

2. Einwoige Unebenheiten der von den Arbeitgebern vorgelegten Tarife und andere örtliche Tariffragen werden zwischen den Filialen des Schneiderverbandes und den Ortsgruppen des Arbeitgeberverbandes in dieser Woche friedlich und ohne weitere Nachanforderung beigelegt.

3. Maßregelungen finden unter gegenseitiger Verbürgung nicht statt; noch am Plage befindliche Gehülfen kehren zu ihren früheren Arbeitgebern zurück und müssen wieder eingestellt werden.

In Berlin haben die Verhandlungen gestern bereits begonnen. Voraussichtlich wird die heute abend stattfindende Versammlung der Gehülfen über die Wiederaufnahme der Arbeit beschließen.

Die Malergehülfen in Colmar befinden sich infolge höherer Lohnforderungen im Ausstande. Einige wenige Arbeitswillige sind an der Arbeitsstelle Isarnieret, werden bei Ausgängen von der Gendarmerie „beschißt“ und erhielten vom Militär Betten zur Verfügung gestellt.

Achtung, Pinselarbeiter! Wegen Nichtbewilligung von Forderungen und Aussperrung eines Teils der Arbeiter befinden sich die Arbeiter der Pinselwarenfabrik „Schlüsselmark“ im Ausstand. Zugang nach Delmenhorst ist streng fern zu halten.

Eingegangene Druckschriften.

Die preussische Polenpolitik von O. Gony. Preis geb. 1,50 M. Verlag Müller u. Voening, Frankfurt a. M.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Freispruch im Spionageprozeß Barthmann.

Leipzig, 10. April. (B. Z. B.) Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit der Verhandlung plädierte der Staatsanwalt, der erklärte, der Angeklagte habe sich des Versuches eines Verbrechens gegen § 3 des Spionagegesetzes und bezüglich eines Punktes des vollendeten Verbrechens schuldig gemacht. Der Verteidiger bestritt dies und plädierte auf Freisprechung. Der Angeklagte stellte in einem Schlusswort jegliche Schuld in Abrede. Das Reichsgericht sprach den Angeklagten frei mit der Begründung, daß die Absicht des Angeklagten, militärische Geheimnisse zu verraten, nicht nachgewiesen sei. (S. a. unter Politik.)

Abgestürzte Bauarbeiter.

Mannheim, 10. April. (B. Z. B.) Auf einem Neubau brach gestern nachmittags, als man damit beschäftigt war, eine 3 Zentner schwere Balkenplatte in der Höhe des dritten Stockwerks zu befestigen, ein Gerüstbebel. Die Platte stürzte in die Tiefe und tötete vier Arbeiter mit sich. Alle vier wurden schwer verletzt nach dem Krankenhaus übergeführt.

Eine Proklamation der sozialistischen Partei.

Paris, 10. April. (B. Z. B.) Der Nationalrat der sozialistischen Partei richtet an die Arbeiter Frankreichs eine Kundgebung, in der gegen die Haltung der Regierung gegenüber den Berufsverbänden der Beamten Einspruch erhoben wird und die Arbeiter aufgefordert werden, ihrer Entrüstung öffentlich Ausdruck zu verleihen.

Wahrung der Rechte der Duma.

Petersburg, 10. April. (B. Z. B.) Der Präsident der Reichsduma, Golowin, hat die Mitteilung des Ministerpräsidenten Stolypin betreffend die Beziehungen der Ausschüsse der Duma zu den lokalen Selbstverwaltungsorganen mit einem Schreiben beantwortet, in dem er ihm um Mitteilung ersucht, auf Grund welcher Gesetze der Ministerpräsident solche Anweisungen an den Präsidenten der Duma richten könne. Das Gesuch über die Reichsduma enthalte einen Artikel 33, der der Duma das Recht gebe, die Minister wegen ungeschicklicher Handlungen zu interpellieren. Es bestünde aber kein Artikel, der den Ministern das Recht gebe, Interpellationen an die Duma oder deren Präsidenten zu richten.

Oyster des Zarismus.

Riga, 10. April. (B. Z. B.) Heute früh wurden die drei Revolutionäre Rosenbach, Verischewski und Ganschinewitsch handgerichtlich erschossen.

Die Situation in Lody.

Lody, 10. April. (B. Z. B.) Die Anruhen dauern noch fort. Gestern wurde die hiesige Station der Warschau-Kalischer Bahn von 20 Bewaffneten überfallen. Sie umzingelten einen Waggon, in dem sich eine Militärpatrouille befand; die Schildwache schoß; die Räuber ergriffen die Flucht und erwiderten dabei die Schüsse.

Ein großer Erfolg.

Tanger, 10. April. (B. Z. B.) Kalfali hat fünf seiner Regeneranten in Tagerut zurückgelassen, wo dieselben jetzt von der Mahalla ergriffen wurden. Die Frauen sind nach Tanger gebracht worden und werden in der Kasbah gefangen gehalten.

Reichstag.

25. Sitzung vom Mittwoch, den 10. April 1907, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf v. Posadowsky, Freiherr v. Stengel.

Präsident Graf Stolberg: Ich erkläre die Sitzung für eröffnet. Meine Herren, wir haben schmerzhafte Verluste erlitten: Am 25. März dieses Jahres verstarb der Abg. Prinz v. Arenberg, der dem Hause seit 17 Jahren ununterbrochen angehört, und zwar für den ersten Wahlkreis des Regierungsbezirks Aachen. Heute früh verschied unser langjähriger Kollege Auer; er gehörte dem Reichstag an während der dritten Legislaturperiode 1877/78 für den 22. Wahlkreis des Königreichs Sachsen, ferner für die vierte Legislaturperiode und dann von 1890 ab für den 17. Wahlkreis des Königreichs Sachsen. Sie haben sich zu Ehren der Verstorbenen von den Blägen erhoben; ich stelle das fest.

Auf der Tagesordnung steht die erste und eventuell zweite Beratung betreffend den Gehältertarif für den Kaiser Wilhelm-Kanal. Die Ermächtigung zur Festsetzung dieser Gehälter ist dem Kaiser im Einkommen mit dem Bundesrat überlassen, und zwar bis zum 30. September 1907. Die verbündeten Regierungen schlagen vor, diese Ermächtigung auf fünf Jahre zu verlängern.

Abg. Dr. Göder (natl.): Ich bitte, bei der bevorstehenden Verbreiterung des Kanals den Tarif möglichst ungeändert zu lassen. Auch sei es vielleicht richtig, die Verwaltung des Kanals der Marineverwaltung zu übergeben. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Koenig (fr. Sp.): Ich möchte zu erwägen geben, ob nicht die erhöhten Gebühren in der Zeit vom Oktober bis März fallen gelassen werden könnten. Auch der Fährbetrieb sollte umsonst sein. Ferner wäre es im Interesse des Handels angebracht, das staatliche Schleppliniennetz abzuschaffen. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Graf v. Posadowsky: Der Fährbetrieb kostet jetzt schon dem Reiche jährlich 370 000 M., er kann also nicht noch billiger werden. Das staatliche Monopol für die Schleppliniennetze wird um so notwendiger sein, je größer der Verkehr auf dem Kanal wird. Der Antrag, die Kanalverwaltung dem Marineamt zu übergeben, würde ich bei dem großen Umfang meines Ressorts gern folgen lassen; doch erscheint es mir zweifelhaft, ob die Handelsinteressen dabei gewahrt blieben.

Abg. Dr. Kirsh (S.) bittet um Aufklärung über die bevorstehende Kanalverbreiterung.

Abg. Dr. Hahn (S. d. L.) besetzt die Vorlage.

Graf v. Posadowsky: Die einzelnen vorgebrachten Beschwerden wurzeln zum Teil in den technischen Verhältnissen des Kanals, die zurzeit unänderlich sind. Mit der Erweiterung des Kanals werden viele dieser Klagen verschwinden; doch ist für dieses Projekt ein Zeitraum von acht Jahren erforderlich.

Damit schließt die erste Beratung.

In der zweiten Beratung wird der Besetzungswurf debattelos angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Etats. Sie beginnt beim Etat des Reichamts des Innern, und zwar mit dem Titel „Gehalt des Staatssekretärs“.

Abg. Trimborn (S.): Gegenüber dem Borede vom Automobilitempo in der Sozialpolitik muß betont werden, daß in der Sozialpolitik ein vollständiger Stillstand eingetreten ist. Das ist aber keineswegs Schuld des Reichstages. Herr Wugand setzt große Hoffnungen auf die neue Majorität. Aber seine Reden sind auch keine Laten! (Sehr richtig!) Eine besondere Anlage zu sozialpolitischer Fröhenbarkeit haben die Liberalen bisher nicht gezeigt, besonders verlor sie auf dem Gebiete der Mittelstandspolitik. Auf dem Gebiete der Versicherungslegislation haben zwei große Missionen bevor: die Zusammenlegung der Versicherungen und die Einführung der Witwen- und Waisenversicherung. Bis wann denkt der Staatssekretär, daß eine Vorlage hierüber kommen wird? Sehr dringend ist die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die ländlichen Arbeiter und das Gefolge. Soll diese Ausdehnung vortage genommen werden, oder soll damit bis zur Zusammenlegung der Versicherungen gewartet werden? Ich möchte wissen, wie der Staatssekretär darüber denkt.

An der Einschränkung der Arbeitszeit der Frauen müssen wir festhalten, ebenso verlangen wir die Ausdehnung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, auf dem Gebiete der Schifffahrt, und in den Betrieben der Glasbläuen. Ueber den Bauarbeiterlohn wollen wir die Entschärfung des Bundesrates abwarten. Die vom Reichsgesundheitsamte herausgegebenen Merkblätter über die hygienischen Vorschriften sollten auf möglichst viele Betriebsarten ausgedehnt werden. Die Frage der Tarifverträge ist so wichtig, daß auch der Juristentag sich damit befaßt hat. Die Bewegung der Privatbeamten haben wir aufmerksam verfolgt und unterstützen sie, zumal sie schon zu positiven Forderungen gelangt ist. Wir wünschen, daß die Parteien sich zu gesetzgeberischer Betätigung auf diesem Gebiete zusammenfinden möchten. Sehr notwendig ist es, daß der Reichstag sich auch wieder mit dem Wohnungswesen beschäftigt, um so notwendiger, als der preussische Besetzungswurf zur Wohnungsreform dauernd ausbleibt.

Das auffallendste Ereignis sozialpolitischer Natur in den letzten Monaten war der große Mandatsverlust der sozialdemokratischen Partei. Für die bürgerlichen Parteien ergibt sich hieraus die erste Mahnung, die Fortführung der Sozialpolitik nun erst recht zu fördern. Sonst würde man der Sozialdemokratie wieder zu Randdaten verfallen und beweisen, daß es ohne eine starke Sozialdemokratie in diesem Hause keine Sozialpolitik gibt. Wenn die Regierungen auf sozialpolitischem Gebiete nicht Ernst machen, handeln sie meiner Ueberzeugung nach unverantwortlich. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Bassermann (natl.): Es würde eine große Enttäuschung hervorrufen, wenn der Stillstand auf dem sozialpolitischen Gebiete seitens der verbündeten Regierungen erhalten bliebe. Ich würde das schon mit Rücksicht auf die Sozialdemokratie bedauern. Der Reichstag läßt es an sich nicht fehlen, wie die vorliegenden circa 150 Initiativanträge beweisen. Das Gesetz über die Berufsvereine ist im Reichstage mit Recht scharfer Kritik begegnet. Ob es richtig war, in dieser Session kein sozialpolitisches Gesetz einzubringen, erscheint mir zweifelhaft; der Einwand, daß die Vorlagen doch nicht durchberaten werden können, ist durchaus nicht stichhaltig. Es wäre durchaus möglich, zum Beispiel ein Gesetz zur Sicherung des Wahlheimnisses zu verabschieden; auch auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsgesetzes müssen wir endlich Klarheit schaffen. Der wirtschaftliche Kampf organisiert sich bei Arbeitgebern und Arbeitern, und Ausschreitungen und Streiks sind die Folge. Da haben wir für die Arbeitskammern als Friedensorganisation plädiert, durch sie wird die Ausdehnung der Tarifverträge, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Weise zugute kommen, noch mehr gefördert. Die Regelung der Arbeitszeit in den Glasbläuen ist notwendig, auch die Materie des unlauteren Wettbewerbs und des Ausverkaufswesens müssen wir ordnen. Die Erfahrungen mit den Kaufmannsgerichten sind durchaus erfreulich. Einzutreten haben wir ferner für die Regelung der Arbeitszeit, insbesondere für die Sonntagsruhe im Schifffahrtsgewerbe. Man muß für die stets wachsenden sozialpolitischen Aufgaben im Reichsamte des Innern eine Spezialabteilung bilden, die sich später zu einem eigenen Staatssekretariat ausbilden könnte. Die gute Wirkung positiver sozialpolitischer Werke würde sich bald zeigen in der Schwächung der Sozialdemokratie.

Abg. Werner (Reform.): Es hat mit Recht großen Unwillen hervorgerufen, daß in Preußen den Beamten, die doch das Petitionsrecht haben, verboten worden ist, mit Wünschen an einzelne Ab-

geordnete heranzutreten; wir wehren uns dagegen, daß dieses Verbot auch auf das Reich ausgedehnt wird. Die oft staatlich unterstützten Beamtenkonsumvereine machen dem hartbedrängten Mittelstande das Leben schwer. Ueberhaupt ist Förderung des Mittelstandes die beste Sozialpolitik.

Abg. Lehmeier (S.) wünscht, daß die Segnungen der Altersversicherung den Versicherten nicht erst am Rande des Grabes zuteil werden, sondern daß die Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre herabgesetzt werde. Gegen den Hausierhandel muß ich mich ganz entschieden aussprechen als gegen den Krebsgeschaden des anständigen Handels. (Bravo!)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung.

Schluß 5 1/4 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

40. Sitzung. — Mittwoch, den 10. April, mittags 12 Uhr. Am Ministertisch: Dr. v. Studt.

Das Haus ehrt das Andenken des seit der letzten Sitzung verstorbenen Abgeordneten Prinzen Arenberg (S.) durch Erheben von den Blägen.

Die zweite Beratung des Kultusetats wird fortgesetzt beim Kapitel Universitäten.

Abg. Trimborn (S.): Ich möchte hier anregen, einige besondere Lehrstühle für Sozialrecht an einzelnen Universitäten zu schaffen. Es gibt hochgelehrte tüchtige Anwälte, die von den sozialen Versicherungsfragen keine blasse Ahnung haben.

Geheimrat Eiser erwidert, die Materie des Sozialrechts werde schon eingehend in den Vorlesungen behandelt. Trotzdem sollten die Anregungen des Vorredners in Erwägung gezogen werden.

Abg. v. Arnim (L.) bespricht die Frage der Behandlung ausländischer Studenten. Auffällig sei, daß etwa 1/4 sämtlicher zum Studium zugelassener Ausländer in Berlin studiere. Er wolle nicht auf die Vorgänge in Jena und Leipzig eingehen, wo russische Studenten Schleppeidienste für die Sozialdemokratie geleistet hätten, meine aber doch, daß man den russischen Studenten gegenüber schärfer vorgehen müsse! Man solle vor allen Dingen die Ausländer auf einen späteren Annahmetermin verweisen und sie nur zulassen, wenn noch Plätze frei seien!

Kultusminister Dr. v. Studt: Ich bin mit dem Vorredner einig in der Würdigung der Bedeutung der Ausländerfrage. Die Frage muß aber auch vom internationalen Standpunkt aus betrachtet werden, und daraus ergeben sich doch einige Modalitäten. Vorgänge wie in Leipzig und Jena sind in Preußen nicht vorgekommen. Nach den Berichten der Universitäten und Hochschulen sind nur vereinzelte Beschwerden vorgekommen. Eine besondere Ausländergebühr von 50 M. wird von einigen Hochschulen erhoben. Das ist aber doch eine etwas kleinliche Maßregel. Die Anregungen des Vorredners verdienen keinen Erfolg.

Abg. Dr. Reumer (natl.): Ich muß dem Minister erwidern, daß mir doch diese Reden aus Studentenreisen bekannt geworden sind. Ich habe dann noch zwei Wünsche vorzutragen. Der Gebrauch der freien Rede muß mehr gefördert werden. Gerade der gebildete Mann, der ins Volk gehen soll, der die Mäherheit ablegen soll, muß der freien Rede mächtig sein. (Sehr wahr!) Für unseren jungen Akademiker kommt es nicht darauf an, ob er ein teilbares oder ein unteilbares Hens hat (Heiterkeit), ob er einen modernen Schlipf hat oder nicht, sondern ob er seine Pflicht erfüllt, die er der Nation schuldig ist, der er angehört. (Sehr richtig!) Weiter muß für die Pflege des Sports mehr getan werden, insbesondere müssen Kassen- und Spielplätze geschaffen werden; damit belämpft man den Alkoholmißbrauch am besten. Ich glaube nicht, daß der Alkoholgenuss vollkommen verschwinden wird. Ich habe die Worte Luibers: „Wer nicht liebt Wein, Weib und Weibung, bleibt ein Narr sein Leben lang.“ Schaffen wir schöne Spielplätze! Wenn dann der Vater den Sohn vom Spielplatz abholt und mit ihm fröhlich den Dampfen schwingt, dann kann der Sohn mit Recht an die Mutter schreiben: „Von Zeit zu Zeit seh' ich den Alten gern.“ (Heiterkeit.)

Geheimrat Eiser: Für die Pflege der freien Rede geschieht schon jetzt mehr als früher. Für die Pflege des Sports ist schon viel geschehen; wir sind aber auch der Meinung, daß wir damit noch nicht am Ende sind. (Bravo!)

Abg. Dr. Müller-Berlin (fr. Sp.): Ich muß zunächst wieder Beschwerde darüber führen, daß den Volksschullehrern Schwierigkeiten bei der Immatrikulation gemacht werden. Die Lehrer müßten doch wenigstens ebensogut behandelt werden, wie die Russen. (Sehr wahr!) Bei der Zulassung von Ausländern sollte man vorsichtig, aber nicht engherzig vorgehen. Man soll die Ausländer nicht weghilantieren.

Geheimrat Eiser: An der Erwerbung des Hospitantenscheins werden die Lehrer nicht gehindert. Solange der Lehrer Beamter ist, kann er aber ebensowenig immatrikuliert werden, wie ein Offizier und ein Regierungsdirektor.

Abg. Dr. Wagner (H.) erklärt namens seiner Fraktion, daß sie es für nötig hielt, daß an der Universität Berlin ein Gegenwärtiger gegen die Professoren der katholisch-sozialistischen Richtung geschaffen werde!

Abg. Dr. Rügenberg (S.) wünscht, daß in Bonn und Berlin Lehrstühle für soziale Medizin errichtet würden.

Geheimrat Eiser: Wir haben für die beiden vom Vorredner genannten Universitäten zunächst zwei Lehraufträge erteilt. Wir müssen erst abwarten, wie sich diese Einrichtung bewährt.

Abg. Schiffer (natl.) verlangt die Errichtung besonderer Lehrstühle für Besichtigungszwecke.

Abg. Cassel (fr. Sp.) wendet sich gegen den Abgeordneten Wagner. Er wolle nicht unteruchen, ob die Behauptung, sämtliche Professoren der Nationalökonomie gehörten der Richtung der katholisch-sozialistischen an, richtig sei, verlange aber, daß die Professoren lediglich nach ihrer Fähigkeit ausgewählt würden, nicht nach der Richtung, der sie angehörten.

Abg. Rosenow (fr. Sp.) verlangt die Errichtung von Ordinarien für soziale Medizin und im Anschluß daran von Instituten zur Erforschung der Gewerbekrankheiten.

Beim Titel „Universität Berlin“ liegt eine Petition des Vereins preussischer Zahnärzte vor, die sich gegen die im Etat vorgesehene provisorische Unterbringung des Zahnärztlichen Instituts ausspricht und einen Neubau verlangt.

Die Budgetkommission beantragt, diese Petition zur Berücksichtigung zu überweisen.

Ein Regierungskommissar erklärt, daß die Regierung einen Neubau des Instituts beabsichtige und bis zum nächsten Jahre einen geeigneten Bauplatz dafür zu finden hoffe.

Abg. Dr. Wagner (H.) bedauert im Hinblick auf den starken Besuch des Instituts für Meereskunde, daß dieses nur an drei Tagen der Woche geöffnet ist.

Abg. Kreitzing (fr. Sp.) bespricht die Mißstände beim Zahnärztlichen Institut der Universität Berlin und fordert energisch einen Neubau für dasselbe.

Abg. Gabel (natl.) bekräftigt die Forderung des Osterfestes auf einen bestimmten Tag. Als ihn Präsident v. Kröcher unterbricht und zur Sache ruft, erwidert der Redner, daß er geglaubt habe, die Frage gehöre zum Kapitel „Universität Berlin“, weil der Berliner Professor Förster sich mit der Frage beschäftigt habe! (Große Heiterkeit.)

Abg. v. Wühlendorf-Wülpin (L.) spricht seine Genehmigung über die Einrichtung einer außerordentlichen Professur für Kolonialrecht aus.

Abg. Brütt (H.) macht auf die Bedeutung der Massage für die Therapie aufmerksam. Der Titel wird genehmigt, die Petition wird der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Die Weiterberatung wird auf Donnerstag vertagt. Schluß 5 1/4 Uhr.

Parlamentarisches.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hielt gestern ihre erste Sitzung nach den Osterferien ab. Genosse Singer gedachte zunächst in warmen Worten unseres unergelichen Ignaz Auer und würdigte seine Verdienste als Genosse, Kollege und Freund.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wurde beschlossen, folgende Resolution zur zweiten Beratung des Militäretats im Reichstage einzubringen:

„Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, in den Etat für 1908 eine Erhöhung der Löhnung der Mannschaften und der Unteroffiziere der Armee einzustellen und die bisher den Mannschaften auferlegten Ausgaben für die Beschaffung vorchriftsmäßiger Gebrauchsgegenstände auf den Etat zu übernehmen.“

Aus der Budgetkommission.

(Sitzung vom 10. April.)

Die Beratung wird beim Militäretat fortgesetzt. Dem Abg. Erzberger scheinen die Stabsoffiziere zu schlecht gestellt zu sein; er möchte, daß ihnen nach spätestens sechs Jahren Oberleutnantsgehalt bezahlt wird, gleichgültig, ob sie diese Charge erreicht haben oder nicht.

Für Militärärzte werden 5 573 000 M. gefordert und bewilligt. Hierbei wird der starke Mangel an Assistenzärzten besprochen. Der Kriegsminister gibt zu, daß vor einigen Jahren eine sehr hohe Prozentziffer — bis zu 68 Proz. — der Stellen offen waren! Jetzt sei das besser. Weiter wird die mangelhafte Bahnpflege bei den Unteroffizieren gerügt. Es säweben Verhandlungen darüber, ob man Jahrgänge einstellen soll; im übrigen sollen die Leute auch viel selber schuld sein. Demgegenüber wird festgestellt, daß eine Verordnung befehlt, wonach eine Militärperson nur dann ein Gehalt ohne Bezahlung geliefert bekommt, wenn in beiden oder wenigstens einem dieser Punkte eine Bahn mehr vorhanden ist!

Angefochten wird, daß eine Anzahl Stabsoffiziere 1782 M. nicht pensionsfähige Zulage erhalten. Es soll das nur eine „Ausnahme“ für besonders tüchtige Offiziere sein.

Bei dem Posten: „Löhnung für Unteroffiziere und Mannschaften“ wird angeregt, die vor kurzem durch eine Resolution des Reichstages geforderte Teuerungszulage für untere und mittlere Beamte auch den beehrtesten Unteroffizieren zu gewähren. Der Reichsfinanzsekretär erklärt, daß kein Zweifel darüber bestehe, daß die Militärbeamten die Zulage erhalten; aber die Frage, ob diese Zulage auch Unteroffizieren zu gewähren sei, habe sich die Regierung noch nicht vorgelegt. Der Schatzsekretär glaubt nicht, daß es soweit komme. Genosse Sudekum ist mit einer Zulage an die Unteroffiziere sehr einverstanden, aber viel notwendiger noch sei es, den Soldaten endlich einmal die völlig ungenügende Löhnung um mindestens 5 Pf. pro Tag zu erhöhen. Die Soldaten leiden auch unter der Teuerung, und obenrein machden beständig die Ansprüche, die an die Soldaten gestellt werden. Der Kriegsminister gibt zu, daß die Löhnung zu niedrig sei; aber da man nicht mit einem Pfennig anfangen könne, sei eine solche Erhöhung bisher wegen der Finanzlage nicht möglich gewesen. Genosse Singer erklündigt an, daß die sozialdemokratische Fraktion für den nächsten Etat Anträge auf Erhöhung der Löhnung der Soldaten einbringen werde, denn hier müsse am allerersten mit Zulagen angefangen werden. Singer kritisiert dann scharf, daß die Soldaten sich von ihren paar Pfennigen Löhnung noch eine Menge Dinge kaufen müssen, die sie zum Dienst gebrauchen.

Der Abg. Kulezki bringt den militärischen Vorrat polnischer Wirtschaften zur Sprache. Singer bespricht eingehend die skandalösen Fälle militärischen Vorrats gegen die sozialdemokratischen Lokale. Liebermann sucht diesen Vorrat zu rechtfertigen, und der Kriegsminister erklärt, den Vorrat im Interesse der Aufrechterhaltung der Disziplin nicht entbehren zu können! Im übrigen stimmt der Kriegsminister mit seinem sächsischen Kollegen darin überein, daß Lokale, in denen sozialdemokratische Versammlungen stattfinden, nur für den Tag der Versammlung den Soldaten verboten sein sollen. Genosse Nebel tritt dem Kriegsminister sehr entschieden entgegen: Von einer sozialdemokratischen Agitation im Heere könne gar keine Rede sein; alle Bestrebungen, welche sich eventuell in dieser Richtung bewegen könnten, sind stets von den sozialdemokratischen Parteimitgliedern abgewiesen worden. Will man übrigens jede Verbindung mit den Sozialdemokraten vermeiden, so ist die einfache Konsequenz, überhaupt keinen Sozialdemokraten ins Heer aufzunehmen! Wenn der Kriegsminister in der Vorratsfrage sich auf den schon etwas besseren Standpunkt stellt, der neuerdings in Sachen angenommen wird, so soll er es in einem Erlaß sagen. Allerdings führe auch die Praxis, das Lokal für den Versammlungstag zu verbieten, zu den größten Tollheiten. Nebel führt solche Fälle aus Chemnitz und Worms an. Zum Schluß regt er an, im nächsten Jahre die Löhnung auf 30 Pf. pro Tag zu erhöhen. Es sprechen sich die Redner aller Parteien für die Anregung der sozialdemokratischen Fraktion aus: die Löhnung der Soldaten zu erhöhen.

Kurz wird noch die Konkurrenz besprochen, welche von Militärmusikern den Zivilmusikern gemacht wird.

Die angeforderte Summe von 58 Millionen Mark wird bewilligt. Die sonstigen persönlichen Ausgaben im Betrage von rund 5 Millionen werden gleichfalls bewilligt. Unter dem „Zufußgeld“ findet sich ein Posten von 3000 M. Doucourgeld beim Regiment der Garde zu Corps! Der Kriegsminister weicht nicht, wofür diese Ausgabe eigentlich ist. Demzufolge stellte die sozialdemokratische Fraktion den Antrag, die Forderung zu streichen. Dieser Antrag wird abgelehnt und der Posten bis morgen zurückgestellt, bis der Kriegsminister Bescheid weiß.

Ohne erhebliche Debatte wird dann Kapitel 24, in welchem alle persönlichen Ausgaben zusammengefaßt sind, vollends bewilligt. Kapitel 25, Naturalversorgung, wird gleichfalls mit 139 Millionen Mark bewilligt. Bei Kapitel 26, Bekleidung und Ausrüstung der Truppen, wird die Uniformierungsfrage behandelt. Der Kriegsminister gibt in dieser Frage umfassende Auskunft. Das Kapitel mit 31 800 000 M. wird bewilligt.

Die russische Revolution.

Aus den Rigaer Folterkammern.

Der „Volkszeitung“, dem in Wilna erscheinenden Organ des „Bund“, wird aus Grodno mitgeteilt: „Vor einigen Tagen wurde ein 14jähriger Knabe, namens Iwanow, in das hiesige Gefängnis eingeliefert. Iwanow stammt aus Wolkowischk, ist von Beruf Schuhmacherlehrling und wohnte in Riga bei seinem Onkel, Romanowtschajastraße 14. Man wird von Entsetzen ergriffen, wenn man diesen „politischen Verbrecher“ von den Folterungen erzählen hört, die er im Rigaer „Museum“ auszuhalten hatte. Vor etwa einem Monat wurde Iwanow zusammen mit vier anderen Knaben im Alter von 12—13 Jahren und drei erwachsenen Arbeitern verhaftet. Den ersten Tag verbrachten sie im Markow-Polizeirevier. In der Nacht führte man sie in ein

Zimmer, in dem sie der Revierauffseher **Sibel** erwarlete. Sie wurden auf die Erde gelegt, **Hollagenten** schenken sich auf ihre Köpfe, und der Revierauffseher begann sie mit der **Ragaila** zu schlagen, wobei er von Zeit zu Zeit ausrief: „Nun, werdet Ihr endlich sagen, wo die Waffen liegen und wo sich die Revolutionäre verbergen?“ Am nächsten Tage wurden sie in die „Schubabteilung“ gebracht und photographiert. Darauf sperrte man sie in ein dunkles Zimmer und ließ sie lange Zeit ohne Speise und Trank. Am 12. Uhr wurden sie einzeln in ein Zimmer geführt, dessen Fenster verhängt waren. Man fesselte ihnen die Hände auf dem Rücken, band sie an eine Wand und begann sie zu „verbären“. Da die gewünschte Antwort von ihnen nicht zu bekommen war, zogen ihnen die Polizisten die Schuhe aus und hielten brennende Zigaretten gegen die nackten Fußsohlen, worin sich der Agent **Petrov** besonders hervortat. Im das Schreien der Gemarterten zu erstickern, spielte man dazu auf der Ziehharmonika und sang Lieder! Die Unglücklichen wurden mit Gummitüchern geschlagen, und man wollte noch Nadeln unter ihre Nägel bohren, aber einer von den Spiegeln fühlte Mitleid mit den Kindern und machte den Folterern ein Ende. Am nächsten Tage kam der oben genannte **Petrov** in ihre Kammer und fragte, wie die Zigaretten geschmeckt hätten (!), worauf er sie wieder mit der **Ragaila** zu schlagen begann. . . .

Trotz der neuen und immer neuen Enthüllungen werden die Urheber all der schändlichen Taten noch beschützt und befördert.

Das gute „Väterchen“.

Petersburg, 10. April. Ein kaiserlicher **Ukaz** vom 30. März ordnet an, daß die Hinterbliebenen der bei der Unterdrückung von Aufständen Gefallenen oder von Revolutionären Ermordeten Pensionen erhalten, wie die Hinterbliebenen der vor dem Feinde in einer Schlacht Gefallenen.

Und die Hinterbliebenen der von „Väterchen“ Schergen Gefolterten, Versämmelten, Getöteten? —

Kurze.

Sodj, 9. April. (S. T. U.) Terroristen und Banditen treiben hier ungehindert ihr Wesen. Heute wurden von ihnen wieder acht Arbeiter und zwei Soldaten erschossen und sonst noch viele Personen verwundet. Es herrscht hier Panik; die Lage ist sehr ernst.

Sodj, 10. April. In der Vorstadt **Voluty** wurden heute zwei Bomben geworfen; Menschen kamen dabei nicht zu Schaden. Ferner wurden heute drei Juden ermordet und drei verwundet.

Warschau, 10. April. Heute kam es hier zwischen Militärpatrioten, die eine Volksversammlung zerstreuen wollten, und Passanten zu einem Zusammenstoß, bei dem mehrere Personen getötet wurden. — Während eines Ueberfalles auf einen Monopolladen wurden zwei Soldaten erschossen.

Neunter Verbandstag des Verbandes der bangewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Dritter Verhandlungstag.

Hamburg, 9. April 1907.

Die Debatte über den Geschäftsbericht wird fortgesetzt. Es haben bis jetzt gesprochen 29 Delegierte; eingetragen in die Rednerliste sind noch ebensoviel. **Fischer-Rammheim** hält es für notwendig, der Frage der fremdsprachigen Agitation näherzutreten. Die Boncompagni-Gesellschaft in Freiburg i. N. leistet sich in der Agitation große Mittel. Wenn die Italiener erst einmal dieser Organisationsgesellschaft in die Hände gefallen sind, dann wird es um so schwerer, unter ihnen die Agitation zu betreiben. Jetzt ziehen die Italiener auch noch viel in die Donauländer. Mit dem Steigen der Löhne in Deutschland wird sich der Strom der italienischen Bauarbeiter immermehr nach Deutschland wenden. Der nächste internationale Kongress wird die Frage prüfen müssen. Der Kartellvertrag wird von den Fabrikarbeitern in unserem Gau so gut wie gar nicht eingehalten. Die Angestellten des Fabrikarbeiterverbandes handeln direkt gegen die Anwesenheit ihres Verbandsvorstandes. Es handelt sich hierbei nicht um die paar Mitglieder, die wir da bekommen, sondern um die Einheitsliste und vor allen Dingen darum, daß die abschließenden Tarife nicht selbst von den Arbeitern durchbrochen werden, wie dies geschieht. Nachdem noch einige Delegierte gesprochen, wird ein Schlusstratagem angenommen, mit der Einschränkung, dem Delegierten **Frölich** in Köln, der in der Mandatprüfungscommission gearbeitet hat, das Wort zu erteilen. Er polemisiert gegen die Haltung des „Bauhilfsarbeiter“ in Parteifragen. Generalfasslich stehe das Organ auf der Höhe. In Fragen, die nach Meinung der Kollegen unrichtig von der Redaktion behandelt werden, müßten die Kollegen mehr ihre Meinung zum Ausdruck bringen. Allerdings macht die Redaktion das den Kollegen sehr schwer. Der Redakteur darf nicht schreiben, was er will, sondern er habe die Meinung der Gesamtsolidarität zum Ausdruck zu bringen. Redner geht des näheren auf seine persönlichen Beschwerden gegen die Redaktion ein. Ihm werde das, was die Redaktion gegen ihn geschrieben habe, jetzt von den Gegnern bei der Agitation vorgehalten. Ein Artikel der Redaktion über den Ausfall der Reichstagswahlen sei geeignet gewesen, die erlittenen Schläge noch zu vergrößern. Die Schreibweise des „Bauhilfsarbeiter“ über Parteifragen müsse um so vorsichtiger gehalten werden, denn diese Zeitung kommt in erster Linie in die Hände politisch noch teils indifferenten Arbeiter. Redner wünscht, daß zukünftig alles das aus dem „Bauhilfsarbeiter“ fortbleibe, was geeignet ist, die Einigkeit in der modernen Arbeiterbewegung zu lösen.

Womelsburg bemerkt zu der gestrigen Diskussion, in welcher ihm nachgesagt wurde, er sei zum Abschluß des Kartellvertrages gedrängt worden, die Anregung habe der Maurerverband gegeben und seine Vorlage sei auch fast unüberändert angenommen worden.

Köpfer (Redakteur des „Bauhilfsarbeiter“) führt aus: Auf den textlichen Inhalt der strittigen Artikel sei Frölich nicht eingegangen. Wenn er sagte, der Redakteur solle sich die Meinung aller Kollegen zu eigen machen, so sei das unumgänglich. Er habe das Gefühl, bei dem „Vorwärts“-Konflikt sei die Mehrheit der Kollegen auf seiner Seite gewesen. Er würde sich aber für einen ganz erbärmlichen Kerl halten, wenn er in der von ihm redigierten Zeitung nicht seine eigene Meinung vertreten wolle, sondern anderen Einsichten, mit denen er sich nicht einverstanden erklären könne, nachgeben würde. Bei der Erwiderung auf den Inhalt des „Bauhilfsarbeiter“ durch die Kollegen müßten immer die wirklich in Betracht kommenden Momente festgehalten werden. Frölich sei aber davon abgekommen in den von ihm mit der Redaktion geführten Polemiken. Der Artikel über den Ausfall der Reichstagswahlen habe die entschiedene Tendenz gehabt, den alten Konfliktstoff ein für allemal zu beseitigen. Er (Redner) sei überzeugter Sozialist und es werde ihm nie einfallen, gegen die Partei zu schreiben.

Der Vorsitzende der Prekmission, **Kruse**, wünscht vom Verbandstage einen Beschluß, wonach die Prekmission bei einer Erweiterung der Redaktion mit zur Beratung hinzugezogen wird.

Roßknecht (Sekretär des Hauptvorstandes) geht auf die geführten Beschwerden ein und weist an einigen besonderen Fällen nach, in welcher manchmal geradezu raffinierten Weise versucht wird, noch nicht erworbene Rechte zu genießen und bespricht die zu diesem Punkt der Tagesordnung zur Debatte stehenden Anträge, die lediglich verhandlungsmäßiger Natur sind.

Der Antrag **Frankfurt a. M.** auf Kündigung des Kartellvertrages ist bereits zurückgezogen.

Dann nimmt der erste Vorsitzende des Hauptvorstandes, **Behrendt**, das Schlusßwort. Die Schreibweise der Redaktion in parteipolitischen Dingen teile er nicht immer. Aber es sei ausgeschlossen, dem Redakteur aufzugeben zu wollen, in solchen Fragen seine eigene Meinung zu vertreten. Solche Redakteure müßte man baldmöglichst loszuwerden versuchen. Leider hätte der indifferente Teil der Kollegen noch keine eigene politische Meinung. Die Unterredaktionen werden allmählich weiter ausgebaut, zeitlich verlängert und müssen im Interesse der Entwicklung des Verbandes möglichst

intensiv bemüht werden. In erster Linie müssen aber die Angestellten berücksichtigt werden, denn denen lasse die Arbeit für den Verband am allerwenigsten Zeit, die notwendige geistige Fortentwicklung durch Selbststudium zu fördern. In der Agitation müssen mehr Mittel wie bisher angewandt werden. Das für die Agitation ausgegebene Geld vertiere sich vielfach bei Lohnbewegungen. Die Beschwerden zu den Kartellverträgen müssen substantiiert dem Verbandsvorstande vorgelegt werden; nur auf Grund von bewiesenen Tatsachen könne Abhilfe geschaffen werden. Im übrigen hat **Bönelburg** recht wenn er sagte, die an der Leitung stehenden Personen müssen sich entgegenkommen. Zur Verschmelzung mit dem Maurerverbande muß berücksichtigt werden, daß die Löhne sich wieder spiegeln in den Machtverhältnissen der Organisation. Können diese Machtverhältnisse durch eine Verschmelzung zugunsten der Arbeiterverbände verschoben werden, dann verschmelzen wir! Aber solange die Verhältnisse nicht die Spruchweise der Verschmelzungsgesetze gezeitigt haben, muß das Schwergewicht der gesamten Verbandstätigkeit auf die Agitation in der gegenwärtigen Organisationsform gelegt werden. In zehn deutschen Großstädten sind von 53 000 Bauhilfsarbeitern etwa erst die Hälfte Verbandsangehörige. Welch ungeheures Feld ist da allein in den Städten noch vorhanden, ganz abgesehen vom platten Lande.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

In der Nachmittags-Sitzung wird zur Verschmelzungsforderung folgende Resolution angenommen:

Der 9. Verbandstag der bangewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands hält die ablehnende Haltung des Maurerverbandes auf seiner letzten Generalversammlung betreffs der Verschmelzung für hemmend in der Fortentwicklung der Gesamtorganisation der Bauarbeiter. Er erklart nach wie vor in dem Zusammenschluß aller im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter die einzige wirksame Organisationsform, welche insb. nach allen Richtungen hin die Interessen der in Betracht kommenden Berufsgruppen zu vertreten.

Der Antrag **Bremen** auf Kündigung der Kartellverträge wird gegen zwei Stimmen der Bremer Delegierten abgelehnt. Ein weiterer Antrag der angenommen wird, lautet:

Der 9. Verbandstag der bangewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands beschließt: Von den Hauptvorständen der beiden Organisationen (Maurer und Bauhilfsarbeiter) ist in kürzester Zeit ein Vertrag auszuarbeiten, der festlegt, ob die in der Zement- und Betonbranche beschäftigten Arbeiter der Maurer- oder Bauhilfsarbeiterorganisation sich anschließen sollen. Es ist ein unhaltbarer Zustand daß in einigen Städten die Zement- und Betonarbeiter dem Maurerverband und in anderen Städten dem Bauhilfsarbeiterverband angehören. Dieser Vertrag ist sofort in den Organen der beiden Verbände zu veröffentlichen.

Dem Gesamtvorstand, wie der Redaktion wird einstimmig Decharge erteilt.

Den

Vericht vom 5. Gewerkschaftskongress in Köln gibt **Wittcher**, Berlin. Eine Diskussion darüber findet nicht statt. Zum nächsten Gewerkschaftskongress werden 12 Kollegen delegiert. Davon soll der Hauptvorstand zwei Kollegen entsenden. Die Redaktion des „Bauhilfsarbeiter“ und das Mitglied des Gewerkschaftsausschusses sollen ebenfalls an dem Gewerkschaftskongress teilnehmen. Die übrigen 8 Delegierten wählt der Verbandstag.

Ueber den nächsten internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongress

Wittcher der 1. Vorsitzende des Verbandes, **Behrendt**, und schlägt vor, dorthin vier Vertreter zu entsenden. Es werden dem Hauptvorstand und der Redaktion je ein Delegierter zugestanden. Die anderen zwei Delegierten werden gleichfalls in geheimer Abstimmung gewählt.

Reuter von Wien entbietet der deutschen Bauhilfsarbeiterchaft die Grüße der österreichischen organisierten Bauarbeiterchaft. Mit dem Ersuchen der deutschen Organisationen wachere auch die österreichischen. Nur mit der Hilfe der deutschen Arbeiterorganisation war es den österreichischen Bauarbeitern möglich, einen Sieg über das Unternehmertum davonzutragen. Das Bewußtsein der internationalen Zusammengehörigkeit der Lohnarbeiterchaft der Welt müßte schließlich aus den Ketten der Lohnsklaverei hinauszuführen.

Wüller von Amsterdam bringt von den holländischen Kollegen die herzlichsten Grüße und wünscht den Arbeiten des Verbandstages den besten Erfolg. In Holland hat man mit um so größeren Schwierigkeiten zu ringen, da dort historisch gewordene Gegensätze in der Arbeiterbewegung selbst eine fruchtbringende Aufklärungsarbeit wesentlich erschweren. Die ökonomische Entwicklung der Niederlande begünstigt allerdings das Voranschreiten der Arbeiterbewegung, aber die Streitigkeiten mit der anarchistischen Richtung legen immerwährend einen tödlichen Keil auf die Gesamtbewegung. Die anarchistische Richtung vertritt ihre Kraft in kleinen bedeutungslosen Klubs und verwirrt die Teilnahme an der politischen Tätigkeit. Die neue Organisation hat im Vorjahre im Oktober sich zusammengeworfen und hat unter den gegebenen Verhältnissen ganz schöne Erfolge aufzuweisen. Die holländischen Kollegen sind überzeugt, daß sie bei den Kämpfen der deutschen Bauarbeiterchaft Unterstützung finden werden.

Ueber die

Unterstützungseinrichtungen

im Verbandsreferat der Kollege **Brand** von **Hamburg**. Die dann noch zum Worte kommenden Diskussionsredner betonen, daß vor allem das Jahr 1908 mit seinen drohenden großen Kämpfen in Berücksichtigung gezogen werden muß, wenn neue Unterstützungseinrichtungen geschaffen werden sollen.

Die Debatte über Punkt 4: „Unterstützungseinrichtungen im Verbandsreferat“ setzt sehr lebhaft ein. Der Vorstand beantragt die Einführung einer Krankenzuschulasse, deren Grundzüge lauten:

- a) dem Verband ununterbrochen mindestens 2 Jahre angehört und für 98 Wochen Beiträge gezahlt haben und
- b) von einer auf Grund des Reichsrentenversicherungs-gesetzes bestehenden Klasse Krankengeld beziehen.

Sie beträgt

In der 1. Beitragsklasse pro Tag 80 Pf.	pro Woche 1.80 M.
2. „ „ „ „ „ „ „ „	2.10 „
3. „ „ „ „ „ „ „ „	2.40 „
4. „ „ „ „ „ „ „ „	2.70 „
5. „ „ „ „ „ „ „ „	3. „
6. „ „ „ „ „ „ „ „	3.30 „
7. „ „ „ „ „ „ „ „	3.60 „
8. „ „ „ „ „ „ „ „	3.90 „

Von zwei zu zwei Jahren sollen sich diese Sätze auf je 30 Pf. erhöhen bis zum Höchstbetrage von 3.90 M. in der ersten und 5.70 M. in der achten Beitragsklasse.

Die vorstehenden Sätze werden vom achten Krankentage an auf die Dauer von 12 Wochen gewährt.

Die **Zahlstelle** Berlin beantragt: Anstatt der Krankenunterstützung, die Arbeitslosenunterstützung nach folgenden Vorschlägen einzuführen: Mitgliedern, welche dem Verbandsreferat mindestens ein Jahr angehört und 62 Wochenbeiträge bezahlt haben, kann bei Arbeitslosigkeit von der zweiten Woche an eine Unterstützung gewährt werden:

1. und 2. Lohnklasse pro Woche 2.00 M.	für 4 Wochen im Jahr
3. „ „ „ „ „ „ „ „	2.50 „
4. „ „ „ „ „ „ „ „	3.25 „
5. „ „ „ „ „ „ „ „	4.00 „

Steigend von zwei zu zwei Jahre um 50 Pf. bis zum Höchstbetrage von 6 M. pro Woche.

Die Zeit der Einführung bestimmt der Verbandstag. Außerdem liegen einige andere Anträge vor, welche die Einführung der Erwerbs- resp. Arbeitslosenunterstützung fordern. Außerdem sind Anträge gestellt auf Ausgestaltung der Unterstützungseinrichtungen.

Wittcher, Berlin begründet den von seiner Zahlstelle gestellten Antrag. Die gegen die Arbeitslosenunterstützung vorgebrachten Gründe könne er nicht gelten lassen. Während die Vorstandsvorlage für eine 12wöchige Dauer die Krankenunterstützungssätze genähert wolle, verlange der Berliner Antrag die Gewährung einer vier- bis sechs wöchigen Arbeitslosenunterstützung, deren Einführung er im Interesse des Verbandes für zweckmäßiger halte, als den anderen Unterstützungszweigen. Der Referent habe bei seinen Kalkulationen die kürzere Dauer der Arbeitslosenunterstützung außer Betracht gelassen. — **Frölich**, Köln tritt für die Vorstandsvorlage ein, die zuerst erreichbar sei, während die Erwerbslosenunterstützung sich erst in Zukunft werde erreichen lassen. — **Thümmel**, Dresden unterstützt ebenfalls den Vorstandsantrag, der der Fluktuation unter den Mitgliedern entgegenwirken würde.

In der weiteren Debatte beschwören die meisten Delegierten die Vorlage des Vorstandes, andere sind für eine Herabsetzung der Krankenzuschüsse auf ein Jahr bzw. für Erhöhung der Unterstützungssätze in Krankheitsfällen. Soweit die Unterstützungseinrichtungen bekämpft werden, wenden sich die Redner mit der Motivierung dagegen, der Verband müsse eine Kampforganisation bleiben.

Der Vorsitzende, **Behrendt**, weist die gegen die Vorstandsvorlage ins Feld geführten Gründe zurück. Höhere Sätze könnten nicht festgesetzt werden, wenn man nicht zu einer bedeutenden Erhöhung der Beiträge schreiben wolle. Man solle hier nur die niedrigeren Sätze ins Auge fassen, die höheren ganz außer Betracht. So niedrig seien die vorgelegten Sätze nicht, denn in der achten Beitragsklasse würden doch 5.70 M. vorgeschlagen. Er erinnere sich eines Falles, wo ein in Hildesheim wohnender Kollege, der von seinem Meister nach außerhalb geschickt wurde und dort berunglückt, nur 4.50 M. Krankengeld pro Woche aus der Gemeindeversicherung erhielt. Diesem Kollegen wäre sicher damit gebient gewesen, wenn er einige Mark Zuschuß erhalten hätte. Redner ersucht um Juridiktur der weitergehenden Wünsche und um Annahme des Vorstandsantrages.

Nach weiterer Aussprache wird der Verbandstag auf Donnerstag verlegt, da nachmittags die Delegierten zu einer Aussprache nach Blankensee eingeladen sind.

11. Verbandstag der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Erster Verhandlungstag.

Leipzig, 8. April.

Die Verhandlungen wurden vormittags 9 Uhr im Kolonnen-saal des Volkshauses eröffnet. Die Generalversammlung setzt sich zusammen aus 59 Delegierten, ferner drei Vertretern des Hauptvorstandes, je einem Mitgliede des Ausschusses und der Redaktion. Von der Generalkommission ist Genosse **Sabath** Berlin delegiert. Ferner haben die Bruderorganisationen von Dänemark, Schweden, Oesterreich, Ungarn, Schweiz, Holland und Serbien Vertreter gesandt.

Bei der Festsetzung der Tagesordnung wurde beantragt, die Arbeitslosenunterstützung und die Frage der Jugend- und Lehrlingsorganisation als besondere Punkte der Tagesordnung zu behandeln. Das lehnte die Generalversammlung ab.

Zum

Gewerkschaftsbericht

dessen wesentlicher Inhalt von uns schon wiedergegeben worden ist, bemerkt der Verbandsvorsitzende **Zobler** nach folgendem: Der gewaltigen Fluktuation müsse ganz besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden. Seien es doch 60 Proz. der Neueintretenden, die Jahr für Jahr wieder die Organisation verlassen. Es werde sich vielleicht als praktisch erweisen, die jungen Kollegen dadurch der Organisation zu erhalten, daß man sie schon nach einem halben Jahre Mitgliedschaft an dem Bezuge der Unterstützungen teilnehmen lasse.

Der Verband habe in diesem Jahre ein größeres Werk: Der Einfluß unserer Organisation auf die Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses durch Tarifverhältnisse herauszugeben, um einmal zu zeigen, wie die Organisation an Einfluß im Arbeitsverhältnisse gewonnen habe. Ferner sei eine Broschüre über: Die Tarifverträge im Malergewerbe 1906 herausgegeben worden. Aus ihr sei zu ersehen, daß in 250 Orten 180 Lohnsätze für 12 100 Betriebe bestehen. Sie haben Geltung für 39 665 Berufssolonen, gleich 49.3 Proz. der im Berufe Beschäftigten. Von den Rutznießern des Tarifs sind 27 008 organisiert, gleich 28.2 Proz., was beweist, daß die Unorganisierten Vorteile von der Organisation ziehen ohne ihr anzugehören. In Zukunft werde im Vorstande eine andere Arbeitsteilung eintreten müssen, da er z. B. jetzt ein halbes Jahr unterwegs sein müsse, so daß die Korrespondenz liegen bleibe. Das allein schon, aber auch die notwendige Herausgabe von Broschüren zwingt den Verband, eine Hilfskraft anzustellen. Auch für zwei andere Kollegen, die als Hilfsarbeiter in Betracht kämen, würde sich die Anstellung empfehlen.

Ueber den

Rassenbericht

haben wir bereits Angaben gemacht. **Wendts-Hamburg** erläutert dabei, daß der Feststellungsmodus für die tatsächliche Zahl der Mitglieder anders sei als in einer Reihe anderer Gewerkschaften. Der Markenumsatz pro Jahr werde durch 62 Beitragswochen dividiert, indes andere Verbände niedrigere Zahlen ansetzen.

Redner beklagt lebhaft, daß die Mitglieder für die Notwendigkeit der Extrabeiträge als Ration für die Kämpfe nicht das nötige Verständnis zeigten. Von den 548 000 M. Ausgabe für die Streikunterstützung in der zweiwöchigen Berichtsperiode erhielten 10 000 M. die Vergarbeiter, 27 Filialbeamten sind angestellt, wovon 20 festbesollet werden. **Frankfurt** hat jetzt einen zweiten Beamten angestellt. Die Erfahrung lehrt, daß der Verband am meisten Mitglieder von den bei Streiks Neueintretenden verliere. Das Vermögen sei im Verhältnis zur Mitgliederzahl gesunken. Die Generalversammlung müsse in dieser Richtung Aenderung schaffen.

Der

Bericht des Ausschusses

ergab im allgemeinen keine die Öffentlichkeit interessierende Einzelheiten. Nur folgendes haben wir hervor. Bei der **Maifeier** im Jahre 1906 wurden in Berlin die **Lackierer** in den Fabriken, wo die Arbeiterruhe beschlossen worden war, gezwungen, aus Solidarität mitzumachen. Die Lackierer wurden dann gemahregelt und es entsandten daraus **Abwehrtreiter**. Der Vorstand und Ausschuss lehnte die Mahregelungs- und Streikunterstützung ab, und der Ausschuss befähigte auf eine Beschwerde der Berliner Filiale die Vorstandsentcheidung. Wohl hätten die internationalen Arbeiterkongresse Beschlüsse über die Arbeiterruhe am 1. Mai gefaßt, aber der Verband könne sich nicht von anderen Dingen vorjahren lassen, die ihm Geldausgaben aufzwängen. „Sollen wir denn den Unternehmern am 1. Mai Gelegenheit geben, unsere Kollegen zu einer ungelagerten Zeit auszusperren; sollen wir unser Geld ausgeben für eine solche nutzlose Demonstration, nutzlos für unsere Organisation?“ Im übrigen werde sich ja der internationale Kongress in Stuttgart mit der Maifeierfrage beschäftigen. Redner tritt dafür ein, daß die Gehälter der Vorstandsbeamten gegenüber den der Gauleiter und Filialbeamten erhöht werden sollen.

Die Nachmittags-Sitzung wird ausgefüllt mit der Debatte über die Berichte des Vorstandes, des Ausschusses, des Redakteurs und der Prek- und Beschwerdekommision. Besonders lebhaft wenden sich verschiedene Delegierte gegen die Auffassung **Leinerts** in der Maifeierunterstützungsforderung. **Heider**, Hamburg wendet sich gegen die Haltung des Fachorgans. Es müsse mehr geschehen, um revolutionäre Energie in die Köpfe der Mitglieder zu bringen. **Kaune**, Bremen: Zum politischen Massenstreik habe das Fachorgan weder nach links noch nach rechts Stellung genommen. Das diene niemanden und schaffe keine Arbeit. Auch habe es an der Propaganda für die Arbeiterruhe am 1. Mai gefehlt.

allgemein weisen die Delegierten darauf hin, daß es jene Doppelhaltung gegenüber der Kaiserin, wie sie Leinert äußerte, nicht geben darf. Man könne doch nicht als Sozialdemokrat für und als praktischer Gewerkschaftler gegen die Kaiserin sein. Das Sachorgan hätte keinen Anlaß gehabt, in der Streitfrage: Partei und Gewerkschaft durch Aufnahme der von der Generalkommission verfaßten Artikel den Hausrecht der Generalkommission zu machen. Leinert erwidert, daß man seine Ausführungen falsch verstanden habe. Gesagt und gemeint habe er, daß doch internationale und auch Parteikongresse nicht darüber bestimmen können, wer die Unterstellungen für die wegen der Kaiserin Gemahntungen zu zahlen habe. Davon könne keine Rede sein, daß er — Redner — Gegner der Kaiserin-Demonstration sei. Lobler Verbandsvorsitzender: Nicht um die Frage der Arbeitserhebung am 1. Mai handelt es sich hier, sondern darum, wer zahlt. Der Verband könne unmöglich alle wegen der Kaiserin Gemahntungen unterstützen, es sei denn, daß der Beitrag eine schwindelnde Höhe erreichen müßte. Das Sachorgan habe wohl eine Reihe allgemeiner wissenschaftlicher Artikel, aber nicht in genügender Weise gewerkschaftliche Aufklärung gebracht. Der Verband brauche mehr die gewerkschaftliche Praxis behandelnde Artikel im Sachorgan, das allgemein verbessert werden müsse. Die Diskussion ist damit noch nicht beendet.

Aus der Partei.

Bildungsbestrebungen. Mit großen Plänen tragen sich die Genossen in Hannover. Gewerkschaftskartell und Partei haben sich dort vereinigt, pro Jahr 5000 Mark — vorläufig — für Bildungszwecke zu verwenden. Dafür soll im Zentrum der Stadt eine Zentralbibliothek aufgestellt und mit Leserräumen verbunden werden. Außerdem wird ein Bibliothekar fest angestellt, und daneben sollen Vortragszylinder abgehalten, künstlerische Darbietungen geboten und auch sonst auf jede Weise die Bildungsbestrebungen der Arbeiter unterstützt werden.

Das Volkshaus in Leipzig. Das eigene Heim der Leipziger Arbeiterkassette hat jetzt seinen ersten Geschäftsbericht herausgegeben. Das Volkshaus ist in eigener Regie erbaut, wurde Ostern 1906 eröffnet, auf dem Grund und Boden des früheren Lokals „Ziwoft“, dessen Besitzer der Leipziger Arbeiterkassette hartnäckig die Säle verweigert hatte. Im Volkshaus, das bisher 1.050.000 M. gekostet hat, sind außer dem Arbeitersekretariat die Bureaus von zwölf Gewerkschaften untergebracht. In den Restaurationsräumen wurden bereits der Bericht macht Angaben über die Zeit von Ostern 1906 bis 1. Januar 1907: 2389 Hektoliter Lager-, 1871 Hektoliter Pilsener-, 9171 Hektoliter Exportbier, 30.000 Flaschen Gose (das Leipziger Nationalgetränk), 7599 Flaschen Selterswasser, 3853 Flaschen Mineralwasser, 18.609 Champagnerweine, 28.149 Flaschen alkoholfreie Getränke und 474 Liter Liköre und 530 Flaschen Wein. Speisen wurden für 87.000 M. verzehret. Dazu wurden 80.236 Zigaretten und 101.875 Zigarren geraucht. Ebenso lebhaft wird die prächtige Herberge frequentiert. Sie wurde erst im August 1906 eröffnet. In 14 Schlafsalen stehen 100 Betten. Für Redner und Delegierte sind sieben Zimmer hotelmäßig eingerichtet. In fünf Monaten logierten hier 8786 Personen. Die reisenden Gewerkschaftsmitglieder erhalten für 45 Pf. Bad, Nachtlager und Frühstück.

Ein Ausschluß. Die Straßburger „Freie Presse“ vom Dienstag meldet: Das Schiedsgericht gegen Ludwig Strauß, das gestern abend unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Emil Eichhorn in Karlsruhe tagte, hat nach einer drei Stunden in Anspruch nehmenden Verhandlung diesen Beschluß gefaßt: „Das am 8. April auf Antrag der Straßburger Parteiorganisation gegen den Genossen Ludwig Strauß zusammengetretene Schiedsgericht kommt nach eingehender Prüfung der Sachlage zu folgendem Ergebnis: Der Vorwurf, daß Strauß während des Wahlkampfes Artikel gegen die Partei und ihre Wahlstatistik in gegnerischen Blättern veröffentlicht habe, ist nicht erwiesen. Dagegen ist erwiesen, daß er in voller Kenntnis der ordnungsgemäßen gefaßten Beschlüsse zuständiger Parteiorganisationen, und um den Zweck dieser Beschlüsse zu vereiteln, in gegnerischer Versammlung die Genossen aufforderte, denselben zu handeln. Es geschah das laut eigenem Bekenntnis in völlig betrübter Absicht.“ In dieser Handlungsweise lag ein derart grober Verstoß gegen die Grundzüge der Partei, daß das Schiedsgericht einstimmig zu dem Beschluß kam, Strauß aus der Partei auszuschließen.“

Deutsch-österreichische Sozialdemokraten in der Schweiz. Die Landeskonferenz ist vom Ausschuss auf den 21. und 22. April nach Aarau einberufen worden. Die Tagesordnung ist sehr reichhaltig; zur Behandlung kommen unter anderem folgende Gegenstände: Tätigkeitsbericht des Landesauschusses, Regelung der Sekretärfrage, Schriftentrieb, Agitation und Organisation, Beitragswesen usw. Zu diesen Punkten sind seitens der einzelnen Sektionen eine Reihe von Anträgen eingegangen. Sehr wahrscheinlich wird die Konferenz die Anstellung eines ständigen Sekretärs beschließen.

Der neue sozialdemokratische Stadtpräsident von Biel. Unser Parteigenosse Reimann, hat mit dem 1. April sein Amt angetreten, nachdem der Stadtrat seine Wahl als korrekt erfolgt anerkannt hatte.

Ein blühendes Parteiunternehmen ist die sozialistische Volksdruckerei in Gent, die einen Teil der großen Arbeitergenossenschaft „Booruit“ bildet. Kürzlich fand die Generalversammlung der Anteilhaber der Volksdruckerei statt und aus diesem Anlaß veröffentlicht unser Bruderorgan „Booruit“ eine Uebersicht über die Entwicklung des Unternehmens, das mit seiner ganzen Tätigkeit vor allem der Aufklärung und geistigen Entwicklung des flämischen Volkes dient.

Der Geldwert der Produktion hat sich seit der Gründung der Druckerei von 27.051 Fr. im Jahre 1897 auf 168.832 Fr. im Jahre 1906 steigert. Die Zahl der beschäftigten Gehälfen ist im selben Zeitraum von 22 auf 59 gestiegen, die Summe der ihnen gezahlten Löhne von 18.998 auf 54.868 Fr. Jetzt, im Jahre 1907, sind 62 Gehälfen in der Druckerei tätig. Die Arbeitszeit betrug bis zum Jahre 1900 10 Stunden, wurde dann auf 9 Stunden und im Jahre 1906 auf 8½ Stunden verkürzt, während gleichzeitig die Löhne um 8 Centimes auf die Stunde erhöht wurden. Ein Pensionsfonds besteht bereits seit 1903. Nun beschloß die Generalversammlung, auch einen Hinterbliebenenfonds für die Arbeiter zu gründen, aus dem Witwen und Waisen Unterstützung erhalten. Jene Mittel werden dazu verwendet, den Arbeitern nicht abverlangt.

Im Jahre 1906 sind aus der Volksdruckerei mehr als 15 Millionen Exemplare von Zeitungen, Zeitschriften, Flugblättern, Programmen, Broschüren usw. hervorgegangen. Die Produktion wird jedoch immer mehr steigen. Kamentlich soll dem sozialistischen Buchhandel noch weit mehr Beachtung zu teil werden als bisher, um neben den allgemeinen Agitationschriften auch mehr für Werke zu sorgen, die ein tieferes Verständnis des Sozialismus vermitteln.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein Postkontoprozess wird demnächst die Münchener Gerichte beschäftigen. Zwei Wirte haben die Klage gegen die Münchener Volkszeitung und den Vorstand des sozialdemokratischen Vereins auf Schadenersatz von 3000 M. eingeleitet. Sie hatten ihre Säle bei den Reichstagswahlen der sozialistischen Partei nicht zur Verfügung gestellt, worauf diese den Postkontoprozess über sie verhängte. Hinter den Wirten steht die Wirtin, welche im Falle des Unterliegens derselben die Kosten des Prozesses trägt. Unser Parteiblatt bemerkt zu diesem eigenartigen Prozesse unter anderem folgendes:

„Dem juristischen Gesichtspunkte aus können die Beklagten der Gerichtsentscheidung mit Gemütsruhe entgegengehen; es liegen Reichsgerichtsentscheidungen vor, wo ein Postkontoprozess unter den Um-

ständen, wie sie hier gegeben sind, durchaus gerechtfertigt erscheinen lassen, und daß der Prozess erforderlichenfalls bis zur höchsten Instanz geführt werden wird, dafür wird man schon wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Frage sorgen. Ein anderer Ding ist es mit der politischen Seite der Sache: Die Wirtin-Zinnung läßt es ruhig geschehen, daß durch den Postkontoprozess, wo bekanntlich nicht ein Beschluß freier Männer, sondern ein Befehl der Spitze einer Organisation mit schweren Bestrafungen des einzelnen im Hintergrund handlungsbefugte vorliegen, gegen ihre Mitglieder vorgegangen wird, — da war von gerichtlicher Schadenersatzfrage noch nie die Rede; wenn aber eine politische Partei, deren viele Tausende von Anhängern die hauptsächlichste Kundschäft der Reichstags- und Reichstagswahlen bilden, zur Wehr gegen die dem Grundzüge der Gleichberechtigung ins Gesicht schlagende Saalverweigerung den Postkontoprozess gegen die so handelnden zwei einzelnen Wirte aufspricht, so wird aus Vereinstiteln gegen diese politische Partei auf Schadenersatz geklagt! Die Wirtin-Zinnung wird zufrieden sein können, wenn sie sich bei diesem Prozesse nicht schwer die Finger verbrennt.“

Der Gut als Plakatsäule.

Die „Münchener Post“ schreibt: Bei Gelegenheit der Wahlen zur Ortskrankenkasse stellte sich vor dem Wahllokal in der Schulbarade an der Thalhackerstraße der Schlosser Spindler als Zettelverteiler auf. Er hatte sich auf den Gut ein Stück Karton mit der Aufschrift: „Wählt keine Streikbrecher!“ gesteckt. Er wurde nun wegen Uebertretung des Aushebungsgehezes zur Strafprozessordnung, Artikel 12, vor den Nadi zitiert. Artikel 12 bedroht das Anschlagen, Anheften oder öffentliche unentgeltliche Verteilen von Bekanntmachungen, Plakaten oder Aufzügen auf Straßen oder öffentlichen Plätzen mit Strafe. Das Schöffengericht hielt den Tatbestand der Uebertretung für gegeben. Der Aufzug auf dem Gute habe sich an die Allgemeinheit gewendet und sei durch die Art seiner Anbringung als öffentlich ausgestellt zu erachten gewesen. Das Schöffengericht verurteilte daher die wandelnde Plakatsäule zu zwei Mark Geldstrafe oder einen Tag Haft. Das Urteil könnte Beterungen nach sich ziehen. Schließlich ist ja auch ein Vereinszeichen, z. B. das Edelweiß des Alpenvereins, nichts anderes als eine Bekannde und birgt die Aufforderung in sich: Trete dem Alpenverein bei! Wer sich in Zukunft das Edelweiß an den Hut steckt, wird gut tun, sich das „Plakat“ zuvor polizeilich abstempeln zu lassen. Nachdem durch das Gericht der Gut als Plakatsäule erkannt wurde, wird sich auch der Sprachgebrauch des Ausdrucks bemächtigen. In den Theatern wird man zukünftig lesen: Die Damen werden eruchtet, ihre Plakatsäulen abzunehmen, in den Schulhäusern werden unsere Kleinen unter den Sprichwörtern lesen: Mit der Plakatsäule in der Hand kommt man durchs ganze Land, und die besorgte Mutter wird von nun an trachten, das Töchterchen unter die Plakatsäule zu bringen. Plakatsäule ab vor unserer Rechtsprechung!

Aus Industrie und Handel.

Schiffahrtsabgaben.

Der preussischen Junker Verkehrsgesellschaft hat uns wie so viele andere bittere Gaben auch die drohende Einführung von Schiffahrtsabgaben gebracht. Die preussische Regierung, die sich stets als Hausrecht des Junkertums fühlte, hat sich natürlich, trotz der entgegenstehenden staatsrechtlichen und wirtschaftlichen Folgen, auch in dieser Frage für die Junker engagiert. Mit den wirtschaftlichen Folgen der geplanten Abgaben gegen Handel, Verkehr und Industrie beschäftigt sich in zwei Artikeln das „Zentralblatt der Gütten- und Salzwerke“, II. a. wird ausgeführt: „Für die ganze süddeutsche Industrie ist die Abgabefreiheit auf den Wasserstraßen das Mittel gewesen, durch welches diese Bezirke gleichsam an das Meer herangerückt und in den Weltverkehr hineingestellt worden sind. Der billige Transport zur See und von der See gleich die Exportkanäle der nord- und süddeutschen Industrie einermachen aus. Schiebt man hier neue Hemmungen ein, so fñdet man nicht nur das wirtschaftliche Gleichgewicht, sondern verfehlt auch politische Interessen und Empfindungen in einer Weise, die sich vielleicht sehr bitter rächen kann. Es ist freilich die Eisenindustrie direkt an diesen Fragen weniger beteiligt. Die Holzstoff-, Zellulose- und Zementindustrie hat das größere Interesse, nicht vom Meer abgeschnitten zu werden, aber es bedarf keines Wortes darüber, daß eine Benachteiligung der übrigen Industriezweige auch auf die Eisen- und Maschinenindustrie unmittelbar zurückwirken würde. Für den Ausgleich zwischen Nieder- und Oberdeutschland kommt ganz besonders der Transport für das überseeische Getreide in Betracht. Nach Duisburg zum Beispiel würde bei Einführung der Schiffahrtsabgaben auf dem Rhein das ausländische Getreide noch immer herauskommen, ohne daß die Abgabe empfunden wird. In Mannheim würde schon ein sehr erhebliches Plus (von ca. 50—60 Pf.) herauskommen, und weiter hinauf noch mehr. Durch die Verteuerung des Getreideverkehrs würde also eine Verschiebung der Lohnverhältnisse und damit der Konkurrenzbedingungen eintreten, deren Tragweite sich noch garnicht übersehen läßt.“

Diese unliebame Differenzierung springt am deutlichsten ins Auge, wenn man sich vorhält, daß z. B. der Düsseldorf Hafen bei einem Verkehr von 1.200.000 Tonnen nur 40.000 M. an Schiffahrtsabgaben zu zahlen hätte, während auf Straßburg bei der kleineren Verkehrsmenge von 800.000 Tonnen schon 200.000 M. Abgaben entfallen würden. Die Industriezweige, welche an den Nebenströmen domiziliert sind, werden einer stärkeren Belastung ausgesetzt. Ein 600 Tonnenschiff wird von Stuttgart bis zur Redarmündung 3—400 M. zu zahlen haben.

Was vom Rhein gilt, läßt sich in gleichem Maße von der Elbe sagen. Hier würde unter gewissen Verhältnissen die vorgeschlagene Schiffahrtsabgabe 9—18 Proz. der jetzigen Fracht ausmachen. Bei einem Abschreiten von 0,07 Pf. — bis zu welcher Höhe die Regierung sicher fortschreiten wird — würde für den Umschlagsverkehr in Wallwischen die Schiffahrtsabgabe 150.000 M., für Riesa 218.000 M. und für Dresden 200.000 M. jährlich betragen. Man bedenke, daß auf der Elbe der Talverkehr im Jahre 1905 über 28 Millionen Meterzentner, die Bergfahrt beinahe 8 Millionen Meterzentner und der Hochverkehr über 4 Millionen Meterzentner umfloßt hat.

Insbesondere würden die reinen Salzwerke in ihrem Wettbewerb gegen die kombinierten Werke noch ungünstiger als bisher gestellt werden, wenn sie für den Bezug der Kohle und anderer Rohstoffe, von deren Erzeugungshelle sie ja meistens weiter entfernt liegen als die gemischten Betriebe, erhöhte Transportkosten zu zahlen hätten. Des weiteren aber würden die Salzwerke alle direkten und indirekten Nachteile, die wir oben aufgezählt haben, in ganz besonderer Weise empfinden. Es wäre daher durchaus angebracht, wenn noch jetzt, allerdings in zwölfster Stunde, die Vertreter der Salzwerkindustrie ebenso wie anderer, besonders gefährdeter Industriezweige ihre Stimme zu einem kraftvollen Protest gegen die geplante Steuererhebung erheben würden. Hier darf nicht von Vergleichen und Kompensationen die Rede sein! Will man selbst über die „Kleinigkeit“ dieser Schiffahrtsabgaben hinweggehen, so erinnere man sich daran, daß die Verkehrsabgabe ein Prinzip ist, an dem man nicht ungestraft rüttelt. Gerat dieser Grundsatz erst ins Wanken, dann ist nicht abzusehen, wo das Ende ist! Dem reaktionär-agrarischen, verkehrsfeindlichen Geiste, der diesen Plan geboren hat, ist das Schlimmste zuzutrauen. Hier muß bezwungen ein Halt geboten werden, hier gilt mehr wie überall der Satz: „principium obsta, sträube dich gleich im Beginn, zu spät wird bereitet der Heilzorn!“

Patriotischer Bodenwucher. Apotheker Umbreit in Posen, der vor fast zwei Jahren das 84 Morgen große Rittergut Jürstenu auf dem Ostsee für 248.000 M. gekauft hat, hat jetzt nach dem „V. Z.“ das Gut wieder an einen Herrn Powaldowski aus der Hohenloher Gegend verkauft. Für den Morgen wurden 878 M. bezahlt. Also in zwei Jahren 80.000 M. Profit. Es lebe die „nationale Polenpolitik“!

Dividenden. Die Berlin-Anhaltische Maschinenbau-Gesellschaft erzielte nach ihrem Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1906 einen Reingewinn von 1.445.659 M. gegen 993.892 M. im Vorjahre. Die Dividende wird von 12 auf 14 Proz. erhöht. — Die Generalversammlung der Breslauer Wagenbau-Alt-Gen. Linde setzte die Dividende auf 18 Proz. fest. — In der Generalversammlung der Dresdener Gasmotorenfabrik vorm. Hille wurde die Dividende auf 11 Proz. festgelegt. — Die Papierfabrik A. G. für Anilinfabrikation erhalten wiederum 22 Proz. — Die A. G. Süßwaren- u. Süßwaren- u. Gebäckfabrik, Schalle, bringt für 1906 14 Proz. Dividende heraus. — Der Bruttoertrag der Schießhütten A. G. für Bergbau- und Zinkhüttenbetrieb beträgt 9.192.679 M. (i. V. 7.784.877 M.). Aus dem Reingewinn von 6.334.649 M. (i. V. 5.719.118 M.) werden 23 Proz. (i. V. 21 Proz.) Dividende zur Verteilung gebracht.

Soziales.

Die Jahresversammlung der Freien Vereinigung von Orts-Krankenkassen im Regierungsbezirk Wiesbaden

Am letzten Sonntag in Marburg statt. 62 Delegierte vertraten 26 Orts-Krankenkassen mit 178.502 Mitgliedern. Im Besonderen wurde die Jahresrechnung der Kassensysteme, die Versicherungssumme, die Beiträge zur Versicherungsanstalt usw. in enger Fühlung zu sein, beschloß die Versammlung einstimmig, die Vereinigung auf die ganze Provinz Hessen-Kassau auszudehnen. Eine lebhafteste Debatte zeitigte der zweite Punkt der Tagesordnung: Durchführung der Tarifgemeinschaft zwischen dem Zentralverband der Orts-Krankenkassen Deutschlands und dem Verband der Verwaltungsbeamten. Mehrere Delegierte sprachen gegen die Tarifgemeinschaft, die überwiegende Majorität war jedoch für dieselbe. — Graf v. Frankfurt a. M. kritisierte nun das Urteil des Landgerichts Berlin in der Klage des Magistrats gegen die Kaufmanns-Krankenkasse auf Erstattung der Delegationskosten. In dem Urteil wird gesagt, daß die Kassendelegierten meistens nur ihrem Vergnügen nachgehen, wenn sie derartige Kongresse besuchen, und als „einfache Leute“ auch gar nicht die Verhandlungsmaterien begreifen würden. Der entschiedene Protest der Jahresversammlung gegen den Tenor des Urteils kommt in nachstehender, einstimmig angenommener Resolution zum Ausdruck: „Die heutige Versammlung der Orts-Krankenkassen der Provinz Hessen-Kassau protestiert gegen die im Urteile des königlichen Landgerichts Berlin vom 12. Januar d. J. enthaltenen Bemerkungen, daß Kassendelegierte „meist mehr auf ihr Vergnügen bei dem Besuche der Jahresversammlungen, Kongresse usw. aus sind“, daß sie ferner zu „einfachen“, also ungebildeten „Leuten“ seien, die auch die zur Beratung stehende Materie nicht begreifen oder verstehen können, da solche abfälligen Zensuren den Tatsachen widersprechen und auch den Gerichten gar nicht zustehen.“

Umgehung der Bäckerarbeiter-Verordnung.

Im Weinrestaurant von Kempinski in der Leipzigerstraße zu Berlin, einem der größten seiner Art, befindet sich die eigene Bäckerei der Firma, in der außer dem Werkmeister 6 Gesellen und die nötigen Hilfspersonen beschäftigt werden. Die Bäckerei liegt über der Küche und ist mit dieser durch eine Treppe verbunden. Sie produziert lediglich für den Restaurationsbedarf täglich 17.000 „Knüppel“ (Weißbrotchen) und das erforderliche Schwarzbrot. Der Geschäftsführer und Teilhaber der Firma Kempinski, Herr Unger, war wegen Uebertretung der Bundesratsverordnung zum Schutze der Bäckerarbeiter angeklagt worden, weil den Bäckern zu Pfingsten die in der Bundesratsverordnung vorgeschriebene Ruhezeit gewährt worden war. Das Landgericht als Berufungsinstanz sprach ihn jedoch mit folgender Begründung frei: Die Bäckerei-Schutzverordnung könne hier gar nicht in Betracht kommen. Die Bäckerei der Firma Kempinski, die in der erwähnten Weise mit der Küche zusammenhängt, sei dem Küchenchef unterstellt. Der Zahl der Löhne, stelle die Bäder an und entlasse sie. Aber die Bäckerei werde kein besonderes Konto geführt. Es gebe nur ein Küchenkonto des Küchenchefs. Die in der Küche und Bäckerei beschäftigten Personen würden als Küche aufgeführt und genossen den Schutz der Gastwirtschaftsgesellen. Für die ungeforderte Fortführung des großen Restaurationsbetriebes sei die Bäckerei nötig. Schneller, billiger und feischer könnten die gebrauchten Waren geliefert werden. Die Bäckerei sei als organisch angegliederter Teil des Restaurationsbetriebes der Firma anzusehen. Somit kämen für die hier beschäftigten Bäder nur die Schutzvorschriften für die Gastwirtschaftsangehörigen (Bundesratsverordnung) in Betracht. Die seien aber innegehalten worden. Daraus folge die Freisprechung.

Das Kammergericht verwarf die hiergegen von der Staatsanwaltschaft eingeleitete Revision als unbegründet. Die Vorentscheidung lasse sich rechtlich nicht beanstanden.

Die mitgeteilte Entscheidung verstoßt gegen Wortlaut und Zweck der Verordnung zum Schutze der Bäckerarbeiter. Es ist schlechterdings kein verständiger Grund zu sehen, weshalb die Arbeiter in einer Bäckerei schutzlos sein sollen, wenn die Bäckerei einen Teil eines Restaurationsbetriebes bildet. Da das Kammergericht die Verordnung als dahin gerichtet ausgelagt hat, so ist eine Ergänzung der Verordnung dringend erforderlich.

Das Wachstum der Gewerkschaften im Staat New York hat nach den Mitteilungen des neuesten Labor Bulletin in den letzten 10 Jahren riesige Fortschritte gemacht. Die Gesamtzahl der Arbeiterorganisationen wurde durch Labor Bureau Ende September 1906 auf 2420 festgestellt. Diefen waren 308.494 Mitglieder angeschlossen. Das ist aber nicht die Höchstzahl an Mitgliedern, wie die folgende kleine Uebersicht über die Entwicklung seit 1897 zeigt:

	März	September	+ Zunahme	- Abnahme
1897	142.570	168.454	+ 25.884	
1898	179.955	171.067	+ 8.391	
1899	178.516	209.020	+ 30.504	
1900	282.533	245.881	+ 12.848	
1901	244.851	276.141	+ 31.290	
1902	279.950	329.101	+ 49.151	
1903	367.102	395.898	+ 28.796	
1904	369.699	388.676	+ 8.923	
1905	374.531	398.236	+ 8.705	
1906	394.270	398.494	+ 4.224	

Im Jahre 1904 war die Zahl der angeschlossenen Arbeiter schon größer als September 1906. In der Folge machten sich aber die Wirkungen der Krise von 1903/4 in einem Rückgang der Mitgliederzahl bemerkbar, der bis zum März 1905 anhielt. Seitdem ist sie wieder um 24.000 gewachsen (über 7 Proz.). Den Hauptgewinn verzeichneten die Gewerkschaften in den größeren Städten, vor allem in der Stadt New York selbst. Die Zunahme konzentrierte sich in erster Linie aus den Arbeitern des Bauwesens und der Steinindustrie, sowie der Maschinenisten und Metallarbeiter; einen starken Rückgang führten die Transport- und die Tabakarbeiter herbei. — Die Zahl der in den Gewerkschaften organisierten Frauen ist verhältnismäßig sehr klein, denn sie beträgt bloß 11.625 und wächst nur langsam.

Witterungsübersicht vom 10. April 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- hoch mm	Wind- richtung	Windstärk	Wetter	Stationen		Wetter	Temp. in C	
					Barometer- hoch mm	Wind- richtung			
Swinemünde	763,0	5	Stiller	4	Saparamba	770,0	4	bedeckt	1
Gamburg	760,0	3	bedeckt	6	Petersburg	772,0	1	bedeckt	2
Berlin	760,0	4	wolkig	5	Seilly	759,0	3	wolkig	8
Kranz a. M.	758,0	2	wolkig	7	Abdeen	762,0	2	bedeckt	6
München	766,0	5	Rebel	0	Paris	766,0	1	halb bb.	6
Wien	758,0	1	Regen	5					

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 11. April 1907.
Etwas kühler, vielwolbig, mit etwas Regen, mäßigen östlichen Winden und wenig veränderter Temperatur.
Berliner Wetterbureau.

A. WERTHEIM

KONSERVEN

Brech- u. Schneidebohnen	1/2 Dose 25 Pf.
Junge Schoten IV	1/2 Dose 38 Pf.
Junge Schoten III	1/2 Dose 48 Pf.
Schoten u. Karotten	1/2 Dose 60 Pf.
Gemischtes Gemüse	1/2 D. 1.25 Mk.
Gemischtes Gemüse I	1/2 Dose 95 Pf., 1/2 Dose 53 Pf.
Kohlrabi in Scheiben	1/2 Dose 25 Pf.
Schmorgurken	1/2 Dose 90 Pf.

Dunstfrüchte.

Stachelbeeren, Birnen, Heidelbeeren, Johannisbeeren Glas 55 Pf.

Apfelmus 1/2 Dose 58 Pf.

Gem. Marmelade

In Eimern ca. 2 1/2 kg 1.20
ca. 5 kg 2.25

Hummer	1/2 Dose 2.25 Mk.
Lachs-Kotelette	1/2 Dose 1.50, 1/2 1 Mk.
Aal in Gelee	Dose 80 Pf.
Nordseekrabben	1/2 D. 70, 1/2 D. 40 Pf.
Ostsee-Bratheringe	Dose 47 Pf.
Bismarck-Heringe	Dose 47 Pf.
Heringe in Aspik	Dose 40 Pf.

Delikatessheringe	1/2 D. 83, 1/2 D. 52 Pf.
Sardinen in Öl	kleine Dose 40 Pf.
Spezial-Marke	1/2 Dose 70 Pf., 1/2 Dose 1.25 Mk.
Französische Sardinen	
Chancerelles	1/4 Dose 95 Pf.
Amieux Frères	1/4 Dose 1 Mk., 1/2 Dose 1.65

Besonders preiswert:

Stangen-Spargel extra stark	1/2 Dose 1.35, 1/2 Dose 73 Pf.
Prima Stangen-Spargel	1/2 Dose 1.20, 1/2 Dose 65 Pf.
Stangen-Spargel II	1/2 Dose 1.10, 1/2 Dose 60 Pf.
Riesenbruchspargel	1/2 Dose 1.20, 1/2 Dose 65 Pf.
Bruch-Spargel extra stark	1/2 Dose 1.05, 1/2 Dose 58 Pf.
Spinat	1/2 Dose 35, Wachbohnen 1/2 Dose 35 Pf.
Gemischtes Gemüse II	1/2 Dose 58 Pf.
Karotten in Streifen	1/2 Dose 25 Pf.
Wirsingkohl	1/2 Dose 25, Weisskohl 1/2 Dose 28 Pf.
Erdbeeren in Zucker	1/2 Dose 1.28, 1/2 Dose 70 Pf.
Heidelbeeren	1/2 Dose 52 Pf.
Melangefrüchte	1/2 D. 85, Pflaumen in Zucker Glas 48 Pf.
Sardinen in Öl	kleine Dose 28 Pf.

KOLONIAL-WAREN

Rangoon-Reis	Pfd. 16 Pf.
Bassein-Reis	" 20 Pf.
Java-Reis	Pfd. 25, 30, 38 Pf.
Viktoria-Erbisen	Pfd. 16 Pf.
Kleine Erbsen	Pfd. 15 Pf.
Pa. glasierte Erbsen	" 19 Pf.
Spalt-Erbisen gelb	" 16 Pf.
Algier-Erbisen (grün, gespalt)	" 28 Pf.
Grüne Erbsen	" 15 Pf.
Grosse Linsen	" 45 Pf.
Mittel Linsen	" 38 Pf.
Flageolets	" 70 Pf.
Mais-Puder garantiert rein	
ca. 1/4 Ko. Beutel	24 Pf.
ca. 1/2 Ko. Beutel	42 Pf.
ca. 1/4 Ko. Beutel	75 Pf.

Grosse Bohnen	" 24 Pf.
Mittel Bohnen	" 20 Pf.
Kleine Bohnen	" 16 Pf.
Gemischtes Backobst	Pfd. 30, 52, 70 Pf.
Französische Pflaumen	Pfd. 35, 40, 50, 60 Pf.
Türkische Pflaumen	Pfd. 19, 26 Pf.
Pa. entsteinte Pflaumen	Pfd. 50 Pf.
Amerikanische Ringäpfel	Pfd. 42, 50 Pf.
Amerik. Bohrapfel	Pfd. 50 Pf.
Italienische Prünellen	" 75 Pf.
Globus-Hafermehl	
Paket ca. 1/2 Ko.	42 Pf.
Paket ca. 1/4 Ko.	22 Pf.

Globus-Grünkernmehl	
Paket ca. 1/2 Ko.	65 Pf.
Paket ca. 1/4 Ko.	35 Pf.
Globus-Tapioca-Naturell	
Paket ca. 1/4 Ko.	45 Pf.
Globus-Suppentafeln	
Kartoffel, Reis-, Grünkern-, Erbsen-, Linsen-, Tapioca-Julienne, Bohnen-, Gersten-, Grieß-, Hafergrütze-, Hausmacher-, Korb-, Rumford und Sago-Suppe	Tafel 15 Pf.
Globus-Suppentafeln	
Julienne-Bouillon, Tapioca-Bouillon, Mochurtie, Krebs-, Curry, Frühlings-, Ochsenfleisch-, Pilz-, Tomaten-, Wildpret- u. Königin-Suppe	Tafel 24 Pf.
Erbswurst mit Schinken	1/2 Pfund 28 Pf.
Erbswurst mit Speck	1/2 Pfund 28 Pf.
Saucenpulver	5 Pakete 30 Pf.

Puddingpulver gefärbt mit Vanille, Mandel, Himbeer-, Erdbeer-, Zitronen-, Apfelsinen-, Ananas- und Schokoladen-Geschmack	5 Pakete 30 Pf.
Rote Grütze gefärbt mit Johannisbeer-, Himbeer-, Erdbeer- und Kirschen-Geschmack	Paket 10 Pf.
Façon-Gelee-Pulver gefärbt mit Johannisbeer-, Himbeer-, Erdbeer-, Zitronen-, Waldmeister- und Ananas-Geschmack	Paket 20 Pf.
Creme-Pulver gefärbt mit Vanille, Mandel, Schokoladen-, Himbeer-, Zitronen- u. Ananas-Geschmack	Paket 20 Pf.
Eis-Pulver gefärbt mit Vanille, Schokoladen-, Erdbeer-, Himbeer-, Zitronen- u. Ananas-Geschmack	Paket 25 Pf.
Vanillinzucker	1/4 Pfund Packet 50 Pf.
Vanillinzucker	5 Beutel 30 Pf.

Deutscher Kakao Pfd. 1.10 | Block-Schokolade Pfd. 75 Pf. | Haushalt-Schokolade Pfd. 80 Pf.

Gebrannter Kaffee Mischung I Pfund 83 Pf. II 95 Pf. III 1.10 IV 1.35 V 1.50 VI 1.70 VII 1.90

Ananas Pfd. 65 Pf. Zitronen Dtz. 33, 40 Pf.

Apfelsinen Dtz. 25, 30, 45, 50 Pf. Blut 55 Pf.

FrISCHE Gurken Stück 33 Pf.

Zerelatwurst in Rinddarm	1.20
Salamiwurst	" 1.25
Plockwurst	" 1.10
Rotwurst	" 50 Pf.
Zwiebelwurst	" 50 Pf.

WEIN

Moselwein

Obermoseler	1/2 Fl. 55 Pf.
1905er Burger	" 70 Pf.
1904er Mahringer	" 75 Pf.
1904er Ellenzer	" 80 Pf.
1904er Wormeldinger	" 90 Pf.
1904er Sennheimer	" 1 Mk.
1904er Zeltinger	" 1.20
1902er Sehl Cochemer	" 1.35
1904er Valwigsberger	" 1.35
1904er Dhroner	" 1.40
1904er Piesporter	" 1.50
1904er Trabener	" 1.60
1904er Brauneberger	" 1.80
1904er Rüberrberger	" 2 Mk.
1904er Enkirch-Stefansb.	" 2 Mk.

1903er Graach.Himmelreich	2 Mk. Puder 39, Kressenz Kgl. Gymnasium Trier.
1903er Scharzhofberger	1/2 Fl. 2 Mk. Puder 15, Kressenz Egon Müller.
1903er Piesporter	1/2 Fl. 2.40 Puder 26, Kressenz Reichsgräf. von Kesselstatt. Majorat.

Rheinwein

1904er Bretzenheimer	1/2 Fl. 90 Pf.
1904er Laubenheimer	" 1 Mk.
1901er Niersteiner	" 1.10
1902er Rüdeshheimer	" 1.20
1904er Hallgartner	" 1.30
1903er Binger Rochusberg	1.40
1903er Rauenheimer	" 1.60
1903er Rüdesh. Rottland	" 1.70

1900er Bing. Mandelgart	1/2 Fl. 2 Mk.
1893er Ockenh. Hölle	" 2.40
1902er Rüdesh. Hinterhs.	" 2.40
1903er Binger Eisel	" 2.50
1904er Rüdesh. Berg	" 2.50
1903er Scharlachberger	" 2.80
1903er Hattenheimer Nussbrunnen	" 3.50

Bordeauxwein

1902er Montferrand	1/2 Fl. 90 Pf.
1900er Chät. Fronzac	" 1 Mk.
1900er Chät. Larrivauz Ciss.	1.10
1902er Chät. Talbot d'Aux	
St. Julien (Médoc)	1.10
1900er Blanquefort	" 1.20

1902er Chät. Angludet	
Cantenac Margaux	1/2 Fl. 1.20
1900er Chät. de Parempuyre	1.25
1900er Grand Poujeaux	" 1.40
1900er St. Emilion 1er Crü	" 1.50
1898er Chät. Lanessan Cussac	" 1.60
1900er Chät. Cos Labory	
St. Estèphe	" 1.70
1903er Chät. Latour grand vin	" 1.80
1900er Chät. Citran grand vin	" 1.90
1900er Chät. Branaire Decrú	2 Mk.
1901er Chät. Giscours grand vin	" 2 Mk.
1898er Chät. La Pigotte Balignan	" 2.20
1898er Margaux Médoc	" 2.30
1900er Chät. Durfort	" 2.75

Unsere Geschäftshäuser werden um 1/9 Uhr geöffnet.

Das Ergebnis der Stadtverordneten-Ersatzwahl.

Der Versuch des Berliner Freisinn, den 39. Kommunalwahlbezirk der Sozialdemokratie wieder zu entreißen, ist kläglich gescheitert. In der letzten Versammlung freisinniger Wähler wurde verkündet, ganz Berlin blide auf diesen Wahlbezirk. Nun ist „ganz Berlin“ durch den Ausgang des Wahlkampfes belehrt worden, daß des Freisinn Bemühungen, verlorene Wahlbezirke dritter Abteilung zurückzugewinnen, vergeblich sind. Hier ist das Wahlergebnis:

Table with 2 columns: Candidate/Party and Votes. Includes Freisinn (1725) and Sozialdemokratie (1185).

Die Wahlbeteiligung war, wie aus diesen Zahlen ersichtlich ist, diesmal bedeutend stärker als vor vier Jahren. Der Freisinn hat die verzeuflisten Anstrengungen gemacht, um alles heranzuschleppen, was irgend bereit war, für ihn zu stimmen. Der Freisinnsl Kandidat wurde in Flugblättern als der „alleinige Kandidat aller bürgerlichen Wähler“ angepriesen, und noch am Mittwoch las man in den Freisinnblättern, daß „seine Wahl auch von den anderen bürgerlichen Parteien unterstützt“ werde. So ist es den Freisinnigen in der Tat gelungen, diesmal 225 Stimmen mehr aufzubringen, als vor vier Jahren sie allein aufgebracht hatten. Aber auch für unseren Genossen Ritter sind noch rund 200 Stimmen mehr abgegeben worden, als damals der Kandidat der Sozialdemokratie erhalten hatte. Dieser Stimmengewinn dürfte unsere vereinigten Gegner nicht wenig überrascht haben. Sie hatten ganz bestimmt darauf gerechnet, daß der Freisinn unter dem nachwirkenden Eindruck seiner „Erfolge“ bei den Reichstagswahlen nun auch bei dieser Stadtverordnetenwahl sich als „Damm“ gegen die rote Flut bewähren werde.

Die Art, wie der Freisinn noch am Wahltag die Wähler für sich zu gewinnen suchte, zeigte ihn mitunter in seiner ganzen Hülfslosigkeit. Da wurde z. B. „in letzter Stunde“ ein Wahnzettel verschickt, in dem es hieß: „Wir wissen, daß Sie kein Sozialdemokrat sind. Wollen Sie sich nicht der Gefahr aussetzen, als ein Anhänger oder Förderer der sozialdemokratischen Bestrebungen in bürgerlichen Kreisen angesehen zu werden, so kommen Sie, bitte, schleunigst und geben Sie Ihre Stimme ab für den Kandidaten aller bürgerlichen Wähler, für Herrn Kaufmann Martin Diebner.“ Dieser Zettel wurde auch Wählern ins Haus geschickt, von denen jedermann im 39. Bezirk wissen konnte, daß sie seit langem es als eine Ehre schätzen, Anhänger und Förderer der sozialdemokratischen Bestrebungen zu sein. Uebrigens klingt es aus diesem Wahnzettel fast wie eine versteckte Drohung heraus; auf die bürgerlichen Wähler wird sie denn auch die gewünschte Wirkung ausgeübt haben.

Genügt hat das alles nichts! Vergeblich war der Versuch unserer vereinigten Gegner, diesen Bezirk dritter Abteilung zurückzuerobieren. Es mußte vergeblich sein, weil unsere Genossen im 39. Wahlbezirk in treuer Pflichterfüllung auf ihrem Posten gestanden haben. Wir können zufrieden sein mit dem Ausgang dieses Wahlkampfes, der unter erschwerten Umständen geführt werden mußte. Und wir nehmen die Niederlage des Freisinn als ein uns günstiges Vorzeichen für die allgemeinen Stadtverordnetenwahlen, die im Herbst dieses Jahres kommen. Der Berliner Freisinn rüstet auf der ganzen Linie zum Sturm auf die Bezirke dritter Abteilung. Zum im Herbst allenthalben unsere Wähler ihre Pflicht, wie sie sie am Mittwoch im 39. Bezirk getan haben, so wird auch dann der Feind überall ohnmächtig unterliegen.

Partei-Angelegenheiten.

Die Sitzung des Zentralvorstandes der Wahlvereine findet nicht am Freitag, sondern schon heute Donnerstag abend pünktlich 8 1/2 Uhr bei Meyer (Augustin), Drancienstraße 103, statt.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt notwendig.

Das Verbandsbureau.

Zur Lokalliste! Folgende Lokale stehen uns zu den bestimmten Bedingungen zur Verfügung:

Im VI. Kreis: „Klostergarten“, Inh. C. D. Peters, Wilmersdorf; „Noabiter Gesellschaftshaus“, Wilmersdorf, 24, jetziger Inhaber Wilm. Brünning. In Niederbarnim: Karl Guth, Nieder-Schönhausen, Kaiserweg 10.

Folgende Lokale stehen uns nicht zur Verfügung und sind daher zu meiden: „Schloßbrauerei-Schöneberg“ und „Kazartfälle“ des Neuen Schauspielhauses. Bezugsname des Lokal ist während der verschiedenen Wahlperioden wiederholt unseren Gegnern zur Abhaltung von Versammlungen zur Verfügung gestellt worden, während man uns, als wir die gleiche Forderung dort geltend machten, wochenlang hinweggezogen hat, so daß uns zum Schluß nichts weiter als die Verhängung der Sperre übrig blieb, und bitten wir daher, vorstehendes zu beachten.

Die Lokalkommission.

Schöneberg. Die Parteigenossen werden auf die am Sonntag früh 8 Uhr von den bekannten Lokalen aus stattfindende Flugblattverbreitung aufmerksam gemacht und ersucht, zahlreich und pünktlich zur Stelle zu sein. Der Vorstand.

Wannsee. Den Mitgliedern des Wahlvereins zur Kenntnis, daß am Sonnabend, den 13. d. M., abends 8 Uhr, im „Räthenhof“ die Mitgliederversammlung stattfindet. Tagesordnung: 1. Vortrag über: Kommunalpolit. Referent: Genosse Fendel. 2. Diskussion. 3. Bericht des Gemeindevertreters Genosse B. Wul. 4. Verschiedenes. Genossen, agitiert kräftig für diese Versammlung. Gleichzeitig wird ersucht, sich an der Verbreitung der Flugblätter für diese Versammlung rege zu beteiligen. Der Vorstand.

Stralau. Sonntag, den 14. April, nachmittags 2 Uhr, findet im Lokale „Alte Taverne“, Alt-Stralau Nr. 20, eine Vollversammlung für Männer und Frauen statt. Tagesordnung: 1. Vortrag über: Kommunalpolit. Referent: Genosse Fendel. 2. Diskussion. 3. Bericht des Gemeindevertreters Genosse B. Wul. 4. Verschiedenes. Genossen, agitiert kräftig für diese Versammlung. Gleichzeitig wird ersucht, sich an der Verbreitung der Flugblätter für diese Versammlung rege zu beteiligen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Rahmaschinenreise.

Es ist morgens 8 Uhr. Vor der Filiale einer bekannten Rahmaschinenfirma Berlin W. stehen 8-10 Männer. Ernst Gestalten, fast alle in abgetragenener schäbiger Kleidung. Die Gesichter zeigen durcheinander einen müden, stumpfen Ausdruck; wohl allen hat der verzweifelte Kampf ums tägliche Brot seinen Stempel aufgedrückt. Es ist ein naheliegender Märztag, und fröstelnd drängen sie sich aneinander und tauschen die Erlebnisse des vorhergehenden Tages aus.

Jetzt teilt sich die Gruppe, und hindurch geht eiligen Schrittes mit kurzem Nicken ein älterer Herr mit graumeliertem Spitzbart und einem goldenen Kneifer an einer schwarzen Schnur, der auf der unteren Hälfte der Nase bedenklich balanciert. Der Angewandte schließt die Tür auf, und alle verschwinden in dem Geschäft. Inzwischen finden sich noch mehrere Männer ein, Leute, die als Kassierer tätig sind. So ein Maschinenreisender hat seine bestimmten Instruktionen. Jeder bekommt täglich eine Liste, worauf er Name und Stand der Familien, die er besucht hat, notieren muß; weiter muß er Auskunft bringen, ob die Leute schon eine Maschine besitzen bzw. welches System oder ob sie später einer Maschine bedürfen. Für jede verkaufte Maschine erhält der Reisende 15 Proz. der Verkaufssumme, wovon die Firma jedoch 5 Proz. einbehält, bis die Maschine bezahlt ist; außerdem werden 12 M. Spejen wöchentlich gezahlt. Verkauf der Reisende innerhalb 14 Tagen nichts, so erfolgt ohne weiteres seine Entlassung.

Jetzt geht's zum Rapport in ein hinter dem Laden belegenes Berliner Zimmer, in welchem zwei Gaslampen das Tageslicht ersetzen müssen. Die Reisenden gruppieren sich um den ersten Tisch, die Kassierer abseits um den zweiten. Der Oberreisende fordert Listen und Bestellzettel ein. Drei Maschinen sind verkauft. Ueber die Gesichter der Glücklichen huscht ein freudiger Schimmer.

„War auch die höchste Zeit“, brummt der eine. Der Oberreisende schüttelt verdrießlich den Kopf. „Schlecht, verdammt schlecht. Drei Dinger, ist gar nichts, kommen nicht mal die Spesen raus. Na und Sie, Molli?“ wendet er sich an einen dicken, älteren Mann, einen ehemaligen ostpreussischen Gutsbesitzer mit breitem, andruckslosem Gesicht. Der Angesprochene zuckt wortlos die Schultern.

„Ja damit ist uns nicht geholfen, wir müssen Geschäfte machen. Oder meinen Sie, wir werfen jede Woche 12 M. zum Fenster hinaus? Heute ist Freitag, bis morgen haben Sie noch Zeit. Und Sie, Müller?“

„Hab nichts“, antwortet eine schmalbrüstige, schwindfüchtige Gestalt.

„Sie müssen auch mal wieder was abschließen. Ihre Liste haben Sie auch nur halb ausgefüllt.“

„Und Sie, Schuhmann, halten Sie nun endlich mal Ihren Schnabel. Sie sind nicht allein hier. Ihre Maschine wird nicht geliefert. Fauls Geschäft, der Mann kauft und die Frau nicht minder.“

Nun spricht er etwas freundlicher und höflicher einen ernsten, stillen Mann von vornehmerem Aussehen an.

„Herr Traufels, Sie haben eine Zentralhobbin abgesetzt?“

Der Angesprochene — es soll ein heruntergekommener ehemaliger Offizier sein — nickt bejahend, mit einem müden Lächeln um die herb geschlossenen Lippen.

„Nun komm ich zu Ihnen, Berger, mit Ihnen muß ich mal deutlich reden, passen Sie auf!“ Diese Worte gelten einem etwa 30jährigen Manne, der am schlechtesten gekleidet ist. Er besitzt lockiges goldblondes Haar und ebensolchen Bart. Das Gesicht ist bleich und hager und die schmale Adernale springt scharf unter den blauen Augen vor. — Ein entgleister Student. Jetzt blickt er fragend auf. Alle lauschen, was nun kommen wird.

„Sie brauchen gar nicht so zu gucken. Um die Liste auszufüllen, haben Sie das Adreßbuch benutzt! Wollen Sie leugnen?“

„Durchaus nicht“, gibt jener höflich zurück.

„So!“

„Ja, so! Der kleine Däumling soll es fertig gebracht haben, durch ein Schlüsselloch zu schlüpfen, ich kenne die Kunst nicht. Oder wollen Sie mir sagen, wie ich Zutritt in die vornehmen Häuser erlangen kann?“

„Ach was! Das geht alles, wenn man nur will. Dann haben Sie auch fingierte Bestellungen für später abgegeben?“

„Herr!“ Der andere springt auf und schlägt auf den Tisch.

„Regen Sie sich nicht auf, ich kenne diese Wippen. Wir haben uns erkundigt und damit basta!“

„Sie fingieren!“ schreit der Student und schlenkert den Stuhl bei Seite. „Ach lasse mich hier nicht beleidigen!“ Damit verläßt er das Zimmer.

Die andern erheben sich still und verlassen ebenfalls das Geschäft. Draußen peitscht ihnen der Regen ins Gesicht. Sie grüßen sich stumm und eilen dann nach allen Richtungen auseinander, ihrem traurigen, ungewissen Erwerbe nach.

Die Wertsteigerung des großstädtischen Grundbesitzes.

vollzieht sich in einem vordem für ungläublich gehaltenen Maßstabe. Im Jahre 1890 zählte man in Berlin 18 138 gegen Feuergefahren versicherte Grundstücke mit einer Versicherungssumme von 1050 Millionen Mark = 105 000 M. auf ein Grundstück. Die Versicherungssumme stellt den Wert des Bauwertes dar. Der Mietwert sämtlicher Grundstücke belief sich auf 177 Millionen Mark, was als Zins von 5 1/2 Proz. gerechnet, den 18fachen Betrag = 3001 Millionen Mark oder 156 000 M. pro Grundstück als Gesamtwert ergibt. Es betrug danach der bloße Bodenwert, d. h. die kapitalisierte Kapitalwert, aus dem Lohn- und Arbeitsbedürfnis der Bevölkerung Gewinn zu ziehen, 1042 Millionen Mark oder 57 000 M. pro Grundstück. 1891 waren die entsprechenden Zahlen

3080 Mill. (d. Durchschn. 141 000) M. Feuerversicherungssumme 5109 „ „ „ 224 000) „ Kapitalisierter Mietwert 2071 Mill. (d. Durchschn. 88 000) M. Bodenwert.

Also eine Steigerung des Wertes des Bodens, d. h. der Ausbeutung der Mieter durch die Besitzer der Grundrente um 33 000 M. pro Grundstück = 57 Proz. in 11 Jahren!

Dah es damit in den letzten Jahren nicht anders geworden ist, geht aus einer amtlichen Feststellung für Wilmersdorf hervor, wonach der gesamte Wert der Gemarkung ohne den Gemeindebesitz betrug 1895/1896: 161 001 300 M., 1900/1901: 285 220 600 M., 1905/1906: 492 917 300 M., Also eine Steigerung von 205 Proz.

in 10 Jahren! Leider ist dabei der Gebäudewert, der sehr erheblich ist, nicht gesondert angegeben, also der reine Bodenwert nicht zu berechnen. Sicher ist dieser ganz kolossal gestiegen.

Wie diese Steigerung sich vollzieht, sehen wir auch aus einer Feststellung des Magistrats zu Charlottenburg. Er schätzte den Wert des bebauten und unbebauten Landes in der Gemarkung im Jahre 1903 auf 980 Millionen Mark gegen 892 im Jahre 1901. Danach dürfen wir ihn heute auf über 1 1/2 Milliarden veranschlagen. Von 1902 auf 1903 war die Wertsteigerung = 54 Millionen Mark. In dieser Zeit wurden 127 Neubauten errichtet — bis auf 13 — lauter fünfstöckige Häuser. Nimmt man mit der stetigen Mietsteigerung die Baukosten auf durchschnittlich 150 000 M. an, so ergäbe das einen Neubauwert von etwas über 19 Millionen Mark. Neben 35 Millionen verblieben dann als „Wertzuwachs“ des Bodens eines einzigen Jahres!

Diese riesige Bodenwertsteigerung wird realisiert durch den Umsatz in Grundstücken, der gleichfalls eine kolossale Vermehrung aufweist. Nach einer Zusammenstellung von Dr. Häbner in den „Volkswirtschaftlichen Blättern“ belief sich der Grundbesitzwechsel in Millionen Mark:

Table with 3 columns: Year, Berlin, Charlottenburg, Wilmersdorf, Schmargendorf, Lichtenberg. Values range from 129 to 40.

Dabei brachte das Jahr 1898 eine kleine, 1901 eine große Krift auf dem Grundstücksmarkt. Trotzdem diese Steigerung! Ein besonders elastischer Fall von Grundrentensteigerung zeigt ein Verkauf in der Leipzigerstraße in Berlin. Ein Gebäude, das vor fast genau 100 Jahren für 140 000 Taler verkauft worden war, erzielte im vorigen Jahre, wo es auf Abruch verkauft wurde, einen Preis von 3000 M. pro Quadratmeter. Eine Quadratrute Bau-Landes (14 Quadratmeter) kostete also soviel, wie vor 100 Jahren das ganze Gebäude samt Platz.

Gegenüber solch maßloser Steigerung der Bodentente, die nur ermöglicht wird durch die monopolistische Ausnützung der kostlosen Kulturarbeit des ganzen Volkes, ist schärfstes Zugreifen der Gemeinde durch Grundsteuern nach dem gemeinen Recht und energische Wertzuwachssteuer eine dringende Notwendigkeit. Die wirkliche Lösung und Erlösung bietet freilich nur die durchgreifende Maßregel: Enteignung des gesamten Bodens unter Ausschaltung des spekulativen und monopolistischen Gewinns.

Auch eine „Wahl“. Bei der gestrigen Stadtverordneten-Ersatzwahl im 14. Gemeinbezirk I. Abteilung wurde Dr. Herms mit 29 Stimmen gewählt.

Von einer Wahl kann hier schon keine Rede mehr sein. Ernennung wäre richtiger. Das Dreiklassenwahlrecht kann nicht treffender beleuchtet werden, als durch die Tatsache, daß in der ersten Abteilung eine Hand voll Leute von Rammons Graben genau soviel Rechte hat, wie tausende Wähler in der dritten Abteilung.

Der Kampf um den Krankenschein. In den unerschütterlichen Begleiterscheinungen unseres Krankenversicherungswesens gehört das Simulantentum. An dieser Plage, die von Krankenärzten und öfter noch von Klassenvorständen vorgetragen wird, ist etwas Wahres. Aber ebenso wahr ist, daß bei manchen Vorständen von Krankenkassen samt ihren Vertrauensärzten eine allzu eifertige Reizung besteht. Simulation zu wittern. Da wird dann leider mancher Kranke als Simulant taxiert und für gesund erklärt, obwohl er krank genug ist, um der Kassenkasse zu bedürfen. Wir müßten nichts anderes zu tun haben, wenn wir hier in unserem Blatte alle Fälle registrieren wollten, in denen ein Kranke von dem behandelnden Arzt für erwerbsunfähig, von dem Vertrauensarzt aber für erwerbsfähig gehalten wird. Aber es erscheint uns angebracht, von Zeit zu Zeit doch mal wieder eine Probe dieses Kampfes um den Krankenschein zu veröffentlichen.

den viele Kranke auszufechten haben und mitunter auch erfolgreich gegen Klassenvorstand und Vertrauensarzt durchzuführen. Da wird von einem Mitgliede der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin, einem Herrn K., geschildert, wie er der Klasse seit Ende Dezember als erwerbsunfähig krank gemeldet hatte, aber Ende März von dem Vertrauensarzt Sanitätsrat Rode (Mariannenstraße) für erwerbsfähig erklärt wurde. K. ist nervenleidend, auch haben sich bei ihm Entzündungen der Atmungsorgane bemerkbar gemacht. Da er sich noch nicht erwerbsfähig fühlte, so versuchte er, auf andere Weise zu seinem Rechte zu kommen. Gegen Sanitätsrat Rodes Urteil legte er das Urteil des Sanitätsrats Kaufmann (Kottbuser Damm), den er noch an demselben Tage aufsuchte und von dem er als erwerbsunfähig krank bezeichnet wurde. Bei der Klasse konnte man natürlich nicht so ohne weiteres Herrn Rode durch Herrn Kaufmann beseitigen lassen, und so schickte man den Patienten erst noch zu dem Vertrauensarzt Privatdozenten Brandenburg (Karlstraße). Aber auch der erklärte, K. sei erwerbsunfähig. Daraufhin gab die Klasse ihren Widerstand auf, doch wurde jetzt der Patient angewiesen, sich in ein Krankenhaus zu begeben. Das ist ja nun leicht gesagt, läßt sich aber sehr viel weniger leicht ausführen. K. ging nach der Anstalt Bethesda in der Gneisenaustraße — und wurde wegen Platzmangels abgewiesen. Er ging nach dem Krankenhaus am Urban — und hatte hier aus demselben Grunde denselben Mißerfolg. Am anderen Tage begab er sich wiederum zum Urban-Krankenhaus — und wieder war für ihn kein Platz. „Nicht dringend!“ schrieen sie ihm auf seinen Schein. Nebenbei bemerkt: wer das als Beweis dafür nehmen wollte, daß in Berlin trotz Eröffnung des Virochow-Krankenhauses immer noch ein Krankenhausnotstand besteht, dem würde wahrscheinlich der Magistrat die übliche Antwort geben, da seien eben die unbedienten Betten für etwaige Schwerkranken freigehalten worden. K. war allerdings nicht so schwer krank, daß sofortige Aufnahme in ein Krankenhaus nötig gewesen wäre — das ist wahr.

Er ist ja auch verheiratet und kann sehr wohl zu Hause gepflegt werden. Aber die Klasse verlangt es, daß er in ein Krankenhaus ginge. Im Urban-Krankenhaus hatten sie ihm gesagt, er solle am dritten Tage noch einmal nachfragen. K. hielt es indessen für ratsamer, der Klasse über die Sachlage zu berichten. Er tat das — und nun wurde zu seiner großen Ueberraschung darauf verzichtet, ihn einem Krankenhaus zu überweisen. Der Kranke hat jetzt wieder seinen Haus-Krankenschein! All diese Schereien, die den Zustand des nervös erregbaren Mannes wirklich nicht gebessert haben, wären unnötig gewesen, wenn der „Vertrauensarzt“ Sanitätsrat Rode etwas mehr Vertrauen zu der Ehrenhaftigkeit des Kranken und etwas weniger zu seinem eigenen Können gehabt hätte.

Die Genossenschaftsbewegung in Berlin macht recht erfreuliche Fortschritte. So erzielte die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend (E. G. m. b. H.) im Monat März dieses Jahres in ihren 15 Verkaufsstellen einen Umsatz von 72 924,03 Mark (gegen 63 150,84 M. im gleichen Monat des vorigen Jahres).

Ein neues „Reisebuch für Reisende“, das demnächst an den Fahrkartenschaltern und so weiter unentgeltlich verabfolgt werden wird, hat die Staatsbahnverwaltung schon herausgegeben lassen; es soll, wie es im Vorwort heißt, dem Reisenden Gelegenheit geben, sich leicht und bequem über die im Reiseverkehr getroffenen Einrichtungen zu unterrichten. Selbstverständlich haben nicht alle Bestimmungen Aufnahme finden können, sondern im allgemeinen nur solche, die geeignet erschienen, die Reisenden vor Unbequemlichkeiten und Beinträchtigungen zu bewahren. Das Reisebuch enthält in 31 kurzen Abschnitten alles Wissenswerte über die Lösung, Nach-

4000 R. Zinsen von ihrem Grundstück erhält, erklärte vor Gericht, sie habe, als sie sich zwischen den aufgestapelten Waren befand, nicht der Verletzung widerstehen können, sich irgend etwas, und sei es selbst der geringwertigste Gegenstand, anzueignen. Der Staatsanwalt beantragte 14 Tage Gefängnis. Das Schöffengericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von einer Woche.

Theaterdirektoren gegeneinander.

In der seit Jahren schwebenden Angelegenheit des früheren Theaterdirektors Bug gegen den Direktor Mag Reinhardt, durch die der erstere wegen angeblicher rechtswidriger Aneignung des Reuen Theaters einen Schadenersatzanspruch von 120 000 R. geltend machte, ist gestern seitens des hiesigen Landgerichts I die Entscheidung ergangen. Das Gericht hielt, nachdem eine ausgedehnte Beweisnahme stattgefunden hatte, die Klage für unbegründet, wies demgemäß den Kläger mit seinen Entschädigungsansprüchen ab und beurteilte ihn anzuerkennen, daß ihm Ansprüche gegen Reinhardt nicht zuzustehen.

Polnisches.

Wegen verurteilter Rädigung ist am 26. November v. J. der Redakteur des „Cech“ Stanislaus Szymanski vom Landgericht Gnesen zu einer Geldstrafe von 200 R. verurteilt worden. Er hatte in seinem Blatte gedroht, jede Woche eine Liste derjenigen polnischen Damen zu veröffentlichen, welche in deutschen oder jüdischen Geschäften laufen. Das Gericht hat angenommen, daß er die Damen dadurch mit einem Uebel bedroht hat, um sie zum Vorhohlt der deutschen und jüdischen Geschäfte zu veranlassen. — Die Revision des Angeklagten wurde am Dienstag vom Reichsgericht verworfen.

Zum Schutz der Arbeitswilligen.

Im September vorigen Jahres war auf der „Hedwigshütte“ bei Goglow in Stettin ein Streik ausgebrochen. Es gelang der Firma jedoch, eine Anzahl arbeitswilliger Elemente heranzuziehen, die man sofort unter den Schutz der heiligen Hermadad stellte, die zu Wasser und zu Lande ihres Amtes walte. Um „Veräufstungen“ der Streikbrecher von der Wasserseite abzuwehren, war der Schuyman Ebeling auf dem hiesigen Schiffe, der „Parnis“, stationiert. Am 1. September sah derselbe ein Boot mit vier Personen ankommen, die bis auf 25 Meter an das Bollwerk fuhren. Um sie von der Landung abzuhalten, ließ Ebeling die „Parnis“ heranschieben und drohte ihnen mit Verhaftung. Dabei äußerte einer der Bootsinsassen, der Fabrikarbeiter Otto Matthies: „Den möchte ich leben, der mich verhaftete.“ Ebeling verhaftete darauf den Matthies. Die übrigen Personen fuhren weiter und machten nach der Wahrnehmung des Schuymans „verdächtige“ Arbeiterbewegungen“, nachdem bereits früher alle vier gefangen hatten: „Wartet nur, Ihr infamen Streikbrecher!“ Wegen dieses harmlosen Vorfalls hatten sich am Sonnabend vor dem Schöffengericht der Fabrikarbeiter Matthies, der Arbeiter Staats, der Arbeiter Ernst Röber aus Frauendorf und der Arbeiter Wilhelm Meier aus Goglow zu verantworten. Als Zeuge war der Schuyman Ebeling erschienen. Nach seinen Angaben hätten die Streikenden die Fabrik zerstört, die Krane und automatische Wagen demolieren und den Fabrikdirektor erröten wollen! Auf die Frage des Verteidigers, woher er diese Kenntnisse habe, gab er an, in der Stille der Nacht die Unterhaltungen der auf den Dooten in der Oder befindlichen Streikposten erlauscht zu haben! Die vier Angeklagten hätten auch fortwährend gedroht und geschimpft. Welche Schimpfworte gefallen seien, wußte er nicht; er meinte nur, es seien Ausdrücke gefallen, die „nicht schön“ gewesen wären. Daß die Arbeiterbewegungen der Angeklagten, die Ebeling für Drohungen hielt, ihm gegolten hätten, da er ja in Konflikt mit ihnen geraten war, bestreitet er. Der Verteidiger konstatierte, daß vom Boot aus Arbeitswillige gar nicht gesehen werden konnten, da die „Hedwigshütte“ gegen das Bollwerk mit einer Mauer abgeschlossen ist. In der Tat ist auch kein Arbeitswilliger ausfindig gemacht, der sich bedroht gefühlt hat. Trotzdem wurden Matthies zu zwei Wochen und die drei anderen Angeklagten zu je einer Woche Gefängnis verurteilt. Beantwortet waren sogar zu je resp. ein Monat Gefängnis. Bemerkenswert ist noch, daß Matthies wegen des oben geschilderten Zusammenstoßes mit dem Schuyman vor einiger Zeit freigesprochen werden mußte. — In Deutschland lebt aber der Arbeiter im Lande der vollendetsten Rechtsgarantien!

Aus der Frauenbewegung.

Bereitet!

Leber die Aktion des — Staates aus schwerer Gefahr berichtet die „Berg. Arbeiterstimme“. Die Gefahr war hervorgerufen durch den Arbeiterfrauen- und Mädchen-Verein. Dieser staatsgefährliche Verein wurde vorgestern von der Elberfelder Straßmannsgerichte geschlossen und die Vorsitzende in eine Geldstrafe von 40 M., sowie die übrigen Vorstandsmitglieder in eine solche von 20 M. genommen, weil die Leiterinnen des Vereins, welcher politische Tendenzen verfolgen soll, „Frauenspersonen“ als Mitglieder aufgenommen haben.

Um den Nachweis zu führen, daß der Verein bezwecke, politische Gegenstände zu erörtern, war ein großer Zeugenapparat aufgebaut. Es marschierten als Zeuge auf: die Polizeikommissare Weidenbach und Rüg, die Polizeiwachtmeister Johann Label und Heinrich Fischer. Herr Polizeikommissar Vitler war vor dem Amtsgericht Raumburg in der Sache als Zeuge protokollierend bennannt worden. Außerdem waren als Zeugen geladen die Genossen Hildebrand und Thabor, Solingen, Ernst Rortus und Wilhelm Koch von hier.

Aus den Reden, welche die vier letztgenannten Zeugen in öffentlichen, sowie in Mitgliederversammlungen gehalten haben, soll der Nachweis geführt werden, daß der Verein sozialpolitische Tendenzen verfolge. Die Zeugen geben zu, in den öffentlichen Versammlungen öffentliche Angelegenheiten berührt und für die Sozialdemokratie Propaganda gemacht zu haben, nicht aber in den Mitgliederversammlungen. Es sei nach ihrer Ansicht nicht Zweck des Vereins, Politik zu treiben, sondern beschränke sich darauf, Wissen und Bildung der Mitglieder zu fördern.

Bei der Verhandlung werden die Ausführungen, die in den öffentlichen Versammlungen gemacht wurden, in den Vordergrund geschoben und immer wieder betont, daß es sozialdemokratische Führer waren, welche in den Versammlungen gesprochen haben. Ferner wird den Angeklagten vorgehalten, daß in der Versammlung für die Frauenseitung „Gleichheit“ Agitation getrieben worden sei, sowie daß die Mitglieder des Vereins sich an dem Gewerkschaftsleben beteiligen.

Nachdem zwei Stunden über die Sache verhandelt, beantragt der Staatsanwalt, die Vorsitzende mit 60 M. und die übrigen drei Vorstandsmitglieder mit je 30 M. Geldstrafe zu belegen. Nach längerer Beratung kommt das Gericht zu dem Urteil, daß der Verein entgegen seinen Statuten politische Grundzüge verfolge. Es sei dieses aus den Ausführungen der verschiedenen Redner zu entnehmen, sowie auch daraus zu schließen, daß sich die Mitglieder an dem Gewerkschaftsleben (1) beteiligt und in ihren Versammlungen für die „Gleichheit“ Propaganda gemacht hätten. Weil die Vorsitzende auch schon wegen Uebertretung der betr. Paragraphen des Vereinsgesetzes vorbestraft sei (2), müsse auf Schließung des Vereins erkannt werden. Die Angeklagten werden, wie bereits gesagt, mit 40 bzw. 20 M. Geldstrafe belegt und der Verein geschlossen. Von Rechts wegen! Wegen dieses mehr wie salomonische Urteil wird wahrscheinlich Revision eingelegt werden.

Die Frauenbewegung in England

macht stetig Fortschritte. Mit einer bewundernswerten Energie führen die Frauen den Kampf, sie haben die öffentliche Meinung gezwungen, sich täglich mit der Frauenfrage zu beschäftigen. Im Hyde-Park in London werden jeden Sonntag Versammlungen veranstaltet, die während des ganzen Sommers stattfinden sollen. Der Besuch dieser Versammlungen ist so gut, daß man künftighin zwei Rednertribünen errichten wird, von welchen Frauen zu der Masse sprechen und immer wieder die Forderung erheben und begründen werden: Die gleichen Rechte mit den Männern! — Die Presse neigt sich immer mehr zu Gunsten der Frauenrechte. Alle im öffentlichen Leben stehenden Männer werden herausgefordert, Stellung zur Frauenfrage zu nehmen und die meisten gestehen zu, daß sie den Frauen nicht unrecht geben können. Die Frauen benutzen jede Gelegenheit zur Agitation und fordern von jeder Partei, für die Frauen einzutreten. Daß in der Thronrede bei Eröffnung des Parlaments rein gar nichts von ihrer Bewegung erwähnt wurde, obgleich das ganze Land davon spricht, hat die Kämpferinnen wohl bitter enttäuscht, aber nicht entmutigt.

Im Gegensatz zu dieser Bewegung ist aber auch bereits eine Liga gegen gleiche Frauenrechte und zur Bekämpfung der Emanzipationsbestrebungen entstanden. Dazu gehören die artbesessenen Damen der „höheren Gesellschaft“, die es entschieden finden, daß Frauen auf die Straße steigen, um ihre Rechte zu fordern. Die Wirksamkeit der Liga bleibt daher auch auf „die feinsten Kreise“ beschränkt.

Die Frauenwahlrechtsfrage in Norwegen.

Im Konstitutionskomitee des norwegischen Storting ist jetzt eine absolute Mehrheit für die Einführung des staatsbürgerlichen Frauenwahlrechts vorhanden. Nur eins von den neuen Komiteemitgliedern ist Gegner des Frauenwahlrechts. Fünf Mitglieder des Komitees wollen den Frauen das Wahlrecht unter denselben Bedingungen gewähren, wie sie für das kommunale Frauenwahlrecht maßgebend sind, nämlich ein eigenes oder ein Steuer-einkommen des Ehemannes von mindestens 400 Kronen in den Städten oder 300 Kronen auf dem Lande. Die übrigen drei Komiteemitglieder sind für das allgemeine Stortingswahlrecht der Frauen, so wie es die Männer besitzen.

Man darf nun wohl erwarten, daß die norwegischen Frauen bald als gleichberechtigte Staatsbürger anerkannt werden. Das Beispiel Finnlands wird in dieser Hinsicht wohl auch eine gute Wirkung ausüben.

Zur Dienstbotenbewegung in Königsberg ist zu berichten, daß am Sonntag, den 8. April, ein „Verein für Hausangestellte“ gegründet wurde. Die „Gleichheit“ ist das Vereinsorgan und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. Dem Verein trat eine Anzahl Mädchen bei.

Verfammlungen.

Sechster Wahlkreis. Am Dienstag hielt der Wahlverein eine außerordentliche Generalversammlung ab, die sich hauptsächlich mit Wahlen und Anträgen zur Generalversammlung von Groß-Berlin beschäftigte. Die von den Abteilungen vorgeschlagenen, auf einer Liste verzeichneten 145 Delegierten wurden ohne Debatte gewählt. In den Zentralvorstand von Groß-Berlin wurden gewählt als Aspiranten: Rosenow, Jahnke, Karl Schulz und Mars; als Revisor: Freyhaller. — Nun folgte die Beratung mehrerer Anträge zur Generalversammlung von Groß-Berlin. Angenommen wurden folgende Anträge: Der Mitgliedsbeitrag zum Wahlverein soll vom 1. Juli ab von 25 auf 35 Pf. erhöht werden. — Die Einführung eines Wochenabonnements auf den „Vorwärts“ zu 25 Pf. soll beantragt werden. — Hierauf kam ein von der Kreis-konferenz gestellter Antrag zur Verhandlung, wonach der Wahlverein beim Parteivorstand den Ausschluß Georg Bernhards beantragen soll. Nehbein bekämpfte den Antrag, indem er ausführte, er stimme zwar nicht den von Bernhardt in der bürgerlichen Presse veröffentlichten Ausführungen zu, er halte es aber nicht für richtig, daß der sechste Wahlkreis einen solchen Antrag stellt und damit dem Kreise vorgeht, in welchem Bernhardt organisiert sei. Wie verlaunt, liege ja dem Wahlverein von Teilm-Vorstand, dem Bernhardt angehört, schon ein Ausschlußantrag vor. Der sechste Wahlkreis solle sich doch nicht immer als Vormund anderer Kreise aufspielen. Freyhaller habe diesen Antrag namens einer gewissen Gruppe oder bestimmter Personen beizuführen. Man wolle wohl Bernhardt als Sündenbock für den Ausfall der Wahl hinstellen. Durch das Vorgehen gegen Bernhardt werde diesem eine Bedeutung beigelegt, die er wirklich nicht habe. — Freyhaller legte entschieden Verwahrung ein gegen die Aeußerung Nehbeins, der sechste Wahlkreis spiele sich immer als Vormund anderer Kreise auf. Das sei eine Behauptung, die den Tatsachen nicht entspreche. Der sechste Wahlkreis habe noch nie den Versuch gemacht, andere Kreise zu bevormunden oder sich in deren Angelegenheiten zu mischen. Das Recht, ein Ausschlußverfahren zu beantragen, habe jeder Parteiorganisation zu, ob der Ausgeschlossene ihr angehört oder nicht. Es müsse entschieden zurückgewiesen werden, daß Nehbein von einer „gewissen Gruppe“ sprach, in deren Namen der Antrag begründet sein solle. Der Antrag gehe von der Kreis-konferenz aus, also von den Vertrauensmännern des Wahlvereins. Niemand denke daran, in Bernhardt den Sündenbock für den Ausfall der Reichstagswahl zu sehen. — Nachdem noch einige Redner für und gegen den Antrag gesprochen hatten, wurde derselbe mit sehr großer Mehrheit angenommen. — Eine von Bohn gestellte Anfrage, wann die Richter zum Schiedsgericht über den gegen Wiesenthal gestellten Ausschlußantrag gewählt werden, beantwortete Freyhaller dahin, die Kreis-konferenz habe die Genossen Mars, Becker und Joseph als Schiedsgerichtsbekannt bestimmt. Mars erhob den Einwand, nach dem Statut habe die Generalversammlung die Schiedsrichter zu wählen. — Nun entstand eine lange, teilweise heftige Debatte sowohl über die Wahl der Schiedsrichter als auch über die Frage, ob die von der Kreis-konferenz bestimmten Genossen als unbefangene anzusehen seien. Bohn schlägt drei andere Schiedsrichter vor, von denen zwei dem Metallarbeiterverbande angehören, während die von der Kreis-konferenz vorgeschlagenen gerade deshalb als unbefangene Schiedsrichter angesehen werden, weil sie nicht Metallarbeiter, und deshalb an der Wiesenthal-Angelegenheit in keiner Weise beteiligt oder interessiert sind. Schließlich bestätigte die Versammlung mit sehr großer Mehrheit die von der Kreis-konferenz bestimmten Schiedsrichter.

Verband der Preisverkauften Deutschlands. Zweigverein Berlin und Vororte. Jahrestelle Charlottenburg: Heute abend 9 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Reuters, Kronenstr. 43; Mitgliederversammlung. — Jahrestelle Weihen-see: Heute abend 9 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Content, Ledderstr. 5; Versammlung. — Zweigverein Rixdorf: Heute abend 9 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Schmidt, Berlinerstr. 14; Versammlung.

Arbeiter-Turnverein „Vorwärts“ Rixdorf. Am Donnerstag, den 11. April 1907, findet der erste Turnabend im Lokale des Herrn Wilhelm Riel pünktlich 8 Uhr statt.

Vermischtes.

Die unbefleckte Fahne.

Die Nr. 43 der „Sonneberger Zeitung“ enthält folgende Anzeige: „Wahrung! Wir warnen hiermit jedermann vor dem Weiterbreiten des falschen Gerüchts, daß unsere Fahnenträgerin Fräulein Rosa Hammer Schmidt in anderen Umständen ist. Nicht diese, sondern die Begleiterin Emma Althaus ist es. Da dieselbe die Fahne nicht in die Hand bekommen hat, so ist unsere Fahne als unbefleckt zu betrachten. Diejenigen Personen, welche sich wiederholt der unverschämten Lüge bedienen und uns mit unserer Fahne beleidigen, werden wir gerichtlich belangen. Der Vorstand des Turnvereins Gönndach.“ — „Gut Feil!“

Die Genickstarre. Nach amtlicher Feststellung erkrankten im Kreise Saarbrücken im Verlauf der letzten beiden Monate 16 Personen an Genickstarre. In neun Fällen verlief die Krankheit tödlich. Die Gestorbenen sind meistens Kinder.

Großfeuer. Das Lühelmannsche Gut bei Essen a. M. ist durch Feuer vollständig zerstört worden. Der Schaden beträgt etwa 70 000 Mark.

Zur Bekämpfung der Dysenterie. In der gestrigen Sitzung der Akademie für Medizin in Paris teilten die Professoren Billaud und Doyter mit, daß es ihnen gelungen sei, ein Serum zur wirksamen Bekämpfung der Dysenterie herzustellen; von 243 Fällen, welche mit ihrem Serum behandelt worden seien, hätten nur 10 einen tödlichen Ausgang gehabt.

Großfeuer zerstörte gestern, wie aus Paris gemeldet wird, in Spinnettes eine Wäschmanufaktur. Bei den Wäscharbeiten wurden drei Feuerwehrlente schwer verletzt.

Unfälle an Bord von Torpedojägern. An Bord zweier im Hafen zu Rochefort weilenden Torpedojäger sind gestern erste Beschädigungen an den Maschinen erfolgt. Einzelheiten über den Unfall fehlen noch.

Hochwasser hat in mehreren Bezirken Bulgariens großen Schaden angerichtet. Der Verkehr ist teilweise unterbrochen.

Schacht-Einsturz. In einem Schachte in Lindley kürzten, wie aus London gemeldet wird, Steinmassen herab, wobei sechs Arbeiter getötet und eine Anzahl schwer verwundet wurde.

Am gelben Fieber gestorben. An Bord des englischen Paketbootes Lanfranc, das von Brasilien nach Liverpool bestimmt, gestern in Lissabon eingetroffen ist, ist ein Mann der Besatzung unterwegs an gelbem Fieber gestorben.

In den Flammen umgelommen. In einem in Lissabon von 18 Parteien bewohnten Hause in der Nähe des Zentralmarktes brach in der letzten Nacht Großfeuer aus. Viele Personen, darunter eine Anzahl Kinder, sind in den Flammen umgelommen beziehungsweise verletzt worden. Die Mehrzahl der Opfer hatte im 4. und im 5. Stockwerk gewohnt.

Erdbeben. In Djulfa bei Nipahan (Persien) wurde gestern mittag um 12 Uhr 35 Minuten ein ziemlich starkes wellenförmiges Erdbeben verspürt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ebrechtsabteilung findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treibende (Handelsbrot) Bekanntschaft, Turmgang nach Lindenstr. 101, wochentags von 7 $\frac{1}{2}$ bis 9 $\frac{1}{2}$ Uhr abends statt. Besuchen 7 Uhr. Sonntags beginnt die Ebrechtsabteilung um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Einige Fragen trage man in der Ebrechtsabteilung vor.

A. R. 174. Uns nicht bekannt. — **A. R. 1.** Ja, 2 bis 4. Nein. — **P. 2. 07.** Innerhalb zwei Jahren nach Ablauf des Jahres, in dem die Forderung fällig war oder zuletzt anerkannt wurde, möge Klage erhoben werden. — **W. 8. 99.** Eine bestimmte Zahl von Schenkungen ist nicht vorgeschrieben. Die Zahl der Schenkungen richtet sich nach Fall zu Fall. Als Donator wird durchschnittlich 10 M. und für jeden Gang 1 M. für angemessen erachtet. Zweckmäßig ist es, vorher eine Vereinbarung zu treffen. — **Schlichter.** Ihr Vertrag läuft weiter. — **S. 75.** Die Kündigung ist uns nicht bekannt. Am besten erheben Sie Auskunft aus dem Patentamt. — **G. M. 24.** Gegen das Urteil muß Klage eingeleitet, spätestens innerhalb eines Monats der Zustellung, Rekur erhoben werden. — **Zukunft.** Nein. — **B. 22.** Der Vorstand hat das Anstellungsvertrag. Nach Inhalt des Geschäftsvertrags ist Ihre Anstellung auch vom Vorstand genehmigt. Dem Vorstand steht auch das Anstellungsrecht zu. Die Anstellungsbefugnis beträgt sechs Wochen zum ersten des Quartals. — **S. 11. Ja.** — **G. 34.** Sie sind nicht zum Rücktritt verpflichtet, sondern können auf Erfüllung des Vertrages klagen. — **A. M. 203.** 1. Einfacher Brief genügt. 2. Die Kündigung resp. Entlassung ist auch während der Krankheit zulässig. Die Klage müßte Sie annehmen. 3. In 4. Falls der Chef nicht zahlt, können Sie beim Gemeindericht Klage erheben. — **Ein a. b. M. 9. G.** Durch den Aufenthalt im Auslande verliert der Betroffene seine Rechte auf die Erbschaft nicht. Für den Fall der Rückkehr würde er Strafe, die auf mehrere Monate lauten kann, erhalten und außerdem nachträglich zum Militär eingezogen werden. — **M. 8. 26.** Nein. Die Betroffene müßte in Berlin anässig sein. — **W. 2. 50. 1.** In den Regierungspräsidenten zu Potsdam. 2. Schöffengericht. — **S. 8. Ober-Schönweide.** Ja. — **P. 2. 20.** Nein, wie im Artikel vom 28. März ausführlich dargelegt ist, kommt das Stelldentjahr 1906 bei der letzten Stenogrammabteilung in Betracht. — **P. 2.** Für die Feiertage ist Lohn zu zahlen, da Sie festem Wochenlohn erhalten. — **C. M. Nein.** — **R. 07.** 1. Das würde bedeuten, an Stelle der Geschwister treten deren Kinder und falls die Geschwister Kinder nicht haben, treten die Ueberlebenden an Stelle der Verstorbenen. 2. Briefkrankheit ist ein Scheidungsgrund, wenn die Krankheit mindestens drei Jahre gedauert hat und unheilbar ist. — **Regel.** Klagen Sie beim Amtsgericht auf Unterlassung des rufschädigenden Gerüchtes. — **J. 3. 57.** Der Tag der Abmündung ist entscheidend. — **S. 8. 28.** Erst nach Ablauf der Erbchaft, also erst nach dem Tode dessen, der Ihnen eine Erbschaft zugedacht haben soll, haben Sie einen Anspruch auf Abstoßung des Testaments. Bei Scheitern kann der Bestrebbende sein Testament so oft ändern, wie er will. — **M. 2. 51. Kopenitz.** Der zweite Vertrag ist als der spätere gültig. — **A. 8. G. 68.** Werden Sie sich direkt an den Parteivorstand, Lindenstraße 69, wenden. — **Rechtstag 60.** Wenn Sie Jurist zum Reichstag haben wollen, so wenden Sie sich entweder an das Bureau des Reichstages oder einige Tage vor der Sitzung an den Abgeordneten Schwarz (Lübeck). 2. Wenden Sie sich an eine Buchhandlung. — **A. P. Rixdorf.** Die Frau besitzt nicht für die Schäden des Mannes. Eine Uebertragung des Eigentums des Mannes auf die Frau wäre unzulässig und strafbar. — **A. 6.** Der Arbeitgeber würde so viel einzubehalten haben, als im Zahlungserbot ausgedrückt ist. — **M. 2. 5.** Eine Klage auf Befreiung des Schlachtdrechts und auf Schadenersatz für den erlittenen Schaden hätte Aussicht auf Erfolg. — **G. 2. Wilmersdorf.** Ja. — **J. 2. Charlottenburg.** Das ist ein Verstoß der betreffenden Zeitung. — **P. 4.** Der Stempel ist zu Unrecht Ihnen abgenommen, wenn Ihre Jahresmiete nur 50 M. beträgt. Beantragen Sie Rückgabe desselben. — **P. M. 2. 28.** Ja. — **M. 2. Nieder-Schönweide.** 1. und 2. Ja. — **M. 18.** Sie können sich nur an die Mutter halten. — **Zwei Wettende.** Kall. — **M. 2. 22.** Nein. — **M. 2. 7.** Der Meister kann leider angeordnet werden. Eine Inanspruchnahme des Gehalts der Gehilfen ist ausgeschlossen. Eine Anrechnung gegen das Weismannsche Geschäft kann nach § 36 der altpreussischen Gerichtsordnung nicht widerrufen werden, es kann nach diesem Paragraphen das Weismannsche Geschäft auf den Lohn angerechnet werden, wenn der Dienstvertrag im Laufe des Dienstjahres durch Schuld des Gehilfen wieder aufgehoben wird. Ist der Dienstbote am 1. April mit einjähriger Dienstzeit eingetretet, so kann also angerechnet oder nicht widerrufen oder zurückgefordert werden, wenn durch Schuld des Gehilfen vor dem 1. April der Vertrag aufgehoben wird. — **G. 2. 11.** 1. Ja. Das Rühre ist in dem Artikel vom 28. März dargelegt. 2. Leider ja. — **B. Klage.** 1. Sie können Strafantrag an die Staatsanwaltschaft richten und wenn diese die Erhebung der Anzeige ablehnt, Prozeßklage wegen Verleumdung anstellen. 2. Das ist möglich. 3. Nein. 4. Das Amtsgericht Berlin ist zuständig. 5. Ja. — **G. 2. 30.** 1. Eine Verpflichtung liegt nicht vor. 2. Wenn das Nachgeld nicht bezahlt wird, wird die Wäsche keineswegs Eigentum der Wäscherin. Diese kann nur ihre Forderung einlagern und eventuell wegen der Forderung Pfändung vornehmen. — **C. 2. 1703.** Ein allgemein gültiger Satz besteht nicht. — **M. 2. 2.** 1. Unge. Rössel und Quantschen sind alte Wäse. Unge ist etwa 30 Gramm, Rössel ungefähr $\frac{1}{2}$ Liter und Quantschen 4 Lot, in Norddeutschland 10 alte Lot. 2. Nein. Es ist unmöglich, sofort Antwort zu erteilen. — **C. 2. 2.** 1. — **G. 47.** Nein: Ein eigenhändiges Testament ist gültig, wenn die nötigen Formen beobachtet sind. — **C. 2. 2.** Der genehmigte Antrag ist zunächst statut. Die neue Statutenbestimmung kann wie jede andere geändert werden. Die Arbeitsgeber haben weder das Recht, für nicht Stimmberichtigte, noch für die ihnen beschäftigten Arbeiter zu stimmen. Sondern Sie sind doch das Statut ein, in dem eine solche Bestimmung enthalten ist. — **W. 8. 32.** Das Eigentum bleibt der Ehefrau. — **A. 8. 20.** Ja.

Wasserstand am 10. April. Elbe bei Kitzing — Meter, bei Dresden + 100 Sp. — Elbe bei Magdeburg 3,40 Meter. — Oder bei Rastow 4,19 Meter steigt. — Oder bei Breslau + 1,02 Meter. — Oder bei Brielg 4,24 Meter. — Rheingebirgung 3,94 Meter.

Jandorfs Serienwoche

95

nur

195

noch

295

Donnerstag

Freitag

Sonnabend

Sozialdemokratische Agitations-Bibliothek.

Zeitbilder aus dem Klassenstaat.

233/17*

Sozialistötter Bülow im deutschen Reichstage.

Aus den Verhandlungen des deutschen Reichstags über den Etat 1907.

Preis 25 Pf.

Ferner empfehlen wir die übrigen Hefte dieser Sammlung:

Heft 1:

Prinz Arenberg und die Arenberge.

Preis 20 Pf.

Heft 2:

Der Zukunftsstaat der Junker.

Preis 20 Pf.

Heft 3:

Der Klassenkampf im Ruhrgebiet.

Preis 20 Pf.

Heft 4:

Das neue Ausnahme-Gesetz gegen die Bergarbeiter.

Preis 20 Pf.

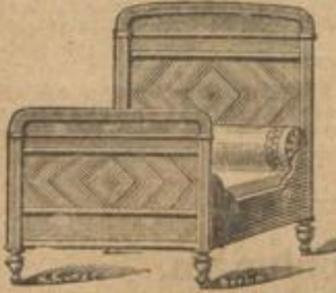
Heft 5:

Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie.

Preis 20 Pf.

Expedition des Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

Eigene Werkstätten!



Für bestes u. trockenes Material garantiert!

Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten!

Möbelfabrik

Julius Apelt, Tischlermeister,

jetzt: Adalbertstraße No. 6 Hochbahnhof Kottbuser Tor

Komplette Wohnungs-Einrichtungen — Musterzimmer

zu soliden Preisen in meinen modern eingerichteten zirka 1000 Meter umfassenden Geschäftsräumen.

Der Ausverkauf zurückgesetzter Möbel zu herabgesetzten Preisen findet bis auf weiteres in den alten Geschäftsräumen Skaltzer-Strasse 6 statt.

Möbel

kauft man am billigsten und besten im Spezial-Möbel-Geschäft

Wilhelm Misch

Grosse Frankfurter Str. 45-46.

Da keine Ladenmiete geringe Unkosten kleiner Nutzen.

Bar oder Teilzahlung.

Dampfschiffs-Reederei Tismer

Nieder-Schöneweide. Telefon Nr. 14.

Den verehrten Vereinen, Fabriken usw. empfehle ich meine großen Salon-Dampfer zu kalanten Preisen.

Wohlfahrtsstraße Berlin: Schillingsbrücke. 43632*

Eigene Betriebswerkstätten.

Vornehme tadellose

Maß-Arbeit

aus nur guten ausgeprobten Stoffen und Zutaten liefert nur die längst für gut und reell bekannte Firma

Leske & Lehrer

78 Kottbuser Damm 78

Spezial-Haus guter Herren- und Knaben-Bekleidung.

Unsere Grundsätze:

Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe.
 Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.
 Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz.
 Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen.
 Wir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen.
 Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Originalinserat! Nachdruck verboten.

Um eine tadellos gute Verarbeitung bewirken zu können, bitten wir höflichst, den großen Andrang wegen uns Pingsbestellungen schon jetzt zu machen. Unsere Auswahl an prachtvollen Stoffenheiten des In- und Auslandes ist unerreicht dastehend. Sämtliche Sachen werden in eigenen großen Betriebswerkstätten von ersten Arbeitskräften angefertigt.

Vornehme Maß-Anfertigung.



Maurer,

die sich zum Keller oder Unternehmer ausbilden wollen, erhalten gründlichen Unterricht im Zeichnen und Kostenberechnung durch

C. Karras, Maurer,
 Cilenburgerstr. 21. I.

Restauration

"Zum Teufel"

Skaltzerstraße 11.

Inhaber: **Albert Doege.**
 Zimmer für Vereine.
 Elektrisches Pianino.

Reichs weltberühmter

Hühneraugentod „Bosco“

beseitigt schmerzlos u. gründlich jedes Hühnerauge, selbst veraltete, u. jede weiche Hautverhärtung. „Bosco“, das sicherste Mittel der Welt, Dose 75 Pf., 25 Pf., — franko.

Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.



In Qualität die besten und heute wie seit Jahren die beliebtesten bei richtigen Kennern.

JOSETTI VERA

CIGARETTEN

besitzen so lange und so ausschliesslich die beste Qualität bester türkischer Cigaretten, dass sie zu rauchen ein Beweis guten Geschmacks ist.

10 St. 30 Pfennig.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Restaurant Gewerkschaftshaus.
 Heute **Frische Blut- und Wurst Leber-**
 Donnerstag: in bekannter tadelloser Qualität. Mittwochs: Reichhaltige Abendkarte.
 Sonntag: Fricassee vom Huhn. **Rich. Augustin, Engel-Wer 15.**

Staatsarbeiter.

Wir können in Deutschland wohl drei Kategorien von Arbeitern unterscheiden: Lohnarbeiter, die im Dienste des Privatkapitals stehen, solche, die in gemeindlichen Betrieben, in Monopolindustrien, beschäftigt sind und dann noch die Arbeiter, die das große Gemeinwesen, der Staat, beschäftigt. Namentlich beschäftigt der Staat in seinen Eisenbahnen, Kanalbau und Postbetrieben ein gewaltiges Heer von Lohnproletariern, die im Gegensatz zum fest angestellten Beamten, alle 8 oder 14 Tage ihren zusammengerechneten Tageslohn an den Kassastellen in Empfang nehmen. Diese Arbeiter haben in den seltensten Fällen eine Alters- oder Hinterbliebenenversorgung und täglich kann ihr Lohnverhältnis gelöst werden. Die Lage der preussischen Eisenbahnarbeiter ist zu bekannt, als daß es sich lohnte, noch an dieser Stelle die oft gehörten Klagen noch einmal zum Vortrag zu bringen. Sie ist so schlecht, daß sogar freisinnige Abgeordnete im preussischen Abgeordnetenhaus für die niedrig bezahlten Arbeiter im Eisenbahnbereich eine Lange brachen. Und das will bei der Dickfeigkeit, die oft genug gerade seitens der freisinnigen Landtags- und Gemeindepriester in Arbeiterfragen an den Tag gelegt wurde, gewiß etwas heißen. Man hat den Eisenbahnarbeitern und den unteren Beamtenkategorien, dem wichtigsten Teil aller Angestellten, wenn es sich einmal um die Aufrechterhaltung des Verkehrs handeln sollte, das Koalitionsrecht genommen, bestraft jeden Lohnproletarier, der seine 2,50 bis 3,50 M. täglich für Weib und Kind verdient, mit Entlassung, wenn er eine der herrschenden Beamtenkaste nicht genehme Meinung hat!

In ähnlicher Lage, die bisher freilich noch nicht so bekannt geworden ist, befinden sich die Lohnarbeiter der Reichspostverwaltung, die Telegraphenarbeiter. Mit der Ausdehnung des Telegraphen- und Fernsprechnetzes hat die Postverwaltung zur Ausführung ihrer ober- und unterirdischen Montagetätigkeiten usw. ein großes Heer von Arbeitern annehmen müssen, die man oft in den Straßen der Stadt oder oben auf den Dächern bei ihren Arbeiten sehen kann. Von den anderen Arbeitern unterscheiden sie sich nur durch eine schmierige Postbeamtenmütze. So ein Kleidungsstück, wie es eine einfache Postmütze ist, hat oftmals einen Peitschcharakter. Es gibt Arbeiter, die sich beim Tragen einer solchen Reichsarbeitermütze ganz besonders wichtig vornehmen und in ihrer Herzensinnigkeit glauben, sie seien in Wirklichkeit etwas anderes, als so ein gewöhnlicher Arbeiter im Dienste des Privatkapitals. In den seltensten Fällen bemerken diese bedauernswerten Menschen, daß die große Reichsanstalt sie mit dieser Krone überden und glauben machen will, die Reichstelegraphenarbeiter hätten den Marschallstab zum Reichspostamt im Kopfe. Eine Weile geht ja die Sinnestäuschung; wenn aber der Magen rebellisch wird, der doch wesentlich die Gehirntätigkeit beeinflusst und dem Gedanken oft genug Richtung gibt, dann kommt die Ernüchterung.

Diese Ernüchterung wird hoffentlich auch für die mit gnädiger Erlaubnis der Reichspostverwaltung „organisierten“ Telegraphen-

arbeiter Deutschlands“ nicht ausbleiben, die sich zu Ostern in Berlin „unter zahlreicher Beteiligung von Vertretern aus dem Reich“ versammelt hatten. Mit einem Kaiserhoch und mit einem Ergebnistelegramm an den Staatssekretär Kräfte begann man diesmal noch. Ob es das nächste Mal geschieht, steht dahin. Auf diesem Delegiertentag wurde konstatiert, daß die oberen Postbehörden den Organisationsbestrebungen der Telegraphenarbeiter keine Schwierigkeiten entgegen gestellt hätten, nur der Oberpostdirektor in der schönen Seefahrt Leipzig habe alle organisatorischen Versuche mit Entlassungen geahndet. Der modernen Gewerkschaftsbewegung sind diese Leute nicht zu gewinnen, weil sie hoffen, einmal als Unterbeamte in den Reichspostdienst eingestellt zu werden und so eine kleine Veranbarung für die lange Zeit des Darbens zu erhalten. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der bereits versuchte, an die schon ausweichenden Arbeiter der Post heranzukommen, hat oft das Argument gehört: Freilich, jetzt arbeiten wir für täglich 2,80 M. bis 3 M., aber wir haben doch Aussicht, Briefträger oder Telegraphenbote oder dergleichen zu werden! Vor einiger Zeit hat die Postverwaltung den Arbeitern auf ihr dementsprechendes Gesuch gestattet, daß sie sich organisieren können; unter welchen besonderen Bedingungen die „Arbeiterorganisation“ zu arbeiten verpflichtet ist, braucht wohl nicht weiter auseinanderzusetzen zu werden! Im dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter den Wind aus den Segeln zu nehmen, hat man die Vorzeigung an die lokalen Telegraphenarbeiter gemacht, sich eine „Standesorganisation“ zu gründen. Wir glauben, nach dem, was auf dem ersten Ostertag in Berlin über Arbeiterforderungen und kritischen Betrachtungen über die soziale Fürsorge der Reichspostbehörden gesagt wurde, wird die Protektorin wenig Freude über ihre Organisation der Telegraphenarbeiter haben! Ueber Lohnaufbesserungen wurde nur aus Hamburg und Berlin berichtet. Auf gemeinschaftliche Eingaben erfolgte monatelang keine Antwort. Es werden Löhne von 2,50 M. bis 4 M. (der letztere Satz nicht etwa in Berlin, sondern in Hildesheim!) bezahlt. Für gesunde und bescheidene Aufenthaltsräume ist fast nirgends gesorgt. Die Vorgesetzten (für die ja gesorgt ist) zeigen einen hohen Mangel an sozialem Interesse, ebenso bekümmert man sich um das Fortkommen älterer Arbeiter sehr wenig.

Selbst die protegierte neue Organisation hat kein einheitliches Gepräge; ein Teil der Mitglieder spekuliert auf Beamtenstellungen und stellt sich „politisch neutral“, d. h. züchtet die Gesinnungslosigkeit; ein anderer hingegen will Arbeiter bleiben und seine Forderungen ebenfalls mit dem nötigen Aufwand von Loyalität und Ergebenheit „erkämpfen“. Als Verbandsorgan soll die Zeitschrift „Die Telegraphie“ dienen.

So hat denn die Reichspostbehörde eine Organisation ihrer Lohnslaven gebildet, um ein behördlich zu regulierendes Auspuffventil für die steigende Unzufriedenheit dieser Leute zu schaffen. Nachdem sich für die hoffnungsreichen Arbeiter bei der Telegraphenverwaltung gezeigt haben wird, daß sich mit Ergebenheitsadressen und politischer Gesinnungsbezeugung nicht ein Pfennig Lohnerhöhung herausholen läßt, wird sich aus den schwammigen Formen der behördlich konfessionierten Gewerkschaft bald ein fester Kern ablösen und die Vorhut für eine moderne Gewerkschaft sein. Es ist

ausgeschlossen, daß die Telegraphenarbeiter auf dem zu öfteren eingeschlagenen Wege zu ihrem Ziele kommen!

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 68-72 pr. 100 Pfd., IIa 62-67, IIIa 58-61, Bullenfleisch Ia 68-70, IIa 56-64, Kühe, fett 54-60, do. mager 44-52, Fresser 52-65, Bullen, dünn 60-62, do. holl. 00-00, Kalbfleisch, Doppelländer 100-125, Rastfälscher Ia 90-96, IIa 80-88, IIIa 00-00, Kälber ger. gen. 55-70, do. holl. 00-00, dünn 57-64, Hammelfleisch Rastfälscher 71-74, Ia 66-70, IIa 62-65, Schafe 55-60, Schweinefleisch 48-56, Rehrind, plom. per Pfd. 0,00, Rothschaf, do. 0,00, Rothschaf, Wschaf 0,57, Damhirsch 0,00, Wildschwein 0,41, Ferkel 0,00, Raminchen per Stück 0,50-0,80, Hühner, alte, per Stück 1,75-3,05, do. IIa 1,50, do. Junge 0,00, Wolgabühner 1,50-1,90, Tauben 0,65-0,75, Italienische 0,00, Enten per Stück 0,00, dito Eis- per Stück 2,50, dito Hamburger per Stück 4,75 bis 5,00, Gänse, Hamburger per Stück 1,10-1,20, dito Eis- 0,30-0,40, Gänse per 100 Pfund 55-80, matt 50, mittel 51, Jander mittel 133, unklar 114, do. matt 0,00, Schafe 99-111, do. groß 0,00, do. klein 0,00, Kälber, groß 112-120, mittel 116, klein und mittel 0,00, 95Shen, matt 0,00, do. groß 0,00, do. 32-42, Rappchen 40-60er 0,00, do. 50-70er 0,00, do. 30er 67-69, Stele, klein 0,00, Wand 0,00, Bunte 33-48, Barje, matt 0,42, Karaulschen 0,00, Weisfische 0,00, Weiss 0,00, Quappen 0,00, Amerikanischer Ruch Ia neuer per 100 Pfd. 110-120, do. IIa neuer 90-100, do. IIIa neuer 75, Seelachs 20-25, Spotten, Kiefer, Ball 1,00-1,50, Danziger, Riste 0,60, Rundern, Kiefer, Steige Ia 3-4, do. mittel per Riste 3-3, Hamb. Steige 4-6, halbe Riste 2,00, Bücklinge, per Ball Kiefer 3,00-3,50, Stralunder 2,50-3,50, Kälber, groß per Pfd. 1,10-1,40, mittelgroß 0,80-1,00, klein 0,60-0,80, Deringe p. Schod 5-9, Schellfische Riste 2,50-3,50, do. 1/2, Riste 2,00, Rablau, geräuch. p. 100 Pfd. 20-25, Heilbut 0,00, Sardellen, 1902er per Anker 95, 1904er 98, 1005er 90, 1906er 75-80, Schottische Heringe 1905 0,00, large 44-48, full 38-40, mod. 36-42, deutsche 37-44, Deringe, neue Matjes, per 1/2, To. 60-120, Sardinen, russ., Kopf 1,50-1,00, Bralheringe, Bähse (4 Liter) 1,50-1,75, Neunaugen, Schodsch 11, kleine 5-6, Kieien- 14, Eier, Land, per Schod 3,20-3,60, Butter per 100 Pfd. Ia 106-108, IIa 103-105, IIIa 98-102, abfallende 90-95, Saure Gurken Schod 4,10-4,50, Pfeffergurken 4,00-4,50, Kartoffeln per 100 Pfd. 0,00, magnum bonum 2,50-2,75, Dabersche 2,25-2,50, Rosen 0,00, weiße 2,00-2,25, Salzfartoffeln 8,00, Spinnal per 100 Pfund 20-25, Karotten per 100 Pfund 20, Sellerie, tiefe, per Schod 4,00-10,00, do. pomerische 6,00-12,00, Zwiebeln große, per 100 Pfd. 3,50-4,00, do. kleine 2,00-3,00, do. tiefe (Berl.) 0,00, Charlotten 0,00, Petersilie, grün, Schodbund 2,00-2,50, Kohlrabi per Schod 0,00, Rettig, bahr, per Schod 2,40-4,30, Mohrrüben per 100 Pfund 3,50-4,00, Teufelw. Rüben per 100 Pfd. 8-10, Weiße Rüben, große 0,00, kleine 0,00, Rote Rüben 4,00-5,00, Blumenkohl ital. per Kopf 2,00-3,50, Kohlrüben per Schod 2,00-2,50, Wurfsingel per 100 Pfd. 4,00-4,50, Rastfisch per 100 Pfd. 3,00-4,00, Beikstisch per 100 Pfd. 2,00-2,75, Rosenkohl per 100 Pfd. 0,00, Grünkohl per 100 Pfd. 10-15, Rhabarber 100 Stk. 8,00-16,00, Birnen, per 100 Pfd. tiefe 0,00, böhm. 15-22, Ital. 25-32, Kirschen, per 100 Pfd. tiefe 5-25, Troler, Riste 0,00, Gelbste, Riste 50-110, Amerikanische in Fass 15,00-35,00, Ital. Riste Ia 12,00-20,00, extra 18,00 bis 25,00, Birnen, Weiss, 300 Stück 9,00-12,00, 350 Stück 8,00-10,00, 200 Stück 8,00-15,00, Apfelsinen, Java, per Riste 0,00, Murcia 200er Riste 6-9, do. 300er 8-10, Valencia 420er Riste 13-22,00, do. 714er 18-23,50, Messina 100er 4,00-6, 150er 4,75-6, 160er 8-13,00, 200er 7,50-12, 300er 8-13, Blut- 100er 5-7,50, do. 150er 6-8,00, 80er 6,50-8,00, Ital. in Körben per 100 Pfd. 0,00, Mandarinen, Riste 0,00, do. 100er, Riste 4,00-5,25.



Warenhaus Hermann Tietz

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

Donnerstag, Freitag, Sonnabend, soweit der Vorrat reicht

Einmaliges Angebot in Conserven

Besonders für Restaurateure, Hôtels und Pensionate geeignet

Vor Beginn der neuen Saison sind die Preise bedeutend herabgesetzt

Unsere Conserven sind die besten Erzeugnisse erstklassiger Fabriken

	1/2 Dose	1/2 Dose
Brech.-Schneidebohnen Pa.	23 Pf.	—
Schoten Siebung I	55 Pf.	33 Pf.
Kaiserschoten Extra fein	1 ¹⁵	63 Pf.
Stangenspargel Extra stark	1 ⁶⁰	85 Pf.
Senfgurken	por Glas	85 Pf.
Melange-Marmelade Ia		

	1/2 Dose	1/2 Dose
Prima Melangefrüchte	80 Pf.	45 Pf.
Sauerkirschen mit Stein	58 Pf.	34 Pf.
Birnen weiss, 1/2 Frucht, extra Qualität	78 Pf.	44 Pf.
Aprikosen 1/2 Frucht	1 ¹⁵	63 Pf.
Zuckergurken		por Glas 1 ⁰⁵
Eimer à ca. 10 Pfund	2 ¹⁵	

Junge russ. Poularden Stück 2⁰⁰ 2²⁵

Schneehühner Ia, Stück, 70 Pf.

Früchte

Pa. Apfelsinen Dtzd.	25 30 40 50 Pf.
Pa. Mess.-Apfelsinen Dtzd.	45 55 Pf.
Prima Messina-Apfelsinen Orig.-Kiste = 100 Stück	4 ⁷⁵
Prima Messina-Blut-Apfelsinen Orig.-Kiste = 100 Stück	5 ⁹⁰
Bittere Orangen Dtzd.	50 Pf.
Citronen Dtzd.	30 40 50 Pf.
Pa. Tafeläpfel In Körben	85 Pf.

Hochfeine Tafelbutter per Pfd.	1 ¹⁵
Kaffee	
Mischung I	83
Mischung II	90
Mischung III	1 ⁰⁵
Mischung IV	1 ¹⁵
Mischung V	1 ³⁵
Mischung VI	1 ⁵⁵
Tee	
Mischung I	1 ¹⁵
Mischung II	1 ⁶⁰
Mischung III	2 ²⁰
Mischung IV	2 ⁷⁰
Mischung V	3 ⁵⁰
Mischung VI	4 ²⁰

Fleischwaren

Cervelat- und Salamiwurst Ia	Pfund	1 ²⁵
Nusschinken (kleine Rollschinken 2 1/2 bis 3 1/2 Pfund)	Pfund	1 ²⁰
Delicatess-Schinkenspeck	Pfund	90 Pf.
Plockwurst	Pfund	1 ¹⁰
Ia Magerspeck	Pfund	85 Pf.
Delicatess-Leberwurst	Pfund	70 Pf.
Zwiebel-Leberwurst	Pfund	52 Pf.
Westfäl. Bauernwurst	Pfund	95 Pf.
Rotwurst In Fettdarm, sog. Hausschlachte	Pfund	70 Pf.
Prima Rotwurst angeräuchert	Pfund	52 Pf.

Tafeläpfel hochfeine 5 Pfd. 90 Pf. prima 5 Pfd. 75 Pf.

Ananas prima Pfund 62 Pf.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 11. April. Anfang 7 1/2 Uhr. Sgl. Cyrenäus, Thodora. Anfang 8 Uhr. Sgl. Schauspielhaus. Hamlet. Deutsches. Das Wintermärchen. Verding. Fräulein und Lieschen. Die Regimentstochter. Anfang 8 Uhr.

Leipzig. Marquise. Neues Schauspielhaus. Faust. Anfang 7 Uhr. Berliner. Geschlossen. Schiller O. (Wallner-Theater.) Mathias Gollinger. Schiller-Theater Charlottenburg. Traummusik. Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Städtisches Theater.) Der Familienstag.

Romische Oper. Carmen. Zentral. Wiener Blut. Dechen. Die lustige Witwe. Kleines. Radetzky. Neues. Der Dieb. Reschau. Haben Sie nicht zu verzollen? Lustspielhaus. Gussarsenleber. Deutsch-Amerikanisches. Nanzelle. Mitouche.

Thalia. Olympische Spiele. Nachspiel. Luisen. Marianne, ein Weib aus dem Volke. Trianon. Frl. Josefette - meine Frau. Bernhard Rose. Sherlock Holmes. Metropol. Der Teufel lacht dazu. Gebr. Herrnsfeld. Ein verrücktes Hotel. Wintergarten. Cleo de Mérode. Spezialitäten. Apollo. Der Triumph des Weibes. Spezialitäten.

Kassio. Frl. Carter. Spezialitäten. Walhalla. Spezialitäten. Folies Caprice. Eine Nacht in der Apotheke. Im Inspektionszimmer. Pizarro. Geschlossen. Intimes. Eine vom Ballett. - Josophentisch. Palais. Spezialitäten. Passage. Mal was Anderes. Spezialitäten.

Karl Haberland. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Urania. Faust. Anfang 8 Uhr: Die Feuertgewalten der Erde. Sternwarte, Invalidenstr. 57/62. Ferdinand Bonn. Berliner Theater. Heute geschlossen. Freitag, Sonnabend, Sonntag: Der Hund von Baskerville. Anfang 8 Uhr. Neues Schauspielhaus. Heute Donnerstag Anfang 7 Uhr: Faust.

Neues Theater. Abends 8 Uhr: Der Dieb. Freitag und folgende Tage: Der Dieb. Kleines Theater. Abends 8 Uhr: Nachtsyl. Freitag: Ein idealer Gatte. Sonnabend zum erstenmal: Die Pächterin von Mischfeld. Sonntag nachm. 3 Uhr: Ein idealer Gatte. Abends 8 Uhr: Die Pächterin von Mischfeld.

Lortzing-Theater. Bellevueallee 7/8. Abends 7 1/2 Uhr: Die Regimentstochter. No. 66. Abonnement gültig! Freitag zum erstenmal: Fidello. Lustspielhaus. Täglich abends 8 Uhr: Sufarenfieber. Zentral-Theater. (Operette.) Täglich abends 8 Uhr: Wiener Blut. Operette in 3 Akten v. Rob. Strauß. Residenz-Theater. Direktion Richard Alexander. Anfang 8 Uhr. Haben Sie nichts zu verzollen? Schwan in 3 Akten v. M. Hennequin und G. Weber. Robert de Trioclin: Rich. Alexander. Sonntag nachm. 3 Uhr: Eine Hochzeitnacht. Trianon-Theater. Anfang 8 Uhr. Fräulein Josefette = meine Frau. Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Pächterin von Mischfeld.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. 8 Uhr: Die Feuertgewalten der Erde.

Luisen-Theater

Reichenbergerstr. 31. Abends 8 Uhr: Marianne, ein Weib aus dem Volke. Freitag: Renove. Sonnabend 4 Uhr zu kleinen Preisen: Hünkel und Gretel. 8 Uhr: Dorf und Stadt. Sonntag 3 Uhr: Sherlock Holmes. 8 Uhr: Marianne.

Schiller-Theater N.

Friedrich-Wilhelm-Städtisches Theater. Abends 8 Uhr: Der Familientag.

BERNHARD ROSE THEATER

Str. Krampfadterstr. 132. Abends 8 Uhr: Sherlock Holmes. Detektivromane in 4 Aufzügen nach der Romanreihe des Canon Doyle. Morgen u. übermorgen: Sherlock Holmes.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Neben Abend 8 Uhr. Gastspiel des Theater des Westens: Mamselle Nitouche. Geleit. Edm. Löwe a. G. Sonntag nachmittag 3 Uhr: Der Wildschütz.

Apollo Theater

8 Uhr: Bedeutende Spezialitäten. 9 Uhr: Merians. Original-Bauern-Gunde-Theater. Ein treuloses Weib. 9 1/2 Uhr: Die neue Operetten-Burl. Der Triumph des Weibes v. Benno Jacobsohn. Musik v. Josef Hellmesberger und Paul Lincke.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr. Der Teufel lacht dazu. Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Holländer. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz. Massary. Wolff. Bender. Giampietro. Joseph. Rauchen überall gestattet. Sonntag, 14. April, nachm. 3 Uhr: Auf in's Metropol.

WINTER GARTEN

Cleo de Mérode Neues Programm.

Passage-Theater.

Jeden Abend 8 Uhr: Das großartige April-Programm! Ki-ta-fuku die beste Japaner-Truppe der Welt. Paul Corradini Berlins beliebtester Komiker und die erstklassigen 14 Attraktionen 14.

Gebr. Herrnfeld-Theater

Anfang Theater Borow. 8 Uhr. 57 Kommandantenstraße 57. Die stürmisch bejubelte Herrnsfeldade Ein verrücktes Hotel. Komödie in 3 Akten mit Anton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.) Donnerstag abends 8 Uhr: Mathias Gollinger. Lustspiel in 4 Aufzügen von Oscar Blumenthal und Max Bernstein. Freitag, abends 8 Uhr: Mathias Gollinger. Sonnabend, abends 8 Uhr: Traummusik.

Schiller-Theater Charlottenburg. Donnerstag, abends 8 Uhr: Traummusik. Schauspiel in 5 Akten von Arno Holz und Oskar Jeschke. Freitag, abends 8 Uhr: Traummusik. Sonnabend, abends 8 Uhr: Heimat.

Zirkus Busch.

Donnerstag, 11. April, 7 1/2 Uhr: Das vollständige große Gala-Programm. Die neungigerten Reitschüler Gelsch. Fouroux, Francesco u. Alberto, ein Abend in der amerikanischen Bar. Frau E. Schumanns Reudressuren ufm. usw. Um 9 Uhr: ROM. Große Orig.-Musik-Pantomime. Besonders hervorzuheben: Die Todesfahrt über die zerstreute Brücke. Radium-Ballett. X Fernsehliche Licht- und Wasserspiele. X Voranzeige. X Sonnabend, den 13. April: Benefiz für Frl. Martha Mohrke. Zum erstenmal auf Kapollitano Soja, Rippizianerhengst u. Kapollitano-Trompe aus der Soja.

Zirkus Schumann

Donnerstag, den 11. April 1907, abends 7 1/2 Uhr: Elite-Abend. Galaprogr. und Les 4 Rassoos, phänomenale Luigi Rossi und das Wunderpferd Emir. Sascha Gerard Eva Powell Parföre-Reiter. Um 9 1/2 Uhr: St. Hubertus. Größtes und schönstes Pracht-Rangschaustück.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Grunnenstr. 16. Zum letztenmal: Sängerin und Näherin. Volkstümlich mit Gesang von Engel. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ehren- und Vorzugskarten gültig. Freitag: Anna-Lise.

Palast-Theater.

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse. Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf. Der brillante April-Spielplan. u. a.: Hasson u. Jenny Angelländer. Alcide und Alberti Luftakt. Die vier Lunas Damen-Quartett und 10 erstklassige Nummern. Familienkarten, wochentags zum halben Kassenspreis gültig. in Barber-, Friseur- u. Zigarrengeschäften gratis.

Folies Caprice

Linienstr. 132, an der Friedrichstr. Kolossaler Erfolg! Eine Nacht in der Apotheke. Anfang 8 Uhr. Vorverkauf an der Theaterkasse und bei Wertheim.

Walhalla-Variete-Theater

Reinbergweg 19/20, Kolonnenstr. Heute abends 8 Uhr: Das neue April-Programm. 10 Geni Family 10 Pers. Circenische Spiele zu Pferde. Grete Gallus Charakter-Soubrette. 12 erstklassige Nummern 12.

Brunnen-Theater

Gesundbrunnen. Badstraße 58. Direktion: Bernhard Rose. Sonntag, Montag, Freitag: Große Theater-Vorstellung. Nächste Vorstellung Freitag, 12. April: Romeo und Julia. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Billetvorverkauf von 10-1 Uhr an der Theaterkasse.

Kasino-Theater

Lothvingerstr. 37. Täglich 8 Uhr. Neu! „Nesemann“ der beliebteste aktuelle Humorist. Das vollständig neue April-Programm. Nick Carter. Rid Carter, Detektiv: Dir. Hans Berg. Sonntag 4 Uhr: Zingvögeln. Der Fahn im Korbe.

Stadt-Theater Moabit

Alt-Moabit 47/49. Gastspiel Bernhard Rose-Theater. Romeo und Julia. Dramatische Komödie in 5 Akten. Billetvorverkauf im Theaterrestaur. und bei Krüger u. Oberbed, Turn- und Seuffelstragen-Gde.

Sanssouci, Kottbusser Str. 30/31.

Direktion Wilhelm Reimer. Sonntag, Mont., Donnerstag: Hoffmanns Norddeutsche Sänger. Stürmischer Erfolg! Sufarenfieber. Poße in 1 Akt. Tanzkränzchen. Sonntag Beginn 5, wochentags 8 Uhr.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger. Neu: Ballettschule Klappermatz. Burleske v. J. Reijfel. Anfang wochentags 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Buggenhagen

Moritzplatz. Heute: Benefiz-Konzert für die Mitglieder des Gottschalk-Orchester und Benefiz-Ball.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin

Sonntag, den 14. April, abends 7 Uhr. im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engel-Platz 15: Vortrag des Genossen Heinrich Schulz über: Bildungsideale und wirtschaftliche Entwicklung. Nach dem Vortrage: Gemütliches Beisammensein und Tanz. Eintritt 20 Pf., Garderobe frei. 4/11

Moabiter Gesellschaftshaus

Berlin NW., Wiclfstraße 24. Hiermit zur gefälligen Anzeige, daß ich oben genanntes Etablissement übernommen habe und dasselbe nach bewendeter Renovation und Reueinrichtung eröffne und dasselbe in veränderter Weise als bisher fortführen werde. Bestellungen auf Tische für Festlichkeiten und Versammlungen nehme schon jetzt entgegen. 2700*

Wilhelm Brüning.

Singer Nähmaschinen. Einfache Handhabung! 44272. Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!

Grand Prix

Weltausstellung Paris 1900: Weltausstellung St. Louis 1904. Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Konfekturerei. Elektromotore für Nähmaschinenbetrieb. Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges. Berlin W., Leipzigerstr. 82. Filialen in allen Stadtteilen.

Freie Volksbühne

Sonntag, den 14. April, nachmittags 3 Uhr: Neues Schauspielhaus. 4. u. 5. Abteilung: Weh' dem, der lügt. Baumeister Solneß. Berliner Theater. 17. u. 18. Abteilung: Sonntag, den 21. April, nachmittags 3 Uhr: 8. Serie. 1. Abteilung: Einakter-Abend. Arthur Schnitzler: Paracelsus. Die letzten Masken. Dr. Ernst Wehlisch: Das Fest des Sankt Matern. 9. Serie. 11. u. 12. Abteilung: Der Richter von Zalamea. Schauspiel in drei Aufzügen von Calderou de la Barca.

I. Opern-Extravorstellung

im Lortzing-Theater, nachmittags 3 Uhr: Zar und Zimmermann. Komische Oper in 3 Aufzügen von Lortzing. Opernmarken bei sofortiger Bestellung in allen Zahlstellen. Sonntag, den 28. April: Fra Diavolo.

Generalversammlung

Freitag, 26. April, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: Geschäfts- u. Kassenbericht des Vorstandes. Bericht der Revisoren. Diskussion. Bericht über den Stand unseres Theaterprojektes und des Vorvertrages. Ref.: Robert Schmidt. Antrag der Vereinsleitung auf event. Erhöhung des Beitrages und Herabsetzung des Einschreibegeldes und August-Beitrages. Diskussion u. Verschiedenes. Alles weitere bleibt. Das Erscheinen der Mitglieder ist bei der Wichtigkeit der Tagesordnung besonders erforderlich. 228/17 Der Vorstand. I. Vertr.: G. Winkler.

Gemeinsame Ortskrankenkasse für Köpenick und Umgegend.

Rechnungsabschluss für das Rechnungsjahr 1906. I. Kassenrechnung. a) Einnahmen. 1. Kassenbestand für den Anfang des Rechnungsjahres 22 566,63 2. Einlagen von Kapitalien 3 703,98 3. Einzahlungen 7 414,58 4. Gesamtbeiträge 253 738,81 5. Erstattungen für gewährte Krankenunterstützung 7 327,40 6. Erstattungen von Berufsgenossenschaften, Unternehmern, Versicherungsbankstellen für gewährte Krankenfürsorge, Unfallrenten, Zuschüsse zum Krankengeld 2 580,73 7. Aus zurückgesetzten Sparkassen-Einlagen, Entnahmen aus dem Reservefonds 16,10 8. Durchlaufende Posten 1 962,62 9. Sonstige Einnahmen 157,97 10. Summe d. Einnahmen 297 508,99

b) Ausgaben. 1. Für ärztliche Behandlung 27 947,68 2. Für Arznei und sonstige Heilmittel 29 446,59 3. Kranfengelder: a) an Mitglieder 51 068,05 b) an Angehörige der Mitglieder 1 952,08 4. Unterhaltungen an Wäscherinnen 8 580,90 5. Sturz- u. Beipflegungskosten an Krankenanstalten 30 570,80 6. Erstattungen für gewährte Krankenunterstützung 37 852,22 7. Zurückgesetzte Beiträge und Einzahlungen 1 067,42 8. Für Kapitalanlagen (Sparkassen, Aufschüben zum Reservefonds) 59 703,68 9. Durchlaufende Posten 4 993,00 10. Verwaltungsausgaben a) persönliche 12 260,69 b) sächliche 2 514,14 11. Sonstige Ausgaben 1 962,62 12. Summe der Ausgaben 274 269,63

c) Abschluß. (Summe d. Einnahmen 297 508,99 Summe der Ausgaben 274 269,63) Ergibt für den Schluß des Rechnungsjahres einen Restbestand von 23 239,36 II. Vermögenstandsweis für den Schluß d. Rechnungsjahres 1906. Das Gesamtvermögen der Kasse setzt sich wie folgt zusammen: 1. Aktiva: a) der Bestand für den Schluß des Rechnungsjahres 1906 laut vorstehendem Abschluß 23 239,36 b) Sparkassenbuch 156 910,10 2. Passiva: nicht vorhanden. 3. Hiernach beträgt der Ueberfluß der Aktiva nach dem vorjährigen Abschluß betrag der Ueberfluß der Aktiva 119 773,05 Ergibt gegen das Vorjahr an Ueberfluß der Aktiva mehr 60 373,41 1. Zum Reservefonds gehalten nach den festgesetzten Ueberweisungen 156 910,10 2. Nach dem vorjährigen Abschluß betrag der Reservefonds 97 206,42 Ergibt gegen das Vorjahr an Reservefonds mehr 59 703,69 2. Als Betriebsfonds von Mitgliedern der Kasse bar 23 239,36 Ueberfluß, den 9. April 1907. Der Vorstand. R. Hasson, Vorsitzender.

Steidl-Theater- und Konzerthaus.

Brückenstr. 2. Jubel! Bureau Piepenbrink. Anfang 8 Uhr. Vorher: Militär-Konzert. Steidl-Restaurant: Großes Militär-Konzert. Heute: Garbe - Pianiste. Dir. K. K. J. e.

Nur noch kurze Zeit! Inventur-Verkauf

Nur einmal jährlich! Steppdecken Spezialhaus

Emil Lafèvre, Berlin Süd. Seit 1882

nur Oranienstr. 158

Unterhaltslos nirgends Filialen!

Sonderangebote

Similiseide in den Farben rot, blau, oliv 525 750 Wollatlas 675 850 Bunte Normal-Schlafdecken 150 250 350 Wolldecken ganz dick 300 400 Reisedecken (engl.) mit gotigort 5, 6, 8, 10. u. Katalog gratis und ca. 600 Illustrat. franko

Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW. 68, Lindenstr. 69. Nieder mit den Sozialdemokraten von Wilhelm Bracke in neuer Uebersetzung herausgegeben. Preis 10 Pf. Porto 3 Pf. Nieder mit den Sozialdemokraten ist eine der ältesten, aber noch immer nicht abgelebten Agitations-Broschüren für die landliche Bevölkerung. Brocke hat die landläufigsten Vorurteile, die gegen unsere Partei erhoben werden, in volkstümlicher, allgemein verständlicher Weise widerlegt. Die Rärden vom Teufel, von der Verführung der Familie und Religion, die auch heute noch von unsern Gegnern kolportiert werden, sind in überzeugenden Worten zurückgewiesen.

Kassenbücher

ich. Vrt. August. Dob. Köpenickerstr. 60. [1906]

Allen Verwandten, Freunden und Kollegen die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Zimmerer

Emil Müller
am Montag verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. April, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Halle des Schönberger Friedhofes aus statt.
45352
Wwe. Müller geb. Warianberg.

**Sozialdemokrat. Wahlverein
Schöneberg.**
(Bergstr. 3a).
Am Montag verstarb im Alter von 48 Jahren unser Mitglied, der Zimmerer

Emil Müller.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. April, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Schönberger Friedhofes, Maxstraße, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
15/13 Der Vorstand.

**Zentral-Kranken- und
Sterbekasse der Zimmerer.**
(E. H. No. 2, Hamburg.)
Filiale Schöneberg.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied

Emil Müller
am 8. d. M. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. d. M., nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle in der Maxstraße aus statt.
257/4 J. U.: Der Vorstand.

**Verein der Zimmerer
Berlins u. Umgegend.**
Todes-Anzeige.
Am 8. April verstarb unser braves Mitglied

Emil Müller
(Zahlstelle Schöneberg).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Freitag, den 12. d. M., nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Schönberger Friedhofes in der Maxstraße aus statt.
Nache Beerdigung erwartet
257/17 Der Vorstand.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog
in Empfehlung von Prof. Dr. med. u. nat. H. Vagser, Sammelwarenfabrik
Berlin NW. Friedrichstraße 51/52.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsjahre Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Karl Pätzhold
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 11. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Marius-Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt.
Nache Beerdigung erwartet
116/11 Die Ortsverwaltung.

**Arbeiter-Raucher-Bund
Berlins und Umgegend.**
Hiermit die traurige Nachricht, daß die Frau unseres Bundesmitgliedes

Schmidt
aus Klub „Feste Bräder“, Rixdorf, am 9. April verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. April, nachmittags 5 Uhr, auf dem neuen Jakobikirchhof statt.
Der Vorstand.

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
der deutschen Wagenbauer E. H.**
Ortsverwaltung Berlin 11.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Arbeiter

Ignaz Kortuz
am 6. April durch Herzschlag im 55. Lebensjahre verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber, guter Mann, Bruder und Schwager

Hermann Kusche
nach kurzem, aber schwerem Krankenlager am 8. April verstorben ist.
Die Beerdigung findet am 11. April, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Lichterberger Friedhofes, an der Bornstraße, aus statt.
45372
Dies zeigt tiefbeträbt an
Die trauernde Gattin
Laise Kusche nebst Sohn.

Todes-Anzeige.
Am 8. April verstarb ganz plötzlich unser Kollege, der Kohrleger

Wilhelm Braatz.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem Sanit. Marius-Kirchhof in Wilhelmshagen statt.
27888
Nache Beerdigung erwartet
J. U.: Zedler, Moritz, Ashöfner.

Allen Genossen, Freunden und Bekannten die Nachricht, daß unser Vater, Schwiegervater und Großvater, der Tischler

Gottlieb Kaphammel
sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet Freitag, den 12. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle in Friedrichsfelde aus statt.
Um Milles Beileid bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.

Nachruf.
Am 5. d. M. verstarb nach längerem Leiden unser treues Mitglied und Koch, Herr

Oskar Schewe.
Ein ehrendes Andenken bis über das Grab hinaus wird ihm stets bewahren
27976

**Männer-Gesangverein „Echo“
(1869).**

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter

Laise Bliß
geb. Kunath, nach langen schweren Leiden am 8. April sanft entschlafen ist.
45382
Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Schönberger Kirchhofes, Maxstraße, aus statt.
Dies zeigt tiefbeträbt an der trauernde Witte
Karl Bliß nebst Kindern.

**Sparr- und Produktiv-Genossenschaft
Groß-Lichterfelde.**
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung)
Freitag, 19. April, abends 8 Uhr, im „Kaiserhof“, Kranoldplatz:
Außerordentl. Generalversammlung
Tages-Ordnung:
Antrag der Verwaltung: Errichtung einer Verkaufsstelle in Konowstr. betr. Sonstige Anträge. Halbjähriger Geschäftsbericht.
Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.
106/20*
Der Vorstand. J. U.: Harring.

Freie Vereinigung der Bauarbeiter

Bureau: Steinstr. 38 I. Berlin und Umgegend. Tel. Amt III. 8574.
Freitag, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom I. Quartal 1907 und Bericht der Revisoren. 2. Diskussion. 3. Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern und unsere Stellungnahme dazu. 4. Vereinsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand. J. U.: Harm. Nergel.

Verband der Schneider und Schneiderinnen Deutschlands

Filiale Berlin.

Am Donnerstag, den 11. April, abends 8 1/2 Uhr, in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108-116 (Eingang von der Seite):
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: „Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern.“
Referent: Kollege Kunze. 162/20
Mitgliedsbuch legitimiert.

Achtung! Mitglieder der Achtung! Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Berlin.

Freitag, den 12. April 1907, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Englischen Garten (oberer Saal), Alexanderstraße 27c.

Tages-Ordnung:
1. Fortsetzung der Diskussion über das Verhalten der Angestellten der Allgemeinen Ortskrankenkasse gegenüber den Beschlüssen der General-Versammlung vom 9. Dezember 1906. 2. Bericht und Abrechnung der Dreizehner-Kommission und Reumut der derselben. 3. Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist pünktliches und zahlreiches Erscheinen unbedingt notwendig.
Die Dreizehner-Kommission.
J. U.: Robert Leutner (Obmann), Berlin O. 34, Bismarckstraße 6.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Perimutter- u. Knopfarbeiter.

Donnerstag, den 11. April, abends 7 1/2 Uhr,
im Lokal Mariannenstraße 41:
Vertrauensmänner-Versammlung
mit Kommission.

Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zur Konferenz. 2. Mitarbeiter. 3. Bericht der Vertrauensleute. 4. Verschiedenes.
Jede Wertstätt muß vertreten sein.
Der Obmann. 84/12



Gustav Behrens-Theater.
Schöneberg-Berlin W., Goltzstraße 9.
Nur noch wenige Aufführungen der zugkräftigen Operette:
Die lustige Witwe von Schöneberg.
In Vorbereitung:
Die tolle Kustallungs-Bucche:
Meschuggemann im Sündenpfehl Berlin.

Otto Pritzkow, Münzstr. 16,
Welt-Ausstellungs-Biograph-(St. Louis)
Theater lebender Photographien.
Der Untergang des Dampfers „Berlin“.
168 Tote, 12 Gerettete.
Den ganzen Tag Vorstellung.

Achtung! Neuheit!
Glas-Karall-Krawatten
in verschiedenen Farben, sehr praktisch und dauerhaft. Duzend 8 M. versendet gegen Nachnahme
Franz Goldovsky,
Gladwarenerzeugung Zásada
per Drazlow (Schumen). 26506

Achtung! Achtung!

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands Zweigverein Berlin.

Freitag, den 12. April 1907, abends 8 1/2 Uhr, finden 30 Bezirks-Versammlungen aller zum Zweigverein Berlin gehörigen Zahlstellen und Bezirke der Maurer statt und zwar in folgenden Lokalen:

- Bezirk **Westen** bei **Zühlke**, Dennewitzstr. 13.
" **Schöneberg** bei **Ohst**, Meiningenstr. 8.
" **Süd-West** bei **Dinda**, Gneifenaustr. 67.
" **Süden** im **Märkischen Hof**, Admiralstr. 18c.
" **Süd-Ost** bei **Graumann**, Raunynstr. 27.
" **Osten I** in der **Königshank**, Große Frankfurterstr. 117.
" **Osten II** in den **Prachtsälen des Ostens**, Frankfurter Allee 151.
" **Nord-Ost** bei **Boeker**, Weberstr. 17.
" **Norden I und II** bei **Ohligo**, Schwedterstr. 23/24.
" **Oranienburger Vorstadt** in den **Borussia-Sälen**, Uckerstr. 6/7.
" **Wedding** im **Kolberger Salon**, Kolbergerstr. 23.
" **Moabit** im **Moabiter Kasino**, Wilsnackerstr. 63.
Zahlstelle **Charlottenburg** im groß. Saal d. **Volkshauses**, Rosinenstr. 3.
" **Rixdorf** bei **Thiel**, Bergstr. 151/152.
" **Wilmersdorf** im **Louisenpark**, Wilhelms-Platz 112.

- Zahlstelle **Steglitz** im **Birkenwäldchen**.
" **Friedenau** bei **Grube**, Kaiser-Allee.
" **Groß-Lichterfelde** bei **Reisen**, Chausseestr. 104.
" **Zehlendorf** bei **Mickley**, Potsdamerstr. 25.
" **Mariendorf** bei **Reichardt**, Chausseestr. 16.
" **Marienfelde** bei **Jarnszewski**, Kiepertplatz 3.
" **Schmargendorf** bei **Bartel**, Barnemünderstr. 6.
" **Johannisthal** bei **Alb. Gobin**, Roonstr. 2.
" **Oberschöneweide** bei **Dellmann**, Wilhelminenhofstr. 79.
" **Friedrichsberg** im **Schwarzen Adler**, Frankf. Chaussee 5.
" **Friedrichsfelde** bei **Haberland**, Wilhelmstr. 39.
" **Weißensee** bei **Schmutz**, König-Chaussee 38.
" **Pankow** bei **Clemen**, Wollankstr. 122.
" **Reinickendorf** bei **Kuebel**, Hauptstr. 51.
" **Tegel** bei **Schmidt**, Schlieperstr. 64.

In diesen Versammlungen soll durch Abstimmung entschieden werden, ob die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit aufrecht erhalten oder zurückgezogen werden soll.

Verbandskollegen, erscheint Mann für Mann in diesen hochwichtigen Versammlungen!

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worrie mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche mit Farbenlehren Fabrik... Federbetten, zweischläfrig, 16,00... Möbelstücke sind vorrätig im Möbelgeschäft... Teppiche! (Herbsttage) in allen Größen für die Hälfte des Wertes... Herrenrad, Damenrad, wie neu, 45,00... Gasföhrerhaus! Zweiölgasföhrer 3,00... Herrerrad, Damenrad... Möbelstücke! Herbrandplatz... Verschiedenes. Patentanwalt... Zimmer. Mietsgesuche. Arbeitsmarkt.

Parteilgenoffe, ausgebildeter glänzender Redner... Stellenangebote. Steinmetz-Verlag... Radfahrer mit eigenem Jweirad... Gefäßmaschinen... Rinderwagen, Kinderbetten... Hochbornedme Herrenhofen... Teppiche (Farbenlehren)... Inventur-Räumungspreise... Vobencurichtung aller Branden... Damenrad... Gasföhrerhaus... Herrerrad... Möbelstücke... Verschiedenes... Zimmer... Mietsgesuche... Arbeitsmarkt.

Bauten der Firma Grün & Helwig... Bauten der Firma Spohna... Bauten der Firma Gebr. Faul... Bauten der Firma Langemann... Bauten der Firma Fawesin... Bauten der Firma Traxel... Bauten der Firma Walz... Bauten der Firma Sperling & Kapke... Bauten der Firma Schirmer... Bauten der Firma Glatzer... Bauten der Firma Wagners... Bauten der Firma Akt.-Ges. für Bauausführung... Bauten der Firma Köpke... Bauten der Firma Gebr. Schaar... Bauten der Firma Kussin... Bauten der Firma Walter... Bauten der Firma Karl Hammer... Bauten der Firma Kühnert & Kühne... Bauten der Firma Jost... Bauten der Firma Dittmar... Bauten der Firma Wolf... Bauten der Firma Schulenburg... Bauten der Firma Hegelmann... Bauten der Firma Braun... Bauten der Firma Grünberg... Bauten der Firma Sawatzki... Bauten der Firma Jarotzki... Bauten der Firma Zieho... Bauten der Firma Emmelath... Bauten der Firma Erdmann... Bauten der Firma Weissenberger... Bauten der Firma Hübner... Bauten der Firma Heinemann... Bauten der Firma Metz... Bauten der Firma Schmidt & Co... Bauten der Firma Kurze... Bauten der Firma Sommerkorn... Bauten der Firma Reuter... Treppengeländerbranche... Bauten der Firma Schmitt & Co... Bauten der Firma Handt... Bauten der Firma Töpfer... Achtung! Töpfer! Achtung!

Bauten der Firma Röder & Comp... Bauten der Firma Halde... Bauten der Firma Thal... Bauten der Firma Pätz... Bauten der Firma Ruchfall... Bauten der Firma Osten... Bauten der Firma Pasch... Bauten der Firma Herrmann... Bauten der Firma Strothoff... Bauten der Firma Noack... Bauten der Firma Pohl & Sohn... Bauten der Firma L. Lassen... Bauten der Firma Koloff... Bauten der Firma Schwarze... Bauten der Firma Holstein... Bauten der Firma Schneider... Bauten der Firma Scharwis... Bauten der Firma Weise... Werkstat und Bauten der Firma Altendorf... Bauten der Firma Mitsch... Bauten der Firma Schrammer... Bauten der Firma Heinhardt... Bauten der Firma Vogt... Bauten der Firma Engel... Bauten der Firma Brandenburger... Bauten der Firma Vogt & Söhne... Bauten der Firma Fröbe... Bauten der Firma Klempau... Bauten der Firma Walter... Bauten der Firma Kurze... Bauten der Firma Sommerkorn... Bauten der Firma Reuter... Treppengeländerbranche... Bauten der Firma Schmitt & Co... Bauten der Firma Handt... Bauten der Firma Töpfer... Achtung! Töpfer! Achtung!

Bauten der Firma Törner & Scharlau... Bauten der Firma Geißler... Bauten der Firma Pasch... Bauten der Firma Herrmann... Bauten der Firma Strothoff... Bauten der Firma Noack... Bauten der Firma Pohl & Sohn... Bauten der Firma L. Lassen... Bauten der Firma Koloff... Bauten der Firma Schwarze... Bauten der Firma Holstein... Bauten der Firma Schneider... Bauten der Firma Scharwis... Bauten der Firma Weise... Werkstat und Bauten der Firma Altendorf... Bauten der Firma Mitsch... Bauten der Firma Schrammer... Bauten der Firma Heinhardt... Bauten der Firma Vogt... Bauten der Firma Engel... Bauten der Firma Brandenburger... Bauten der Firma Vogt & Söhne... Bauten der Firma Fröbe... Bauten der Firma Klempau... Bauten der Firma Walter... Bauten der Firma Kurze... Bauten der Firma Sommerkorn... Bauten der Firma Reuter... Treppengeländerbranche... Bauten der Firma Schmitt & Co... Bauten der Firma Handt... Bauten der Firma Töpfer... Achtung! Töpfer! Achtung!

Bauten der Firma Törner & Scharlau... Bauten der Firma Geißler... Bauten der Firma Pasch... Bauten der Firma Herrmann... Bauten der Firma Strothoff... Bauten der Firma Noack... Bauten der Firma Pohl & Sohn... Bauten der Firma L. Lassen... Bauten der Firma Koloff... Bauten der Firma Schwarze... Bauten der Firma Holstein... Bauten der Firma Schneider... Bauten der Firma Scharwis... Bauten der Firma Weise... Werkstat und Bauten der Firma Altendorf... Bauten der Firma Mitsch... Bauten der Firma Schrammer... Bauten der Firma Heinhardt... Bauten der Firma Vogt... Bauten der Firma Engel... Bauten der Firma Brandenburger... Bauten der Firma Vogt & Söhne... Bauten der Firma Fröbe... Bauten der Firma Klempau... Bauten der Firma Walter... Bauten der Firma Kurze... Bauten der Firma Sommerkorn... Bauten der Firma Reuter... Treppengeländerbranche... Bauten der Firma Schmitt & Co... Bauten der Firma Handt... Bauten der Firma Töpfer... Achtung! Töpfer! Achtung!